RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung

2/2024

RUNDGEDACHT

WEGE VON DER LINEAREN ZUR ZIRKULÄREN WIRTSCHAFT

Wie steht es um die Kreislaufwirtschaft in Deutschland?
Die Laufrichtung stimmt, aber der Trott muss sich zum schnellen Mittelstreckenlauf steigern
› Seite 5

Kreislaufwirtschaft und geistige Eigentumsrechte – unvereinbar?
Wie geistige Eigentumsrechte die Transformation zur Kreislaufwirtschaft ausbremsen und wie das Problem adressiert werden kann
› Seite 14

Die EU auf dem Weg zur Circular Economy?
Zwischen Ambition und Umsetzung
› Seite 17

Kreislaufwirtschaft in Afrika
Erfahrungen von afrikanischen Unternehmer:innen
› Seite 26

ISSN 1864-0982

RUNDBRIEF 2/2024
KREISLAUFWIRTSCHAFT

SCHWERPUNKT

Raus aus der ökologischen und sozioökonomischen Sackgasse 2
Kreislaufwirtschaft endlich konsequent umsetzen!
Josephine Koch und Anika Bender

Wie steht es um die Kreislaufwirtschaft in Deutschland? 5
Die Laufrichtung stimmt, aber der Trott muss sich zum schnellen Mittelstreckenlauf steigern
Rebecca Tauer

Reparieren gegen die Wegwerfgesellschaft 8
Warum wir ein Recht auf Reparatur brauchen
Julius Neu

Recycling im Fokus 11
Zwischen Versprechen und Realität
Maja Wilke, Viktor Schödwell und Janine Korduan

Kreislaufwirtschaft und geistige Eigentumsrechte – unvereinbar? 14
Wie geistige Eigentumsrechte die Transformation zur Kreislaufwirtschaft ausbremsen und wie das Problem adressiert werden kann
Luisa Denter

Die EU auf dem Weg zur Circular Economy? 17
Zwischen Ambition und Umsetzung
Bettina Bahn-Walkowiak

Die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie 20
Von ambitionierten Visionen und großen Herausforderungen
Maria Langsenlehner

Auf dem Weg zu einer globalen Kreislaufwirtschaft 23
Die Notwendigkeit von internationaler Koordination
Patrick Schröder

Kreislaufwirtschaft in Afrika 26
Erfahrungen von afrikanischen Unternehmer:innen
Priscilla Aki Okumo, Randy Adjei und Gertrude Dadzie

Global denken 29
Welche Auswirkungen hat unsere Kreislaufwirtschaft auf den Globalen Süden?
Susanne Langsdorf

Das globale E-Müll-Problem in Angriff nehmen 32
Die Rolle eines kleinen Sozialunternehmens bei der E-Müllentsorgung in Ghana
Agudor Kwaku Agabas

Schwerpunktpublikationen 35

AKTUELLES

Gerechter Welthandel nicht nur eine Frage des Marktes, sondern von Politik und Ethik 36
Ein Gespräch mit unserer Expertin für internationale Handelspolitik und Weltwirtschaft Nelly Grotefendt
Interviewführung: Lukas Hoff und Josephine Koch

Der neue Untergang des Abendlandes? 39
Um ein PFAS-Verbot abzuwenden, zieht die Industrie alle Register
Tom Kurz

Totgesagte leben länger 42
Die 13. WTO-Ministerkonferenz endet ergebnislos
Jürgen Maier

Haben wir zu viel Holz oder zu wenig? 45
Intelligentere Holzverwendung tut not
Laszlo Maraz

Ein Pakt für die Zukunft des Multilateralismus? 48
Der Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen im September 2024
Judith Hermann

CETA und das Klima 51
Kritische Analyse eines umstrittenen Abkommens
Alessa Hartmann und Thomas Fritz

Das Menschenrecht auf Nahrung für eine wirksame Politik gegen den Hunger 54
Ein Blick zurück nach vorn: 20 Jahre Leitlinien zum Recht auf Nahrung
Sarah Brand und Martin Wolpold-Bosien

Publikationen aus dem Forum 57

Forum Umwelt und Entwicklung

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im November 2024.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin, Telefon: 030 / 678 17 75 920, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de, Twitter: @ForumUE **VERANTWORTLICH:** Jürgen Maier **REDAKTION:** Anika Bender, Josephine Koch und Eileen Roth **MITARBEIT:** Lukas Hoff **LEKTORAT:** Marion Busch **LAYOUT:** STUDIO114.de | Michael Chudoba **TITELBILD:** Rodrigo Kugnharski/unsplash **DRUCKEREI:** Knotenpunkt Offsetdruck GmbH **REDAKTIONSSCHLUSS:** 12. Mai 2024

Die Artikel werden mit der Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International veröffentlicht.

Die dargestellten Inhalte und Positionen liegen in der Verantwortung der jeweiligen Autor:innen und geben nicht zwingend Standpunkte des Forums, seiner Mitglieder oder Förderer wieder.

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

es ist leider ein alter Hut, aber: Die Umweltkrisen werden immer drängender und die Übernutzung unserer Ressourcen immer offensichtlicher. Endlich rückt nun das Konzept der Kreislaufwirtschaft verstärkt in den Fokus der Politik. Seit dem vergangenen Jahr arbeitet die Bundesregierung an einer Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS), die zum Redaktionsschluss noch erwartet wird. Ziel der Kreislaufwirtschaft ist es, Produkte und Rohstoffe möglichst lange im Kreislauf zu führen. So soll der Bedarf an Primärrohstoffen, also Rohstoffen, die der Natur neu entnommen werden müssen, verringert werden. Der Wandel zur Kreislaufwirtschaft erfordert ein radikales Umdenken auf allen gesellschaftlichen Ebenen. In diesem Rundbrief gehen wir der Frage nach, worauf es dabei ankommt und wo Fallstricke liegen. Wir schauen außerdem zu unseren europäischen Nachbarn und nach Afrika, insbesondere nach Ghana, um zumindest einige der globalen Implikationen zirkulären Wirtschaftens besser zu verstehen.

Den Anfang machen Josephine Koch und Anika Bender mit einem Artikel, der die Alternativlosigkeit einer Kreislaufwirtschaft als Antwort auf die Krisen unserer Zeit untermauert. Anschließend skizziert Rebecca Tauer den Status quo der Kreislaufwirtschaft in Deutschland. Julius Neu wirft in seinem Beitrag einen Blick auf eines der wichtigsten Elemente der Kreislaufwirtschaft: die Reparatur. Maja Wilke, Viktor Schödwell und Janine Korduan zeigen für Metalle, mineralische Baustoffe und Plastik was Recycling leisten kann und wo es an seine Grenzen stößt. Luisa Denter entwirrt für uns die Fallstricke geistiger Eigentumsrechte und erklärt, warum Geschäftsgeheimnisse von Unternehmen ein Hindernis für die Kreislaufwirtschaft sind. Im Artikel von Bettina Bahn-Walkowiak schauen wir beispielhaft auf europäische Vorreiterländer und nehmen den EU-Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft unter die Lupe. Weiter geht es mit Maria Langsenlehner, die für uns die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie einordnet. Patrick Schröder erklärt sodann in seinem Beitrag anhand zweier Beispiele, warum Kreislaufwirtschaft global gedacht werden muss. Im Anschluss teilen Priscilla Aki Okumo, Randy Adjei und Gertrude Dadzie Erfahrungswerte afrikanischer Unternehmer:innen auf ihrem Weg zur Kreislaufwirtschaft. Susanne Langsdorf wagt einen Ausblick auf die zu erwartenden Auswirkungen zirkulären Wirtschaftens auf unsere Handelspartner:innen im Globalen Süden. Agudor Kwaku Agabas rundet den Schwerpunkt mit einem Bericht aus Ghana über den Umgang mit der Flut von Elektroschrott ab, wobei wir wieder in Europa und fehlenden Verantwortlichkeiten angelangt wären. Wir hoffen, mit diesen vielfältigen, aber bei Weitem nicht erschöpfenden Beiträgen die Komplexität, die Herausforderungen, aber vor allem auch die Chancen einer lokalen und globalen Kreislaufwirtschaft veranschaulicht zu haben.

Weitere spannende und wichtige Themen hält unsere Rubrik „Aktuelles“ bereit.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Anika Bender und Josephine Koch

Tarik Haiga/unsplash

RAUS AUS DER ÖKOLOGISCHEN UND SOZIOÖKONOMISCHEN SACKGASSE

Kreislaufwirtschaft endlich konsequent umsetzen!

Deutschland hielt sich noch vor wenigen Jahren für den Recyclingweltmeister, dabei sind wir von einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft noch meilenweit entfernt. Im europäischen Vergleich stehen wir mit der Menge der recycelten Abfälle an achter Stelle, nur knapp über dem Durchschnitt der EU. Darüber hinaus ist Kreislaufwirtschaft viel mehr als Recycling. Was unter diesem Wirtschaftsmodell verstanden werden kann, und was es für eine Gesellschaft bedeutet, ist diskussionswürdig. Wenn mit Kreislaufwirtschaft die Ressourcenkrise ernsthaft angegangen werden soll, brauchen wir einen tiefgreifenden Struktur- und Kulturwandel.

Fakt ist: Die Übernutzung von Ressourcen, allen voran Rohstoffen, ist ausschlaggebend für die derzeit größten Menschheitsprobleme. So sind die Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen verantwortlich für 90 % der schwindenden Artenvielfalt und für den zunehmenden Wasserstress. Außerdem lassen sich allein auf die Entnahme und erste Verarbeitung von Rohstoffen 40 % der Treibhausgasemissionen in Deutschland zurückführen. Insgesamt lag 2022 der Rohstoffverbrauch in Deutschland 30 % über dem globalen Durchschnitt. Wird die globale Materialproduktion wie bisher fortgesetzt, würde das CO_2-Budget für die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels bis 2050 um das Fünffache überschritten und die Erderwärmung um 2,5 Grad ansteigen. Wenn wir also nichts ändern, schaffen wir unsere eigenen Lebensgrundlagen ab.

Lineares Wirtschaftsmodell nicht zukunftsfähig

Das ist mittlerweile auch in der Politik angekommen. In den letzten Jahren hat die Bundesregierung viele Programme und Initiativen zum Schutz der Umwelt und Ressourcen gestartet. Nicht zuletzt hat sich die Ampelkoalition im Koalitionsvertrag die absolute Reduktion des Primärrohstoffverbrauchs (Verbrauch direkt aus der Natur entnommener Rohstoffe) und die Schließung von Stoffkreisläufen als Regierungsziel gesetzt. Trotz aller Bemühungen ist der Rückgang des Verbrauchs aber nicht in dem Maße eingetreten, wie es für eine Minderung der oben erwähnten Probleme dringend nötig wäre. Eine zentrale Ursache dafür liegt in unserem linearen Wirtschaftsmodell, das keine Alternative zum stetigen Wachstum und grenzenlosem Ressourcenverbrauch kennt. Die Art und Weise, wie wir derzeit wirtschaften, basiert auf der Ausbeutung von Ressourcen und der Produktion immer neuer und immer mehr Güter.

Echte Kreislaufwirtschaft bedeutet Ressourcenwende

Um zukunftsfähig zu leben und zu wirtschaften, muss Deutschland seinen Rohstoffverbrauch bis 2050 drastisch verringern. Bei nicht nachwachsenden Rohstoffen (fossile Rohstoffe, Metalle und Mineralien) bedeutet dies eine Reduktion von rund 18 Tonnen auf 6 Tonnen pro Person pro Jahr gegenüber dem Jahr 2000 und bei den sog. nachwachsenden Rohstoffen (Biomasse) von 3,5 Tonnen auf 2 Tonnen pro Person und Jahr. Zu diesen oder ähnlichen Zahlen kommen diverse wissenschaftliche Institutionen. Für einen solchen komplexen Prozess braucht es politischen wie ökonomischen Mut, den die bisherigen politischen Maßnahmen und Strategien vermissen lassen. Eine ernstgemeinte Ressourcenwende bedeutet eine Umkehr der Prioritäten vom Profitstreben hin zu einer nachhaltigen, bedarfs- und gemeinwohlorientierten Produktion, die mit weniger Ressourcen und weniger, zumindest andersartiger Waren und Dienstleistungen auskommt.

Damit unter dem Strich tatsächlich signifikant weniger Ressourcen aus dem Boden entnommen werden und gleichzeitig der Wohlstand für alle gesichert wird, muss die notwendige Wirtschaftswende, von der vor allem Liberale gerne reden, als Ressourcenwende verstanden werden. Ökonomische Anreize und ordnungspolitische Hebel müssen darauf abzielen, den Rohstoffverbrauch bereits in der Produktion massiv zu reduzieren und die Produktlebensdauer zu verlängern. Primärrohstoffe werden so länger im Kreislauf gehalten und die Flut an verschwenderischen Produkten – man denke an Einwegprodukte wie rohstoffintensive Wegwerf-E-Zigaretten – zu verringern. Erst am Ende des Produktlebenszyklus sollte sich auf die Rohstoffrückgewinnung, also Recycling, konzentriert werden. Etabliert hat sich diese Priorisierung im Konzept der 10-R-Strategien: Refuse (vermeiden), Rethink (umdenken), Reduce (reduzieren), Reuse (wiederverwenden) Repair (reparieren), Refurbish (wiederaufbereiten), Remanufacture (refabrizieren), Repurpose (umfunktionieren), Recycle (recyceln) und Recover (energetisch verwerten). Die Vermeidung der Inanspruchnahme neuer Ressourcen steht also an erster Stelle.

Nicht wünschenswert, sondern alternativlos

In einer Welt, in der viele Ressourcen immer knapper werden und die Kosten für Primärrohstoffe steigen, erscheint das Kreislaufwirtschaftsmodell nahezu alternativlos. Die Gefahr von immer stärker werdenden Verteilungskämpfen und sozialen Konflikten steigt. Zukünftig wird es zu einer vermehrten Konkurrenz um den Zugang zu kritischen Rohstoffen kommen, was höhere Kosten für Unternehmen und Verbraucher:innen zur Folge haben kann. Gleichzeitig gibt es bereits jetzt stark konzentrierte Rohstoffmärkte. Länder wie China haben sich bereits Zugang zu wichtigen Rohstoffen gesichert. In Zukunft wird eine eingeschränkte Ressourcennutzung ohnehin unumgänglich sein. Schon jetzt wird beispielsweise in Spanien und Italien Wasser rationiert. Von derartigen Ad-hoc-Maßnahmen sind Menschen mit niedrigerem Einkommen meist besonders betroffen. Soziale Ungleichheiten verschärfen sich voraussichtlich. Genau das lässt sich durch einen geordneten Wandel hin zur Kreislaufwirtschaft, die alle mitnimmt, verhindern. Bevor es zu einer chaotischen Transformation aus der Not herauskommt, sollten wir den Wandel lieber heute sozioökonomisch gerecht organisieren.

Verwässerung und andere Fallstricke

Alle demokratischen Parteien sprechen mittlerweile von Kreislaufwirtschaft, allerdings mit unterschiedlichen Ambitionen. Produkte und Infrastrukturen nicht auf das Ver- sondern Gebrauchen auszulegen, ist keine neue Idee. Gleichzeitig ist es nicht verwunderlich, dass weitreichende Veränderungen bei vielen Menschen Fragen aufwerfen und Unsicherheiten auslösen können – waren doch Überfluss und Konsum lange ein Zeichen des Wohlstands und

In einer Welt, in der viele Ressourcen immer knapper werden und die Kosten für Primärrohstoffe steigen, erscheint das Kreislaufwirtschaftsmodell nahezu alternativlos.

Wohlergehens. Wenn nun Forderungen nach Verzicht laut werden, kommen Ängste vor staatlicher Bevormundung, Unternehmensabwanderung, Exporteinbußen und Arbeitsplatzverlusten auf. Die Gefahr, dass neoliberale oder konservative Kräfte sich diese Ängste zu eigen machen und das Konzept Kreislaufwirtschaft vereinnahmen, ist groß.

Was können wir gewinnen?

Eine neue Studie des WWF bestätigt deutliche Gewinne für Klima- und Naturschutz durch ein zirkuläres Wirtschaftssystem.[1] Aber auch gesellschaftliche und ökonomische Vorteile sind zu erwarten. Indem Ressourcen bestmöglich im Kreislauf gehalten und wiederverwertet werden, kann die Wirtschaft unabhängiger von Primärrohstoffen und verzweigten Lieferketten und somit krisenfester und widerstandsfähiger werden. Laut der Studie würde sich die Versorgungslage bei kritischen und besonders umweltrelevanten Rohstoffen durch ambitionierte, aber realistische Kreislaufwirtschaftsmaßnahmen bei 29 der 36 betrachteten Rohstoffe entspannen. Insgesamt könnten bis 2045 27 % weniger Primärrohstoffe gebraucht werden.

Im Inland können durch kreislauffähige Produkte und veränderte Dienstleistungsangebote neue Wertschöpfungsketten entstehen. Wird durch die längere Lebensdauer und intensivere Nutzung von Produkten weniger produziert, steigt zwar die Wahrscheinlichkeit, dass Arbeitsplätze wegfallen. Gleichzeitig würde eine Kreislaufwirtschaft aber auch neue Arbeitsplätze schaffen – bestenfalls in den Dienstleistungssektoren und bei der Bereitstellung von Infrastruktur, die mit weniger Umweltbelastungen verbunden sind, z.B. in den Bereichen Reparatur, Wiederverwendung, Mehrweg und Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. In der Produktion von Recyclingrohstoffen könnte der Arbeitskräftebedarf beispielswiese um 23 % steigen. Laut einer Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft sind Unternehmen mit zirkulären Geschäftsmodellen, die den gesamten Produktlebenszyklus im Blick haben, im Übrigen erfolgreicher. Weniger Bullshit-Jobs, also sinnlose oder gar schädliche Erwerbsarbeit, wären ebenfalls eine positive Folge. Denkbar ist zudem, dass sich Menschen für eine kürzere Arbeitswoche entscheiden, da sie weniger Geld für den Konsum kurzlebiger Produkte benötigen. Kostengünstigere Freizeit in der Natur, mehr Zeit für die Gemeinschaft und der daraus erwachsene soziale Zusammenhalt steigern zwar nicht unbedingt die Bruttowertschöpfung, dafür aber Lebensqualität und Gesundheit, was die Kosten für den Einzelnen und die Gesellschaft senkt. Nicht zuletzt können wir durch zirkuläre Wertschöpfung wieder zu Technologieführern aufsteigen. Es gilt, ein neues „Made in Germany“ zu kreieren, das für langlebige, reparierbare, qualitativ hochwertige und gleichzeitig moderne Produkte steht und Innovationen im Sharing und kreislauffähigen Dienstleistungssektor schafft. Was durch Kreislaufwirtschaft entsteht, sollte Spaß machen und nicht als Verzicht, sondern als Bereicherung empfunden werden. Bis dahin ist es noch ein langer Weg, aber er muss jetzt endlich geebnet werden.

Josephine Koch und Anika Bender

Josephine Koch und Anika Bender sind Referentinnen für Rohstoff- und Ressourcenpolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung.

1 WWF (2023): Modell Deutschland. Eine umfassende Circular Economy für Deutschland 2045.

Güner Deliağa Şahiner/unsplash

WIE STEHT ES UM DIE KREISLAUFWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND?

Die Laufrichtung stimmt, aber der Trott muss sich zum schnellen Mittelstreckenlauf steigern

Seit Jahrzehnten steigt der Ressourcenverbrauch der Menschheit exponentiell an und führt zur Zerstörung unseres Planeten. Der aktuelle Global Resources Outlook[1] der Vereinten Nationen hat es gezeigt: Der prognostizierte Anstieg des Ressourcenverbrauchs um 60 % bis 2060 wird alle unsere Anstrengungen im Bereich Klima- und Biodiversität zunichtemachen. Wir zerstören unsere eigenen Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen. Die Ursache ist die heutige Form des Wirtschaftens, linear nach dem Prinzip „Produzieren-Nutzen-Wegwerfen“. Auch die Bemühungen der Wirtschaft, durch Effizienzmaßnahmen gegenzusteuern, haben keine nennenswerte Wirkung gezeigt. Wir brauchen eine umfassende Transformation der Wirtschaft. Dieser Mittelstreckenlauf zu einer echten Kreislaufwirtschaft benötigt einen Neustart. Denn derzeit wagen sich nur Einzelne im Schritttempo auf die Laufstrecke.

Die Kreislaufwirtschaft hat das Potenzial, erhebliche Mengen an Ressourcen einzusparen. Damit trägt sie sowohl zum Erreichen der Klimaziele als auch zum Schutz von Natur und Umwelt bei. Nebenbei wird auch die Resilienz der Wirtschaft unter anderem durch lokale Rohstoffversorgung gestärkt.

Die Potenziale für Deutschland sind im „Modell Deutschland Circular Economy" wissenschaftlich belegt.[2] Die modellierten Maßnahmen in den Sektoren Hoch- und Tiefbau, Fahrzeuge und Batterien, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Haushaltsgeräte, Lebensmittel und Ernährung, Textilien, Verpackungen, Möbel und Beleuchtung führen bis 2045 zu spürbaren Einsparungen: 26 % oder 186 Millionen Tonnen bei Treibhausgasen, 27 % oder 179 Millionen Tonnen beim Rohstoffbedarf und 8,5 Millionen Hektar beim Flächenverbrauch gegenüber einem „Weiter wie bisher". Zudem kann die Versorgungssicherheit bei kritischen und umweltbelastenden Rohstoffen wie Palladium, Neodym, Kupfer und Gold deutlich verbessert werden.

Für den Mittelstreckenlauf ist wichtig: Die Kreislaufwirtschaft muss umfassend gedacht werden und über Recycling hinausgehen. Es geht um nachhaltiges Konsumieren und Produzieren, das bereits beim Produktdesign beginnt. Denn Ressourcen können auf vielfältige Weise effizienter genutzt werden. Dazu gehört das Reduzieren von unnötigen Produkten und die effiziente Nutzung von Materialien. Verlängerte Produktlebenszyklen, Wiederverwendung, Reparatur und langlebiges Design verlangsamen Ressourcenflüsse.

Welche Bereiche sind zentral?

Bei Wohnen, Mobilität, Ernährung und Konsum liegen die größten Potenziale für die Kreislaufwirtschaft. Besonders spannend an den Ergebnissen von „Modell Deutschland Circular Economy" ist, dass die größten Potenziale zur Einsparung von Treibhausgasen und Ressourcen in suffizienzorientierten Strategien der Kreislaufwirtschaft liegen – und nicht in technischen Lösungen. Die zentralen Maßnahmen im Bereich Treibhausgasreduktion waren dabei bedarfsgerechte Wohn- und Büroraumnutzung im Gebäudesektor, Reduktion des Individualverkehrs mit Carsharing, Ridepooling (öffentlicher Nahverkehr auf Abruf) und Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Fahrzeugsektor und eine Planetary Health Diet (Strategie, die eine gesunde Ernährung mit Umweltschutz verbindet) im Lebensmittelbereich, effiziente Datenzentren sowie eine Reduktion von Textilkonsum.

Wo stehen wir in Deutschland?

Wir stehen in Deutschland bei nur 13 % Wiedereinsatzquote von Materialien und einem viel zu hohen Ressourcenverbrauch von 16 Tonnen pro Kopf. Viele richtige Ansätze bleiben in Pilotphasen stecken. Auch die Europäische Umweltagentur hat in ihrem Bericht „Accelerating the circular economy in Europe" einen pessimistischen Ausblick vorlegt, weder die Steigerung der Wiedereinsatzquote noch der nachhaltige Produktkonsum sind auf Kurs.[3]

Barrieren und Hemmnisse zur Umsetzung der Kreislaufwirtschaft sind zutiefst systemisch. Externalisierung von Umweltkosten sind möglich, es fehlen Infrastrukturen und Investitionen für zirkuläre Produkte und Prozesse. Datentransparenz wird erst langsam hergestellt. Es fehlen gemeinsame Standards, neue Formen für geistiges Eigentum zur Kollaboration und vor allem haben Unternehmen langfristige Pfadabhängigkeiten durch Investitionen in lineare Technologien. Wenn man all diese Hemmnisse betrachtet und dann noch den Faktor Mensch hinzurechnet, kann man erahnen, dass der Umbau der Wirtschaft hin zu einer Kreislaufwirtschaft die Größenordnung der industriellen Revolution haben muss. Das muss politisch angestoßen und gesteuert werden.

Doch bisher wurde die Kreislaufwirtschaft nur zögerlich umgesetzt. Wir sehen Ansätze im Kreislaufwirtschaftsgesetz, Elektrogesetz und im Verpackungsgesetz. Viele Strategien wie ProgRess, die Bioökonomiestrategie, die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie oder das Programm zum nachhaltigen Konsum enthalten Elemente von zirkulärem Wirtschaften. Aktuelle Prozesse und Transformationsstrategien zu den Themen Verkehrswende, Wärmewende, nachhaltige Finanzierung und Rohstoffsicherung kommen dazu. Das Ganze ist ein politischer Flickenteppich, ohne eine Gesamtvision. Die Schnittstellen sind nicht klar definiert und führen im schlimmsten Fall zu Zielkonflikten.

Wie erreichen wir den Aufbau?

Außerdem sind die bisherigen deutschen Gesetze, politischen Programme und Strategien zu unverbindlich und insgesamt bei Weitem nicht ambitioniert genug. Es braucht eine Weichenstellung an vielen Stellen, konzertiert durch eine Zusammenarbeit über die verschiedensten politischen Ressorts und Ebenen hinweg. Hier legen wir viel Hoffnung auf die

Wenn man all diese Hemmnisse betrachtet und dann noch den Faktor Mensch hinzurechnet, kann man erahnen, dass der Umbau der Wirtschaft hin zu einer Kreislaufwirtschaft die Größenordnung der industriellen Revolution haben muss.

Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS), aber auch andere politische Prozesse wie die Novellierung des Verpackungsgesetzes oder des Elektrogesetzes und auch Initiativen im Bereich Textilien und Gebäude.

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag vereinbart, in einer NKWS bestehende rohstoffpolitische Strategien zu bündeln. Im vergangenen Jahr lief ein Dialogprozess unter Einbindung von Vertreter:innnen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Dort haben sich laut Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) über 80 Organisationen eingebracht.[4] Die daraus entstandene Strategie soll noch im Sommer im Kabinett verabschiedet werden.

Aus unserer Sicht muss in der NKWS ein ambitionierter Rahmen gesetzt werden. Eine Gesamtvision muss die Bedeutung und Definition der Kreislaufwirtschaft für Deutschland aufzeigen. Ein separater Prozess, die Allianz für Transformation, unter Leitung des Bundeskanzleramts hatte im Februar 2024 zirkuläres Wirtschaften als zentralen Ansatz für die Fortschreibung der Erfolgsgeschichte „Made in Germany“ genannt.[5]

Zentrale Elemente der NKWS sollten aus unserer Sicht sein:

1. Absolute Ressourcenschutzziele von sieben Tonnen Rohstoffmaterialkonsum (Raw Material Consumption, RMC) pro Person und Jahr bis 2045 und eine politische Steuerung unter einem Ressourcenschutzgesetz. Dies würde Verbindlichkeit schaffen.
2. Erweiterte Herstellerverantwortung in vielen Sektoren mit Zielen zu Sammlung, Langlebigkeit, Wiederverwendung und Recycling, verbunden mit einer Ökomodulation als Steuerungselement. Dies könnte nachhaltige Produkte zur Norm machen.
3. Finanzinstrumente und Reform von Steuern und Subventionen sollten genutzt werden, um Anreize zu schaffen. Zum Beispiel durch Öffentlich-Private-Partnerschaften oder durch Änderung bei Dienstwagenbesteuerung, niedrigere Mehrwertsteuer für pflanzliche Lebensmittel oder Einführung eines flächendeckenden Reparaturbonus.
4. Die öffentliche Beschaffung muss in allen Bereichen vor allem bei Gebäude, Mobilität und Ernährung vorbildlich vorangehen.
5. Nicht zuletzt brauchen wir eine Bildungsoffensive, um sowohl die Notwendigkeit und Ansätze der Kreislaufwirtschaft zu vermitteln als auch konkrete Fähigkeiten und Arbeitskräfte aufzubauen.

Das Zeitfenster ist klein und schließt sich immer mehr. Wenn wir mit einem entspannten Mittelstrecklauf das Ziel erreichen wollen, müssen wir uns jetzt aufmachen. Ansonsten werden wir zunehmend gezwungen, die volle Distanz im Sprint zu machen oder zu scheitern. Mit unserem linearen Wirtschaftssystem haben wir unserem Planeten bereits erhebliche Wunden zugefügt. Machen wir uns endlich daran, das Prinzip „Produzieren-Nutzen-Wegwerfen“ ein für alle Mal zu überwinden. Nutzen wir das Jahrzehnt, um dafür die Weichen zu stellen.

Rebecca Tauer

Rebecca Tauer ist Programmleiterin für Circular Economy beim WWF Deutschland.

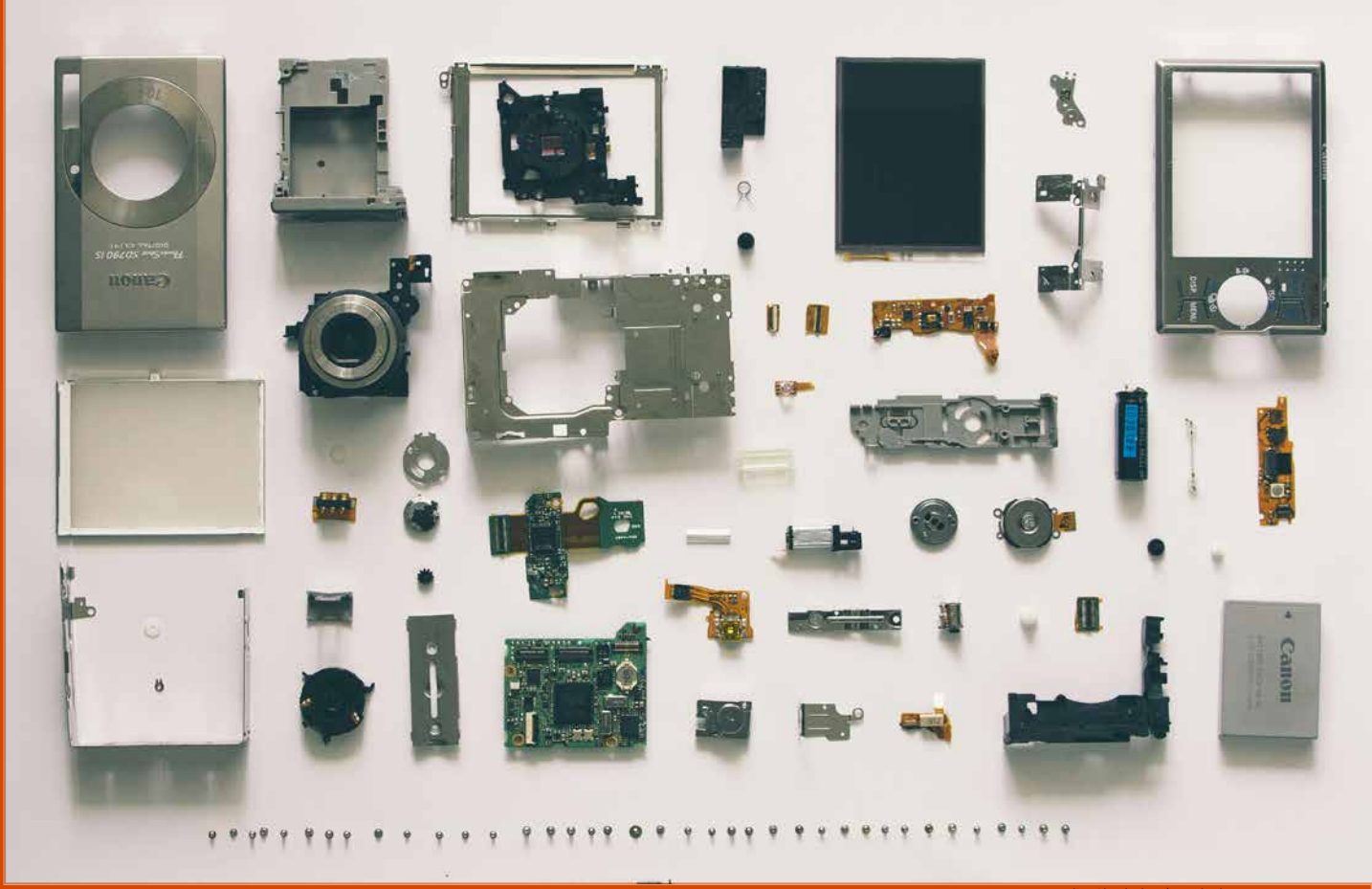
1 United Nations Environment Programme (2024): Global Resources Outlook 2024: Bend the Trend – Pathways to a liveable planet as resource use spikes. International Resource Panel. Nairobi.

2 WWF (2023): Modell Deutschland. Eine umfassende Circular Economy für Deutschland 2045.

3 EEA (2024): Accelerating the circular economy in Europe. State and outlook 2024.

4 BMUV (2024): 25 Formate, über 137 Stunden Zeitinvest der Stakeholder und 1480 Online-Kommentare – Bilanz Zur Beteiligung im Rahmen der NKWS.

5 Bundesregierung (2024): Viertes Spitzentreffen der Allianz für Transformation. Viel mehr als Mülltrennung und Dosenpfand.



Vadim Sherbakov/unsplash

REPARIEREN GEGEN DIE WEGWERFGESELLSCHAFT

Warum wir ein Recht auf Reparatur brauchen

Kaputte Dinge zu reparieren, ist eine der ältesten Kulturtechniken und ein wichtiger Baustein, um unseren Rohstoffverbrauch zu senken, Menschenrechte zu schützen und die Folgen der Klimakrise zu mindern. Obwohl die Reparaturbewegung in den letzten Monaten Erfolge feiern konnte, ist es noch ein weiter Weg bis zu einem universellen Recht auf Reparatur.

Ein Kühlschrank, ein Laptop, zwei Handys, ein Mixer, ein Staubsauger, ein Wasserkocher, ein Rasierapparat und jede Menge Kabel, Ladegeräte und Netzteile. So ähnlich könnte er aussehen, der über 80 Kilogramm schwere Elektroschrotthaufen, den ein vierköpfiger Haushalt in Deutschland im Schnitt pro Jahr produziert. Mit mehr als 20 Kilogramm pro Kopf und Jahr liegen wir deutlich über dem EU-Schnitt, vom weltweiten Vergleich ganz zu schweigen. Dass die Schrottberge uns aber auch global über die Köpfe wachsen, wird bei einem Blick auf die neusten Zahlen des Global E-Waste-Monitors deutlich: Weltweit hat sich die jährliche Schrottmenge zwischen 2010 und 2022 von 34 Mio. Tonnen auf 62 Mio. Tonnen fast verdoppelt. Damit ist Elektroschrott der am schnellsten wachsende Abfallstrom. Noch erschreckender: Die Menge wuchs in diesem Zeitraum fünfmal so schnell wie die der recycelten Geräte. Die globale Ungerechtigkeit daran ist offensichtlich. Bereits beim Abbau von metallischen Rohstoffen für die Elektrogeräte werden besonders in Ländern des Globalen Südens Menschenrechte verletzt und die Umwelt zerstört. Zusätzlich sind Menschen in diesen Teilen der Welt verstärkt von der

Klimakrise betroffen, die durch unseren Rohstoffkonsum weiter angeheizt wird. Schließlich landen legal exportierte Gebrauchtgeräte oder illegal exportierter Schrott in Ländern wie Ghana oder Nigeria auf Müllkippen. Der Abfall vergiftet dort die Umwelt und wird unter menschenunwürdigen Bedingungen, teilweise von Kindern und Jugendlichen, unsachgemäß recycelt indem z.B. Kabel verbrannt werden, um an das Kupfer zu kommen.

Die Grenzen von Recycling

Doch warum führt der reine Fokus aufs Recycling ohnehin in die Irre? Zum einen steht der Aufbau von Sammlungs- und Recyclingstrukturen in vielen Ländern des Globalen Süden noch ganz am Anfang. Doch auch in Deutschland ist die Sammelquote von Elektrogeräten von 44 Prozent im Jahr 2020 auf gerade einmal 39 Prozent im Jahr 2021 gesunken und verfehlt das EU-Ziel von 65 Prozent damit deutlich. Das heißt, Elektrogeräte mit dem Gewicht von 100 Eifeltürmen (über eine Million Tonnen) landen jedes Jahr im Restmüll oder werden illegal exportiert. Zum anderen beschränkt sich das Recycling bislang auf Massenmetalle (wie Eisen oder Kupfer) sowie Edelmetalle (wie Silber oder Gold), die technisch relativ leicht oder aufgrund ihres Werts und Anteils in den Geräten wirtschaftlich rückgewinnbar sind.

Um das Problem von Anfang an anzugehen, bedarf es also verstärkt Strategien der Abfallvermeidung, der Wiederverwendung und der längeren und intensiveren Nutzung von Produkten. Nur so kann eine Transformation zu einer ganzheitlichen Kreislaufwirtschaft gelingen. Natürlich ist es sinnvoll, sich zu fragen, ob man die Smartwatch wirklich braucht, die Bohrmaschine nicht vielleicht ausleihen oder gebraucht kaufen kann. Sind die Geräte erst einmal produziert, gilt es, deren Lebensdauer zu maximieren. Diese allein bei allen Smartphones in der EU um ein Jahr zu verlängern, würde bis 2030 so viel CO_2 einsparen, wie eine Million Autos jährlich ausstoßen. Dafür spielt Reparatur eine Schlüsselrolle. Doch warum wird in Deutschland nicht einmal jedes vierte kaputte Elektrogerät repariert, obwohl dem Eurobarometer 2020 zufolge vier von fünf Menschen lieber mehr reparieren, statt neu kaufen würden?

Das Recht auf Reparatur

Untersuchungen wie eine Umfrage des BUND aus dem Jahr 2023 zeigen, dass die Hindernisse vielfältig sind. Sie reichen von zu hohen Preisen, über reparaturfeindliches Design bis hin zu fehlenden Ersatzteilen oder Reparaturanleitungen. Diese Hürden abzubauen, ist ein politischer Kampf, dem gut organisierte wirtschaftliche Interessen gegenüberstehen. Den Hersteller:innen ist es in den letzten Jahrzehnten gelungen, die Produktzyklen immer weiter zu verkürzen und damit ihren Absatz zu steigern. Dagegen formiert sich eine Reparaturbewegung aus ehrenamtlichen Reparaturinitiativen, Handwerker:innen, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaftler:innen, Technikfans und Designer:innen. In Deutschland im Runden Tisch Reparatur, auf europäischer Ebene in der Right-to-Repair-Initiative organisiert, fordern sie ein herstellerunabhängiges Recht auf Reparatur. Dazu gehört ein möglichst langlebiges Produktdesign sowie verbindliche Anforderungen an die Reparierbarkeit. Zudem sollen allen Marktakteuren über die gesamte Nutzungsdauer Ersatzteile zu einem angemessenen Preis zur Verfügung gestellt und Verbraucher:innen transparent über reparaturrelevante Aspekte informiert werden.

Teilerfolge auf EU-Ebene

Viele politische Stellschrauben für das Recht auf Reparatur liegen auf EU-Ebene. Hier gab es in diesem Frühjahr zumindest zwei Teilerfolge zu vermelden: Die EU einigte sich auf die Ökodesign-Verordnung und neue Reparaturregeln. Erstere hat das Ziel, die Langlebigkeit, Recyclingfähigkeit, Reparierbarkeit und Umweltverträglichkeit nahezu aller Produkte zu verbessern. Der Ökodesign-Verordnung kann in Zukunft eine zentrale Bedeutung für die Kreislaufwirtschaft zukommen. Damit sie ihre Wirkung entfaltet, müssen in den nächsten Jahren Konkretisierungen für die jeweiligen Produktgruppen festgelegt werden. In der Vergangenheit war die Erarbeitung ähnlicher Vorgaben langwierig und viele Produkte blieben unreguliert.

Mit den neuen Reparaturregeln kommen zumindest für einige Produktgruppen nun Vorschriften zu angemessenen Preisen für Ersatzteile sowie das Verbot von Softwarepraktiken, die eine unabhängige Reparatur und die Verwendung kompatibler und wiederverwendeter Ersatzteile verhindern. Allerdings wurden hier auf Drängen der Hersteller:innen Schlupflöcher geschaffen, die reparaturfeindliche Praktiken weiterhin ermöglichen könnten. Immerhin werden Hersteller:innen erstmals dazu verpflichtet, auch über die Gewährleistungszeit hinaus Reparaturen von Produkten anzubieten. Der größte Kritikpunkt bleibt aber der enge Umfang der Regelung, der sich auf neun Produktkategorien beschränkt, für die bereits Ökodesignvorgaben gelten (darunter derzeit u.a. Smartphones und Tablets und größere Haushaltsgeräte wie Geschirrspüler und Kühlschränke). Der Großteil der Elektrogeräte auf dem Markt wie beispielsweise Mixer, Toaster oder Kaffeemaschinen bleiben damit weiter unreguliert. Besonders diese Geräte werden bei kleinsten Defekten häufig zu Elektroschrott, weil Reparaturen unmöglich oder unwirtschaftlich sind.

Die Verantwortung der Bundesregierung

Der Blick auf diese EU-Prozesse macht deutlich: Der jahrelange Einsatz der Reparaturbewegung zahlt sich aus! Aber Verbesserungen kommen nur stückweise, oftmals mit langen Übergangsfristen, und müssen gegen starke Lobbyinteressen erkämpft werden. Doch auch den Mitgliedstaaten kommt eine

» Sind die Geräte erst einmal produziert, gilt es, deren Lebensdauer zu maximieren. Diese allein bei allen Smartphones in der EU um ein Jahr zu verlängern, würde bis 2030 so viel CO_2 einsparen, wie eine Million Autos jährlich ausstoßen. Dafür spielt Reparatur eine Schlüsselrolle.

entscheidende Rolle bei der Verbesserung der Reparaturbedingungen zu. Deutschland hätte in Sachen Reparaturförderung in den letzten Jahren bereits viel stärker vorangehen müssen, zumal die Bundesregierung sich im Koalitionsvertrag zum Recht auf Reparatur und dem übergeordneten Ziel der Senkung des Rohstoffverbrauchs bekennt. Inspiration gibt es genug: von reduzierten Mehrwertsteuersätzen (zahlreiche EU-Staaten, z.B. Schweden), über Reparaturindexe (Frankreich, Belgien) bis hin zum Bonusprogrammen (Österreich, Frankreich, aber auch Thüringen und Sachsen). Das lange angekündigte und für dieses Jahr erwartete Reparaturgesetz der Bundesregierung wird somit zum Prüfstein, ob sie die EU-Regeln ambitioniert umsetzt und den selbst gesteckten Ansprüchen endlich gerecht wird. Zentrale Punkte dabei sind ein möglichst weiter Anwendungsbereich sowie strenge Vorgaben zum Zugang zu angemessen bepreisten Ersatzteilen und reparaturrelevanten Informationen für alle Reparaturakteure. Ein bundesweiter Reparaturbonus, an dessen Finanzierung die Hersteller:innen beteiligt werden, könnte der Reparaturkultur einen Schub verleihen. Die Unterstützung in der Bevölkerung dafür ist groß. Das zeigen der Andrang auf die Bonusprogramme in Österreich und Thüringen sowie die fast 75.000 Bürger:innen, die im letzten Herbst eine Petition eines breiten Bündnisses dafür unterzeichneten. Auch eine Nachwuchsstrategie für den Reparatursektor muss her, kämpft die Branche doch mit Überalterung und Fachkräftemangel. Neben den offensichtlichen Effekten für Klima- und Ressourcenschutz wären die Potenziale zur Stärkung der lokalen Wirtschaft groß. Aktuell sind weit mehr als 100.000 Menschen im Reparatursektor in Deutschland beschäftigt.

Es gilt also einiges zu reparieren in unserem Umgang mit Ressourcen. Hoffnung macht ein Blick auf die rund 1.500 Reparaturinitiativen, in denen Ehrenamtliche bereits seit Langem vormachen, wie eine gelebte Reparaturkultur aussehen kann.

Julius Neu

Julius Neu arbeitet als Eine-Welt-Promotor für Klima- und Ressourcengerechtigkeit beim INKOTA-netzwerk e. V. zu Themen rund um Kreislaufwirtschaft und Rohstoffpolitik.

Sigmund/unsplash

RECYCLING IM FOKUS

Zwischen Versprechen und Realität

Kaum ein Thema wird in der Debatte um die Kreislaufwirtschaft so heiß diskutiert wie das Recycling. Kein Wunder, denn bis heute wird das Recycling von Rohstoffen teilweise immer noch mit dem Begriff der Kreislaufwirtschaft gleichgesetzt. Das Versprechen der Industrie ist dabei häufig, ein „Weiter so“ im Umgang mit Ressourcen sei durch optimierte Recyclingtechnologien möglich.

Gemeint ist mit Recycling die Aufbereitung von Abfällen für den ursprünglichen oder einen anderen Zweck. Es umfasst die Aufbereitung organischer Materialien durch Kompostierung, schließt jedoch die energetische Verwertung zu Brennstoffen oder die Verwertung zu Verfüllmaterialien aus. Recycling reduziert unser Abfallaufkommen und kann die Notwendigkeit des Abbaus und Imports neuer Rohstoffe verringern, aber nicht komplett ersetzen. Darum steht das Recycling bei der europäischen Abfallhierarchie und den 10-R-Strategien, die sich als Prioritätenfolge in der Kreislaufwirtschaft etabliert haben, an vorletzter Stelle.

Drei Expert:innen veranschaulichen exemplarisch für Metalle, Kunststoffe und mineralische Baustoffe die Besonderheiten und Herausforderungen des Recyclings dieser Rohstoffe. Sie skizzieren, inwiefern das Recycling einen wesentlichen Beitrag zur Förderung einer Kreislaufwirtschaft leisten kann und wo die Grenzen des Recyclings liegen.

Das Redaktionsteam

Metallrecycling wird nicht ausreichen, wenn sich nicht auch unser Verbrauch ändert

Seit jeher haben Menschen versucht, metallische Rohstoffe in der Nutzung zu halten. Besonders der hohe Aufwand der Gewinnung und die begrenzte Verfügbarkeit waren dafür wichtige Gründe. In den letzten Jahren hat die Kreislaufführung von Metallen durch Preisschwankungen, Knappheiten, hohe CO_2-Emissionen sowie Umwelt- und Menschenrechtsrisiken im Produktionsprozess weiter an Bedeutung gewonnen. Auch Politiken der Europäischen Union (EU) wie das Gesetz über kritische Rohstoffe (Critical Raw Materials Act) zielen zunehmend auf eine Förderung des Metallrecyclings ab.

Der Begriff der Kreislaufwirtschaft suggeriert, Metalle könnten ohne Verluste immer wieder verwendet werden. Allerdings kommt es bei der Nutzung und dem Recycling von Metallen zu dissipativen Verlusten, bei denen Material unwiederbringlich an die Umwelt oder an andere Materialflüsse verloren geht. Beispielsweise geht Kupfer im Sortierprozess teilweise an den Stahlschrottstrom verloren. Zudem verlieren Metalle und Legierungen im Recyclingprozess häufig durch Verunreinigungen an Qualität, wodurch die Rezyklate anschließend nicht mehr in der ursprünglichen Anwendung eingesetzt werden können. Besonders bei Hochleistungswerkstoffen sind exakte Legierungszusammensetzungen allerdings von höchster Notwendigkeit.

Doch auch durch qualitativ hochwertiges Recycling und einen Ausbau von Recyclingkapazitäten und -technologien werden wir unsere Versorgung mit metallischen Rohstoffen nicht allein durch Rezyklate decken können. Schrotte, die am Ende des Lebenszyklus von Produkten entstehen und recycelt werden, reichen bis zum Jahr 2050 nur für bis zu 75 % des Eisenbedarfs, 67 % des Aluminiumbedarfs und 59 % des Kupferbedarfs in Deutschland aus. [1]

Umso wichtiger ist es deshalb, nicht nur auf Recycling zu setzen, sondern die anderen Stufen in der Abfallhierarchie – zu welcher sich die Bundesregierung im Kreislaufwirtschaftsgesetz bekennt – zu beachten. Zwar ist der Ausbau der Kreislaufführung von Metallen weiterhin essenziell, jedoch bedarf es auch einer Vermeidung des Einsatzes. [2]

Maja Wilke

Maja Wilke hat bei PowerShift die Studie des ifeu Institus zu Reduktionspotenzialen wichtiger Metalle in Deutschland begleitet.

Hochwertige Kreislaufführung steckt für mineralische Baustoffe noch in den Kinderschuhen!

90 % der in Deutschland abgebauten mineralischen Rohstoffe werden vom Bausektor verbraucht. Gleichzeitig erzeugt der Baubereich mehr als die Hälfte aller Abfälle in Deutschland. Der Verbrauch von Rohstoffen für den Bau- und Gebäudebereich führt zu dramatisch negativen Umweltauswirkungen: Allein die Herstellung, Verarbeitung und Entsorgung von Baustoffen für Gebäude verursachen bereits 8 % der deutschen CO_2-Emissionen und etwa 30 % bis 40 % des weltweiten Biodiversitätsverlusts sind dem Ressourcenverbrauch durch die Baubranche zuzuordnen.

Obwohl mineralische Ressourcen, etwa für Beton- oder Gipsbaustoffe, immer knapper werden, wird nur ein Bruchteil der Bau- und Abbruchabfälle hochwertig recycelt und erneut im Hochbau eingesetzt. So liegt der Einsatz von Recycling-Beton bei Gebäuden hierzulande bei unter 1 %. Der Großteil der zurückgebauten mineralischen Wertstoffe wird deponiert oder minderwertig verfüllt.

Dabei können heute schon Wiederverwendungs- und Recyclingpotenziale gehoben werden, um mineralische Ressourcen zu schonen. So wird in der Schweiz mit einem deutlich höheren Anteil an rezyklierten Gesteinskörnungen in Betonen von ca. 60 % gebaut, während in Deutschland maximal 45 % eingesetzt werden. Auch Gips kann sehr gut im Kreislauf geführt werden. Während in Deutschland nur 10 % der Gipskartonplatten recycelt werden, liegt die Quote in Dänemark schon bei 60 %. [3] Sogar die besonderes umweltfreundliche direkte Wiederverwendung von ausgebauten Gipskartonplatten ist möglich, wie das Start-up Re:unit eindrücklich zeigt.

Um den Ressourcenschutz und die Kreislaufwirtschaft am Bau zu stärken, muss insbesondere die öffentliche Hand als größter Auftraggeber Deutschlands mit gutem Beispiel vorangehen. Dafür braucht es verbindliche Mindestanforderungen für den Einsatz von wiederverwendbaren Bauteilen und Recyclingprodukten. Zudem sollte ein Rückbauplan vor jedem Abriss oder jeder größeren Sanierung verpflichtend sein. Ergebnis des Rückbauplans sollte eine Anleitung für den selektiven Rückbau sein, wie Schad- und Wertstoffe voneinander getrennt und welche Bauteile bzw. Baustoffe am hochwertigsten in den Kreislauf zurückgeführt werden können.

Viktor Schödwell

Viktor Schödwell, Senior Expert für Kreislaufwirtschaft bei der Deutschen Umwelthilfe e.V.

Wir können uns nicht aus der Plastik-Krise raus recyceln

Die Plastikproduktion ist das neue Geschäft der fossilen Öl- und Gasindustrie. Ohne Gesetze, die die Plastikproduktion regulieren, könnte sie sich zwischen 2019 und 2060 verdreifachen. Im Verbrauch von Öl und Gas ist die deutsche Chemie- und Plastikindustrie Verbraucher Nummer eins und benötigt mehr Öl, Gas und Strom als die Hälfte aller Privathaushalte, unter anderem für die vielen Einwegverpackungen. [4] Dennoch wird die übermäßige Plastikneuproduktion als Problem zu wenig ernst genommen, da mit einem besseren Kunststoff-Recycling die Probleme gelöst werden sollen.

Jeder Recyclingvorgang kostet unwiederbringlich Material, das ist reine Physik (Stichwort Dissipation) und bedeutet einen konstanten, nötigen Nachschub an Neumaterial. Nur etwas mehr als 30 % der in den gelben Säcken oder Wertstofftonnen eingesammelten Kunststoffe wird in Deutschland recycelt. Der Großteil wird verbrannt: in Müllverbrennungsanlagen oder als Ersatzbrennstoff z.B. in Zementfabriken. Kunststoffe, die in Müllverbrennungsanlagen landen, werden bei der Berechnung der Recyclingquote nicht als Teil des gesamten Plastikabfallaufkommens berücksichtigt, was die Recyclingquote somit verfälscht. Würden sie hinzugerechnet, läge die Recyclingquote noch niedriger.

Kunststoffe lassen sich gut recyceln, wenn es Monomaterialien sind und sie keine bedenklichen Chemikalien enthalten. Leider gibt es keine Transparenz über letztere. Über 16.000 Chemikalien kommen für Plastik oder Plastikprodukte zur Anwendung oder können darin enthalten sein. Zu viele und zu unreguliert, denn mehr als 4.200 dieser Chemikalien gelten aufgrund ihrer Eigenschaften als gefährlich. Um sauber recyceln zu können, braucht es ein Verbot gefährlicher Plastikchemikalien.

Auch wird beim Wort „Recycling“ vermehrt von neuen Verfahren gesprochen, gemeint ist meist chemisches Recycling oder sogar das energieintensive Verfahren CC(U)S (Carbon Capture, Utilisation and Storage), bei dem CO_2 abgeschieden und in neue Produkte gebracht werden soll. Ersteres meint meist die Pyrolyse, eine Form des thermochemischen Recyclings, die in der Vergangenheit immer scheiterte und eine Konkurrenz für das mechanische Recycling bedeuten würde. Für dieses werden sortierte Plastikprodukte bei hohen Temperaturen zersetzt. Das aufwendige chemische Recycling setzt eine Vielzahl an Schadstoffen frei und weist einen sehr hohen Energieverbrauch auf. Bei CC(U)S wird Wasserstoff benötigt, der in absehbarer Zeit nicht tatsächlich erneuerbar zur Verfügung stehen wird. Auch ist der Energieaufwand enorm: Um mit CC(U)S aus Verbrennung neue Kunststoffe herzustellen, wird 10- bis 15-mal so viel wie für mechanisches Recycling benötigt, sagen Expert:innen. Diese gehen zudem davon aus, dass Mehrweg und unverpackt einkaufen etwa 50-fach weniger Energie benötigt als mechanisches Recycling. Es leuchtet daher ein, dass die R-Strategien der Vermeidung und Wiederverwendung das neue Normal werden müssen, um unsere Ressourcen und das Klima zu schützen.

Janine Korduan

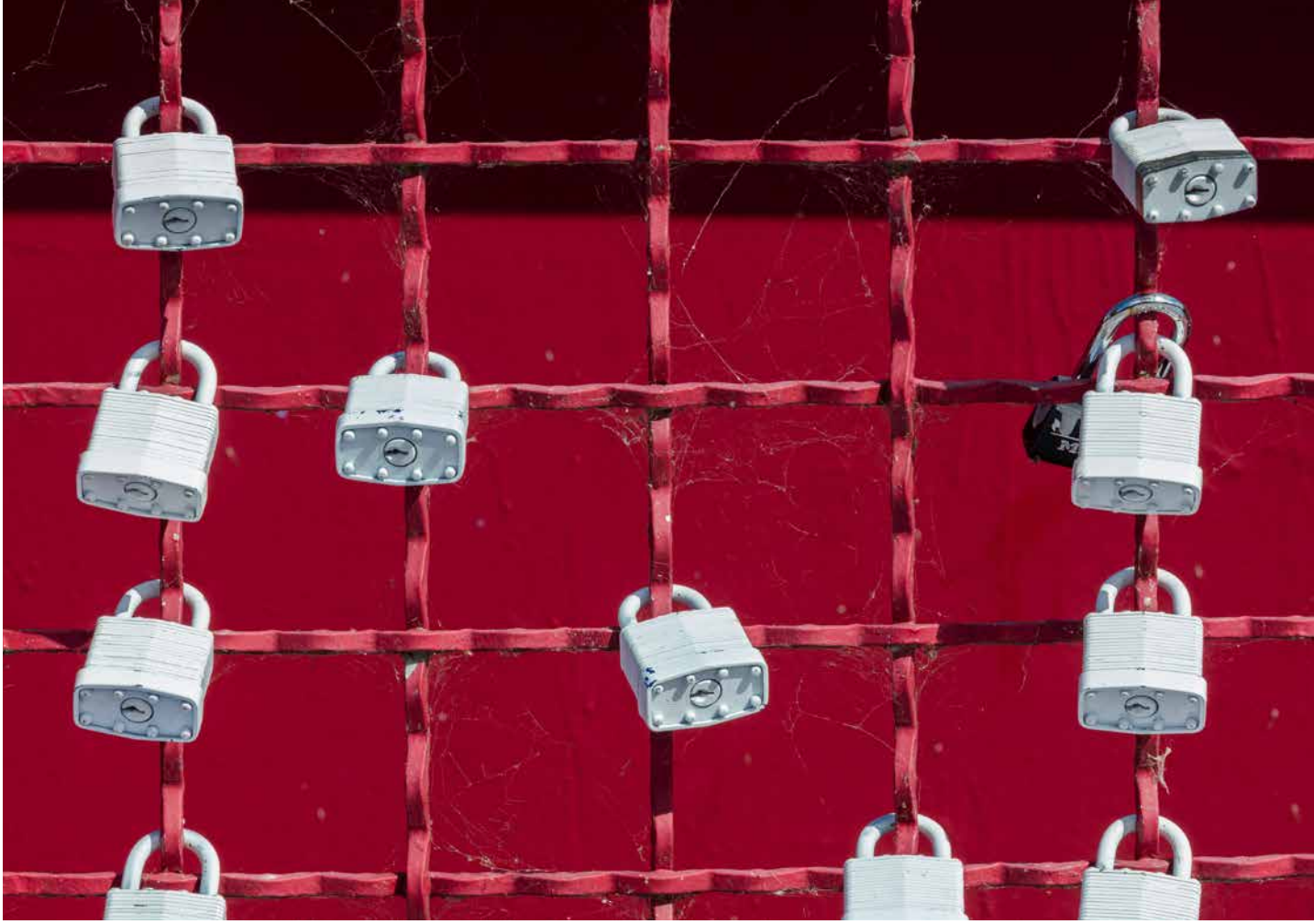
Janine Korduan ist Referentin für Kreislaufwirtschaft beim BUND.

1 Dittrich, M. et al (2024): Kurzstudie „Nutzung und Reduktionspotentiale von Basismetallen in Deutschland und der EU“.

2 Wilke, M., Reckordt, M. (2024): Metallverbrauch senken: Praktische Vorschläge zur Gestaltung der Rohstoffwende.

3 UBA (2017): Ökobilanzielle Betrachtung des Recyclings von Gipskartonplatten.

4 BUND (2023): Blackbox Chemieindustrie.



John Moore/unsplash

KREISLAUFWIRTSCHAFT UND GEISTIGE EIGENTUMSRECHTE – UNVEREINBAR?

Wie geistige Eigentumsrechte die Transformation zur Kreislaufwirtschaft ausbremsen und wie das Problem adressiert werden kann

Das ökologische und ökonomische Potenzial von Kreislaufwirtschaft wird politisch mittlerweile durch nahezu alle demokratischen Parteien anerkannt. Dennoch schaffen geistige Eigentumsrechte hohe rechtliche Barrieren, die es erschweren, Produkte zu reparieren oder zu recyceln und die es teils unmöglich machen die Produktlebenszeit effektiv zu verlängern oder funktionierende Teile aus defekten Produkten weiterzuverwenden.

Für eine Kreislaufwirtschaft, die Ressourcen bestmöglich schont und Emissionen bestmöglich vermeidet, müssen die Herstellung und der Umgang mit Produkten grundlegend verändert werden. In einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft können Produkte einfach repariert werden und eine modulare Bauweise erlaubt, Komponenten wie Smartphonekameras einzeln zu ersetzen, wenn bessere Technik auf den Markt kommt. Funktionierende Komponenten aus defekten Produkten können weiterverwendet werden – als Ersatzteile für Reparaturen oder auch für die Herstellung eines neuen Produkts. Diese Weiterverwendung von einzelnen Komponenten wird auch Remanufacturing genannt. Eine Verbesserung von Produkten, beispielsweise durch das Ersetzen von einzelnen Komponenten, nennt man Refurbishment (Wiederaufbereitung). Doch unter anderem geistige Eigentumsrechte erschweren aktuell Reparaturen und Recycling und machen Refurbishment und Remanufacturing in vielen Fällen unmöglich. Geistige Eigentumsrechte schützen beispielsweise Informationen, Formen, Innovationen und Technologien, damit sie nicht von der Konkurrenz nachgeahmt werden können. Gängige Beispiele dafür sind Patente oder auch der Schutz von Marken.

Ausnahmen für die Kreislaufwirtschaft im Patent-, Design- und Markenrecht nötig

Refurbishment, Remanufacturing und sogar einfache Reparaturen können gegen das Patent-, Design- und Markenrecht verstoßen. Denn wenn ein Produkt entsprechend geschützt ist und so weit verändert wird, dass juristisch von einer „Neuherstellung" die Rede ist, würde dies gegen geistige Eigentumsrechte verstoßen. Ab wann es sich um eine „Neuherstellung" handelt und nicht nur um eine Reparatur, ist eine Einzelfallentscheidung und somit für Reparatur-, Refurbishment-, und Remanufacturingbetriebe nicht eindeutig bestimmbar. Mit einer derartigen rechtlichen Unsicherheit lassen sich Praktiken und Geschäftsmodelle im Bereich Refurbishment oder Remanufacturing schwer etablieren.

Für Reparaturen haben die Gesetzgebenden in der Europäischen Union (EU) und Deutschland das Problem zum Teil bereits erkannt: Bei designrechtlich geschützten Produkten gibt es für Reparaturen eine Ausnahme vom „Änderungsverbot" – diese Ausnahme wird Reparaturklausel genannt. Diese Ausnahme hat sich in der Praxis als sinnvoll erwiesen und ist beispielsweise bei der Reparatur von Autos wichtig, wenn eine beschädigte Karosserie repariert wird. Derartige Ausnahmen für Reparaturen bestehen im Designrecht – also für die äußerliche Erscheinungsform eines Produktes –, jedoch noch nicht im Patent- und Markenrecht – also für jegliche Erfindung, auf die ein Patent angemeldet wurde oder für Symbole oder Erscheinungsformen, die mit einer konkreten Marke in Verbindung gebracht werden. Für Refurbishment und Remanufacturing wurden bisher gar keine Ausnahmen geschaffen. Deshalb ist die Einführung von Reparatur-, Refurbishment- und Remanufacturingklauseln im Patent-, Design- und Markenrecht am Beispiel der Reparaturklausel im Designrecht nötig, damit zirkuläre Praktiken aus der rechtlichen Grauzone geholt werden.

Ersatzteile verfügbar machen

Ersatzteile sind essenziell, um Produkte mit Hilfe von Reparaturen und Refurbishment nutzbar zu machen. Sie sind jedoch oft nicht verfügbar oder so teuer, dass sich eine Reparatur nicht lohnt. Das liegt auch daran, dass Hersteller:innen auf dem Ersatzteilmarkt oft ein Monopol haben – weil Dritte aufgrund von geistigen Eigentumsrechten die Ersatzteile nicht anbieten dürfen. Da es für Hersteller:innen meist lukrativer ist, ein neues Produkt zu verkaufen, statt ein altes zu reparieren, haben sie wenig Interesse daran, Ersatzteile zu einem angemessenen Preis zur Verfügung zu stellen. Deshalb sollten in geistigen Eigentumsrechten Ausnahmen für Teile in Produkten vorgesehen werden, welche häufig verschleißen (beispielsweise der Akku im Smartphone). Hersteller:innen könnten zudem verpflichtet werden, Informationen für Nachbildungen von Ersatzteilen wie leicht brechende Kunststoffteile für den 3-D-Druck zur Verfügung zu stellen, sofern sie die entsprechenden Ersatzteile nicht selber anbieten. Darüber hinaus sollten Praktiken, mit denen Hersteller:innen versuchen, aktiv zu verhindern, dass sich Ersatzteile einbauen lassen, verboten werden. Beispielsweise ist es gängige Praxis von Smartphoneherstellern, Ersatzteile von Fremdherstellern mit Hilfe von Software zu blockieren und so entweder die Funktionsfähigkeit des Gerätes einzuschränken oder sogar komplett aufzuheben. Die EU hat just beschlossen, derartige reparaturfeindliche Praktiken zumindest für einige Produkte wie Smartphones oder Waschmaschinen zu verbieten, hat jedoch eine Ausnahme von diesem Verbot für den Schutz von geistigen Eigentumsrechten geschaffen. Diese Ausnahme kann das Verbot weitgehend nutzlos machen und sollte deshalb in der Umsetzung auf nationaler Ebene von der Bundesregierung sehr streng ausgelegt werden.

Informationen teilen für die Kreislaufwirtschaft

Wenn der Reparaturbetrieb um die Ecke den Laptop reparieren soll, ein Unternehmen Komponenten aus alten Produkten weiterverwenden oder ein Recyclingbetrieb wertvolle Rohstoffe aus Altgeräten zurückgewinnen möchte, brauchen diese Akteure viele Informationen über die Produkte. Beispielsweise müssen sie wissen, wie die Produkte demontiert werden können, ohne Schaden zu nehmen, welche Qualität die Komponenten haben oder welche Materialien in einem Produkt in welcher Form enthalten sind. Heutzutage sind Reparaturen, Refurbishment, Remanufacturing und Recycling oft mühsamer, als sie sein müssten, weil Hersteller:innen diese Infor-

Heutzutage sind Reparaturen, Refurbishment, Remanufacturing und Recycling oft mühsamer, als sie sein müssten, weil Hersteller:innen diese Informationen nicht teilen wollen. Unternehmen verweisen oft auf das Geschäftsgeheimnis und dass die benötigten Informationen rechtlich geschützt sind.

mationen nicht teilen wollen. Unternehmen verweisen oft auf das Geschäftsgeheimnis und dass die benötigten Informationen rechtlich geschützt sind.

Die EU hat gerade beschlossen, dass Hersteller:innen künftig für eine breite Produktpalette wichtige Informationen teilen müssen, die die Kreislaufwirtschaft betreffen. Dies soll über sogenannte digitale Produktpässe ermöglicht werden, in denen benötigten Informationen eingespeist werden. Industrieverbände sehen dadurch zum Teil Geschäftsgeheimnisse bedroht. Jedoch hat die EU ein System vorgesehen, welches diese schützt: So soll nicht jede:r auf alle Informationen zugreifen können, sondern nur auf die von ihr:ihm benötigten Informationen. Das könnte zum Beispiel bedeuten, dass zwar Verbraucher:innen und Reparateur:innen nicht die genaue Materialzusammensetzung eines Smartphones einsehen können, Recyclingbetriebe jedoch schon – und diese wären zur Geheimhaltung verpflichtet. Durch ein solches System kann der Zielkonflikt zwischen dem hohen Informationsbedarf der Kreislaufwirtschaft und geistigen Eigentumsrechten also für den Datenaustausch zwischen Unternehmen gelöst werden. Problematisch bleibt jedoch, wenn Unternehmen Informationen, die für Verbraucher:innen beispielsweise für eine Selbstreparatur notwendig sind, mit einem Verweis auf Geschäftsgeheimnisse nicht teilen wollen. Deshalb sollten die EU und die Bundesregierung festlegen, welche Informationen vollständig veröffentlicht werden müssen. Wenn dies klar geregelt ist, schafft dies auch Planungssicherheit für Unternehmen.

Ausblick für innovative und rechtssichere Lösungsansätze

Geistige Eigentumsrechte erschweren also Reparaturen oder Recycling und machen innovative Geschäftsmodelle im Sinne der Kreislaufwirtschaft teils unmöglich. Deshalb sind vielfältige, rechtliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lösungsansätze notwendig. Es gibt Beispiele, die den Zielkonflikt bereits jetzt in der Praxis auflösen – wie das Berliner Start-up MNT, welches es Nutzer:innen mit einem Laptop mit Do-it-Yourself-Bausatz ermöglicht, jedes Teil durch die veröffentlichten Bauanleitungen selbst zu ersetzten und mit einem 3-D-Drucker nachzubauen. Ein anderes Beispiel: Mit sogenannten Open-Hardware-Lizenzen können Patenteinhaber:innen ihre Produkte und Designs rechtssicher zur freien Verfügung stellen und Bedingungen definieren, wie die Lizenz genutzt werden darf. So können Hersteller:innen schon heute Refurbishment und Remanufacturing mit ihren Produkten rechtssicher möglich machen.

Damit die Transformation zur ganzheitlichen Kreislaufwirtschaft gelingt, sind rechtliche Lösungen notwendig, um den Zielkonflikt mit geistigen Eigentumsrechten zu adressieren. Geschäftsmodelle, die so aufgestellt sind, dass beanspruchte geistige Eigentumsrechte der Kreislaufwirtschaft nicht im Wege stehen, sind die Geschäftsmodelle der Zukunft – für diese müssen optimale regulatorische Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dies ist für die Ressourcenschonung von zentraler Bedeutung. Und es ist angesichts der weltweiten Ambitionen für eine Transformation zur Kreislaufwirtschaft auch eine Chance für eine nachhaltige Standortentwicklung.

Luisa Denter

Luisa Denter ist Referentin für Ressourcenpolitik und zirkuläres Wirtschaften bei Germanwatch e.V.

Guillaume Périgois/unsplash

DIE EU AUF DEM WEG ZUR CIRCULAR ECONOMY?

Zwischen Ambition und Umsetzung

Mit dem europäischen Grünen Deal hat die Europäische Union (EU) ein umfangreiches Paket von Visionen, Zielen, Maßnahmen, Innovationspfaden und Zukunftstechnologien vorgelegt. Dabei ist der Grüne Deal als die neue nachhaltige Wachstumsstrategie der EU konzipiert. Eine ihrer wichtigsten Säulen ist der Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft (Circular Economy Action Plan, CEAP), der 2020 in Kraft trat. Was ist vom CEAP und anderen EU-Maßnahmen zu erwarten und wie werden sie in den Mitgliedstaaten umgesetzt?

Zunächst einmal darf man natürlich fragen, ob eine Wachstumsstrategie ein geeigneter Ansatz für eine Kreislaufwirtschaft ist, und wenn ja, ob die Kreislaufwirtschaftsstrategie dann nicht sehr genau spezifizieren müsste, was wachsen darf und was nicht. Schließlich führt wachsender Konsum noch immer zu wachsenden Stoffströmen und Abfällen. Der CEAP spezifiziert das aber nicht. Mit 35 Maßnahmen und Rechtsakten legt er das weitere Vorgehen fest und soll als Leitfaden für den Übergang zu einem neuen Wirtschaftsmodell dienen. Die zentralen Bereiche sind Bau und Gebäude, Lebensmittel, Kunststoffe, Wasser und Nährstoffe, Verpackungen, Batterien und Fahrzeuge, Textilien und Elektronik. Es geht um die Etablierung nachhaltiger Produktions- und Verbrauchsmuster, die möglichst lange Erhaltung des wirtschaftlichen Wertes von Produkten, Stoffen und Ressourcen, die Verkleinerung des Materialfußabdrucks der EU und die Verdopplung des Anteils im Kreislauf gehaltener Materialien bis 2030.

Hindernisse trotz gemeinsamer Marschrichtung

Eine von der Europäischen Umweltagentur beauftragte Studie über die Umsetzung der Kreislaufwirtschaftspolitik auf nationaler Ebene stellt fest, dass

inzwischen eine beträchtliche Anzahl von nationalen Strategien, Fahrplänen und Aktionsplänen für die Kreislaufwirtschaft in 23 EU-Mitgliedstaaten auf den Weg gebracht wurde[1]. Die Studie zeigt jedoch auch, dass die Länder über große institutionelle Herausforderungen bei der Entwicklung von Strategien für die Kreislaufwirtschaft berichten, insbesondere was die nationale Konsensbildung und die anschließende Entwicklung und Umsetzung konkreter Maßnahmen auf den nachgeordneten politischen Ebenen betrifft. Eine Kreislaufwirtschaftsstrategie wird daher oft als Ausgangspunkt betrachtet, dem eine umfassendere Einbeziehung der Stakeholder und ein nationaler Interessenausgleich folgen müssen. Von einem übergreifenden Konsens kann nicht ausgegangen werden. Zwar besteht Einigkeit über die allgemeine Marschrichtung, doch gibt es eindeutige Interessenkonflikte auf allen Ebenen, die eine Umsetzung behindern. Vor allem die Städte und Regionen stehen aufgrund ihrer alltäglichen linearen Infrastrukturen bei gleichzeitig weit verbreiteten engen finanziellen Spielräumen vor großen Herausforderungen. Der Europäische Rechnungshof stellt ernüchternd fest, dass der CEAP bisher in den Mitgliedstaaten kaum echte Auswirkungen gezeigt habe.

Progressive Ansätze mit vielen „Aber“

Die Circular Economy Politik der EU hat aber auch progressive Ansätze. Es werden klare Weiterentwicklungen angelegt, die für eine Kreislaufwirtschaft sehr wesentlich sind, z.B. das Recht auf Reparatur und die Öko-Design-Richtlinie und das Augenmerk wird auf wichtige große Materialströme gelegt, z.B. Bauen und Gebäude und mit den notwendigen energetischen Sanierungen kombiniert. Die Hervorhebung von einzelnen Sektoren birgt aber die Gefahr, wichtige andere Bereiche unadressiert zu lassen oder wichtige Wechselwirkungen zu vernachlässigen. Beispielsweise wird im Bereich Lebensmittel der Schwerpunkt auf Lebensmittelverluste und Verpackungen gelegt (welche zweifellos wichtig sind), aber das Problem der großen Stoffströme z.B. durch Futtermittel für die Fleischproduktion, die ihrerseits erhebliche negative Umweltwirkungen haben, wird nicht berührt.

Messmethoden für Kreislaufwirtschaftskennzahlen sind zwar ergänzt worden, konzentrieren sich aber nur auf die Ressourcennutzung und das Abfallmanagement und decken wichtige Aspekte der Kreislaufwirtschaft, die sich auf die längerfristige Werterhaltung von Produkten und Materialien beziehen (z. B. das Design für Kreislaufwirtschaft, Reparatur und Wiederverwendung) nicht ab. Bisher können (außer Recycling, Recover und Reduce[2]) alle höheren R-Strategien (Refuse, Rethink, Reuse, Repair, Refurbish, Remanufacture und Repurpose[3]) nicht wirklich gemessen werden, geschweige denn die hier erzielten Fortschritte. Das heißt, abgesehen von Einzelstudien, die manchmal einen Einblick geben, weiß derzeit eigentlich niemand genau, welche Produkte (außer die durch die Recyclingraten gemessenen Abfallströme wie Glas, Papier, Aluminium etc.) in welchem Ausmaß im Kreis geführt, getauscht oder weiterverwendet werden; auch die Messung bewegt sich in noch in linearen Strukturen und Pfadabhängigkeiten.

Wie geht’s weiter?

Die Einigung über neue Verbraucher:innenrechte für Reparaturen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat vom Februar dieses Jahres wird wegweisend sein und zahlreiche Folgewirkungen entfalten (z.B. die Verlängerung der Produktlebenszyklen, die Herstellerverpflichtung für Ersatzteile, die Eindämmung der sog. geplanten Obsoleszenz, die Stärkung des Reparatursektors). Die Basis für ein umfassendes Recht auf Reparatur wird gelegt.

Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Erweiterung der Ökodesign-Richtlinie, das nachhaltige Produkte zur neuen Norm machen will. Beginnend mit einer bestimmten Auswahl von Produkten (Bekleidung, Schuhe, Möbel, Reifen, Farben, Schmierstoffe und Chemikalien, energiebezogene Produkte, Informations- und Kommunikationstechnik-Produkte und andere Elektronikprodukte) wird über die bisher fokussierte Energieeffizienz hinausgegangen und u.a. die Haltbarkeit, Wiederverwendbarkeit, Nachrüstbarkeit, Reparierbarkeit und Ressourceneffizienz von Produkten in den Blick genommen. Auch die Vernichtung unverkaufter Verbraucherprodukte soll mit Maßnahmen adressiert werden. Mit Hochdruck arbeitet man zudem am digitalen Produktpass, der als ein leicht zugängliches Etikett auf Produkten zu finden sein wird, um nachhaltige Kaufentscheidungen zu erleichtern.

Nachahmungspotenzial

Einige Staaten profilieren sich bereits heute mit der Umsetzung von Kreislaufwirtschaftsmodellen in interessanten Bereichen und bieten Nachahmungspotenzial.[4] So hat Frankreich 2021 einen sogenannten Reparaturindex für fünf elektronische Geräte (Smartphones, Laptops, Fernsehapparate,

Die Einigung über neue Verbraucher:innenrechte für Reparaturen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat vom Februar dieses Jahres wird wegweisend sein (...).

Waschmaschinen und Rasenmäher) eingeführt. Damit wird die verpflichtende Darstellung einfach verständlicher Informationen für Verbraucher:innen über die Reparierbarkeit gesetzlich geregelt, um die Kaufentscheidungen in Richtung Reparaturfreundlichkeit zu beeinflussen. Belgien wiederum sticht hervor mit einem hohen Anteil an Wiederverwendung von gebrauchten Produkten, da die Einrichtung von sogenannten Kringwinkels-Initiativen so verbreitet ist, dass Belgier:innen fast überall die Möglichkeit haben, entweder selbst Produkte für die Weiterverwendung zur Verfügung zu stellen oder als Alternative für Neuprodukte nach solchen zu suchen. Es genügt ein Anruf und die Mitarbeiter:innen holen Güter wie Freizeitartikel, Kleidung und Haushalts- oder Elektronikartikel ab, reparieren sie oder bereiten sie neu auf und verkaufen sie günstig in den dazu gehörigen Läden. In Italien, wo die Slow-Food-Bewegung ihre Wurzeln hat, bemüht man sich um die Erhaltung der regionalen Küche mit heimischen, saisonalen pflanzlichen und tierischen Produkten und ihre lokale Produktion. Anstatt langer, teils internationaler Wertschöpfungsketten werden so regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt und der Lebensmittelverschwendung entgegengewirkt. Die Niederlande wiederum verfolgen einen breiten partizipatorischen Transitionsprozess in Richtung Kreislaufwirtschaft, wo es darum geht, die Industrie mitzunehmen, einzubinden und durch Selbstverpflichtungen und guten Beispielen auch einzelner Unternehmen einen breiten gesellschaftlichen Prozess in Gang zu setzen. Malta hat 2022 ein grünes öffentliches Beschaffungswesen für 17 Produkt- und Dienstleistungsgruppen, von denen 14 verbindlich sind, eingeführt und zielt darauf ab, den Anteil umweltfreundlicherer Produkte und Dienstleistungen im öffentlichen Beschaffungswesen bis 2025 auf 90 % zu erhöhen – ein ehrgeiziger Ansatz, um den Markt zu bewegen.

Und Deutschland?

In Deutschland steigen zwar die Recyclingraten, aber auch das Aufkommen bestimmter Müllfraktionen, eine echte Entkopplung will nicht gelingen. Es gibt kaum ein Land in Europa, das mehr Verpackungsabfall verursacht als Deutschland. 2021 wurden pro Kopf 237 Kilogramm Verpackungsmüll erzeugt, ein Zuwachs von 26 % seit 2005. Auch im europäischen Vergleich der Nutzungsraten wiederverwendbarer Stoffe belegt Deutschland nur Rang 8. Um diesen Trend zu brechen, muss auf politischer Ebene einiges passieren. Die Abfallvermeidung muss gestärkt werden (z.B. durch wiederverwendbares Verpackungsmaterial), ebenso die Weiterverwendung von Produkten, sowie Reparaturen und zirkuläre Strategien im Bau. Hier kann Deutschland von anderen EU-Staaten noch viel lernen.

Bettina Bahn-Walkowiak

Bettina Bahn-Walkowiak ist Senior Researcherin in der Abteilung Kreislaufwirtschaft, Forschungsbereich Zirkulärer Wandel am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

---

1 ETC CE (2022): Circular Economy policy innovation and good practice in Member States. Copenhagen: European Topic Centre on Circular Economy and Resource Use.

2 Recycling = wiederverwerten, Recover = energetisch verwerten, Reduce = reduzieren.

3 Refuse = vermeiden, Rethink = umdenken, Reuse = wiederverwenden, Repair = reparieren, Refurbish = wiederaufbereiten, Remanufacture = refabrizieren, Repurpose = umfunktionieren.

4 Wilts H. und Bröcker, A. (2022): Implementation of the circular economy in Europe: status quo and starting points. Brüssel: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Matt Seymour/unsplash

DIE ÖSTERREICHISCHE KREISLAUFWIRTSCHAFTS-STRATEGIE

Von ambitionierten Visionen und großen Herausforderungen

Österreichs Kreislaufwirtschaftsstrategie setzt ambitionierte Ziele, wobei das bedeutendste die Reduktion des Ressourcenverbrauchs ist. Bis 2050 soll der Material-Fußabdruck um 80 % reduziert werden. Dieses ehrgeizige Ziel ist erfreulich, stellt jedoch auch eine große Herausforderung dar.

Die Freude in der Kreislaufwirtschafts-Community war groß als die österreichische Bundesregierung am 7. Dezember 2022 die Kreislaufwirtschaftsstrategie[1] im Ministerrat beschlossen hatte. Die Strategie legt die Vision für die Umgestaltung der österreichischen Wirtschaft und Gesellschaft in eine klimaneutrale, nachhaltige Kreislaufwirtschaft bis 2050 dar.

Sie ist im Kontext des European Green Deal (2019) und dessen zentralen Bestandteils, dem Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft (2022), zu sehen. Ein Eckpfeiler darin ist die Initiative für eine nachhaltige Produktpolitik mit dem Ziel, nachhaltige und zirkuläre Produkte zur Norm zu machen. Im Fokus stehen weiters die Stärkung der Rechte der Konsument:innen, die Förderung zirkulärer Geschäftsmodelle sowie die Entwicklung digitaler Produktpässe. Zudem adressiert der Aktionsplan jene Branchen, in denen die meisten Ressourcen genutzt werden. Diese Schwerpunkte spiegeln sich auch in

der österreichischen Strategie wider. Während es auf der Ebene der Europäischen Union (EU) noch kein Ressourcenreduktionsziel gibt, hat sich Österreich die Reduktion des Material-Fußabdrucks um 80 % bis 2050 vorgenommen. Österreich zählt somit zu den Vorreitern unter den EU-Mitgliedstaaten.

Ganzheitliches Verständnis

Ein zentrales Merkmal der österreichischen Strategie ist ihr ganzheitliches Verständnis von Kreislaufwirtschaft. Im Gegensatz zu herkömmlichen Auffassungen, die Kreislaufwirtschaft mit Abfall- und Recyclingwirtschaft gleichsetzen, beinhaltet die Strategie die umfassenden 10 R-Grundsätze der Kreislaufwirtschaft (Anmerkung der Redaktion: siehe Seite 3 in diesem Rundbrief). Refuse, Rethink und Reduce haben dabei das größte Potenzial und zeigen, dass bereits beim Design von Systemen, Geschäftsmodellen, Dienstleistungen und Produkten angesetzt werden muss. Reuse bis Repurpose zielen darauf ab, die Nutzungsdauer auf einem möglichst hohen Wertniveau zu verlängern. Die geringste Bedeutung haben Recycling und Recovering. Die 10 R-Grundsätze verdeutlichen zudem, dass Kreislaufwirtschaft auch mit Suffizienz, also bewusstem Einsparen, einhergeht und dass Reuse, Repair, Refurbish, Remanufacture und Repurpose bedeutend mehr Potenzial haben, die Zirkularität zu erhöhen als Recycling und Recover.

Das Sieben-Tonnen-Ziel

Die Ressourcennutzung in Österreich hat sich in den Jahren von 2010 bis 2018 zwar stabilisiert, allerdings auf einem sehr hohen Niveau. Der inländische Materialverbrauch lag 2018 bei 19 Tonnen pro Kopf und Jahr und damit um fünf Tonnen über dem europäischen Durchschnitt. Noch höher ist der österreichische Material-Fußabdruck. Dieser beinhaltet neben dem inländischen Materialverbrauch auch den Rohstoffbedarf für die importierten Halb- und Fertigwaren abzüglich der entsprechenden Exporte. Er lag 2017 bei 33 Tonnen pro Kopf und Jahr und ist ebenfalls weit über dem europäischen Durchschnitt von 23 Tonnen. Die österreichische Bundesregierung legt in der Strategie vier quantitative Ziele fest. Besonders hervorzuheben ist das Ziel, den Ressourcenverbrauch zu reduzieren (Ziel 1). Der Material-Fußabdruck soll bis 2050 von derzeit jährlich etwa 33 auf 7 Tonnen pro Kopf und Jahr gesenkt werden – also auf ein Fünftel des Referenzjahres 2017. Erfreulich ist sowohl das absolute Reduktionsziel als auch der Material-Fußabdruck-Indikator. Mit diesem konsumbasierten Indikator können auch Verlagerungseffekte beim Rohstoffverbrauch abgebildet werden, die entstehen, wenn ressourcenintensive Produktionsschritte ins Ausland verlagert werden. Als Zwischenziel bis 2030 ist eine Reduktion des inländischen Materialverbrauchs von rund 19 auf 14 Tonnen pro Kopf und Jahr vorgesehen. Weitere Ziele betreffen die Steigerung der inländischen Ressourcenproduktivität (wirtschaftliche Leistung in Euro [BIP] pro Tonne Materialeinsatz im Inland) bis 2030 um 50 % im Vergleich zu 2015 (Ziel 2), die Steigerung der Zirkularitätsrate (Nutzungsrate wiederverwendbarer Stoffe) von 12 % (2020) auf 18 % bis 2030 (Ziel 3) und die Reduktion des materiellen Konsums in privaten Haushalten um 10 % bis 2030, gemessen am Aufkommen von Siedlungsabfällen (Ziel 4).

Umsetzung der Strategie

Finanzierung und Förderung sind wesentliche Voraussetzungen für die Forcierung der Kreislaufwirtschaft. Dafür wurde unter anderem im Umweltförderungsgesetz eine neue Förderung in der Höhe von 41 Millionen Euro für die Kreislaufwirtschaft geschaffen. Davon sind 10 Millionen für Sozialökonomische Betriebe bestimmt, für die erstmalig eine eigene Förderschiene geschaffen wurde. Dies unterstreicht ihre bedeutende Rolle in der Kreislaufwirtschaft. Bedauerlicherweise sind für zivilgesellschaftliche Organisationen keine Fördermittel vorgesehen. Förderungen zum Ausgleich von Marktverzerrungen, wie etwa der bereits eingeführte bundesweite Reparaturbonus für Elektrogeräte, zählen ebenso zu den geplanten Maßnahmen. Große Bedeutung wird dem Bereich Forschung, Technologieentwicklung und Innovation (FTI) beigemessen. Kreislaufwirtschaft wurde als einer von drei FTI-Schwerpunkten verankert. Förderprogramme für die angewandte Forschung laufen bereits.

Die effektive Umsetzung braucht Vernetzung, Wissen und Kompetenzen. Zur Entwicklung und Stärkung des Kreislaufwirtschaftsnetzwerks setzte das für Kreislaufwirtschaft zuständige Klimaschutzministerium das angekündigte Circularity Lab in Zusammenarbeit mit dem Climate Lab Wien um, welches der Vernetzung von Stakeholdern dient und mit seinem Angebot thematische Schwerpunkte setzt. 2024 lauten diese: kreislauforientiertes Bauen, Textilien und Möbel.

Zudem hat die Bundesregierung eine Task Force Kreislaufwirtschaft[2] geschaffen – bestehend aus Expert:innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Sie soll die Umsetzung der Strategie begleiten, kritisch beleuchten und die Umsetzung evaluieren. Vertreter:innen von Umwelt-NGOs sind nicht Teil des Gremiums, was sehr zu kritisieren ist.

Ein Ressourcenschutzgesetz für Österreich und die EU

Eine ambitionierte Kreislaufwirtschaft kann ein Vehikel für die sozial-ökologische Transformation sein. Dafür braucht es aber mehr Verbindlichkeit. In der österreichischen Strategie wird ein Kreislaufwirtschaftsgesetz in Aussicht gestellt, in dem Ziele, Grundsätze und Aufgaben mittelfristig analog zum Klimaschutzgesetz verankert werden sollen. Ein solches Gesetz zum Ressourcenschutz ist in jedem Fall zu unterstützen.

Während es auf der Ebene der Europäischen Union (...) noch kein Ressourcenreduktionsziel gibt, hat sich Österreich die Reduktion des Material-Fußabdrucks um 80 % bis 2050 vorgenommen.

Österreichs Reduktionsziel hat auch Vorbildwirkung für andere EU-Länder und auf EU-Ebene. Initiativen für EU-Reduktionsziele gab es vom Europäischen Parlament bereits und auch die Europäische Kommission hat sich im 8. Umweltaktionsprogramm für die Einführung von Reduktionszielen für 2030 ausgesprochen. Auf EU-Ebene nutzte die Zivilgesellschaft die vergangenen Monate, um das Thema Ressourcenreduktion zu forcieren. In einem White Paper[3] fordern sie eine EU-Gesetzgebung zu einem nachhaltigen Ressourcenmanagement, insbesondere eine EU-Richtlinie, die verbindliche Ziele für die Verringerung des materiellen Fußabdrucks der EU auf 5 Tonnen pro Kopf bis 2050 festlegt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssten Umsetzungsstrategien und sektorspezifische Fahrpläne mit verbindlichen Teilzielen entwickeln. Die Umverteilung von Ressourcen und die Beseitigung von Ungleichheiten wären ebenso Bestandteil.

Eine gesetzliche Verankerung hätte zur Folge, dass die Politik nicht losgelöst von den Zielen der Strategie agieren könnte. Dies war beispielsweise in Österreich im Februar der Fall, als die Bundesregierung ein Konjunkturpaket für die Baubranche verabschiedete. Ein Teil dieser Investitionen fördert zwar die Sanierung, Isolierung und den Heizungstausch, 80 % davon sind jedoch für den Neubau bestimmt, dessen Klima- und Kreislaufwirtschaftstauglichkeit keinen Bedingungen unterworfen ist.

Suffizienzmaßnahmen und mehr Mitbestimmung

In einer wachsenden Wirtschaft den Ressourcenverbrauch absolut zu senken, ist eine enorme Herausforderung. Die politischen Maßnahmen müssen weit über den derzeitigen Fokus, der vorrangig auf Effizienz, technologische Innovation und Konsumentscheidungen liegt, hinausgehen und vor allem auf Suffizienz ausgerichtet sein. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ressourcenschonende und sozial gerechte Lebensstile zur Norm machen – durch nachfrageseitige Maßnahmen, Infrastrukturen und soziale Innovationen. Folglich müsste die Wirtschaftspolitik stärker an sozialen und ökologischen Zielen ausgerichtet werden.

Mitbestimmung und Teilhabe an dieser Transformation sind unerlässlich, doch die österreichische Strategie fokussiert noch stark auf Unternehmen. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden zwar erwähnt, doch damit sie weiterhin politisch mitwirken und die Kreislaufwirtschaft in die Breite der Gesellschaft tragen können, brauchen sie entsprechende finanzielle Unterstützung für ihre Transformationsprojekte. Denn für einen umfassenden Umbau unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems müssen alle Akteure zusammenwirken!

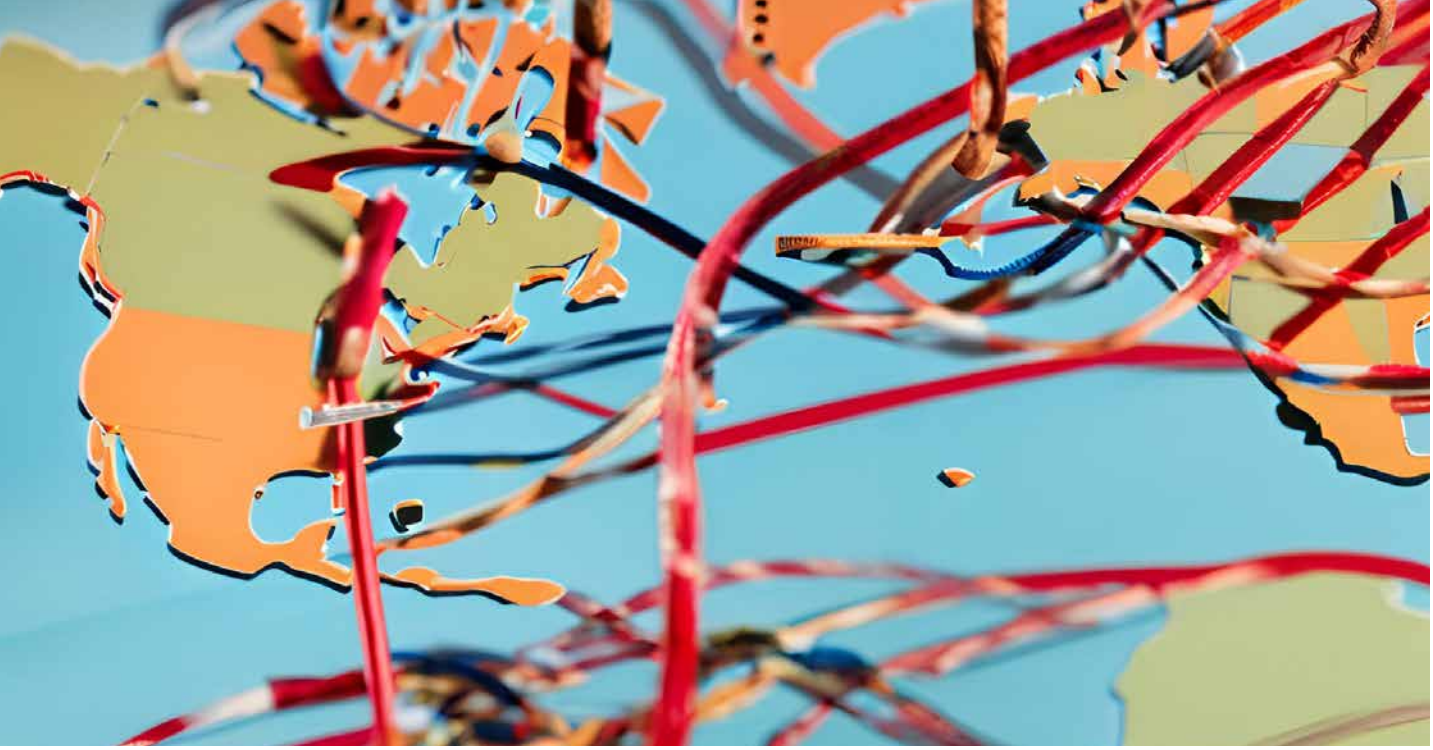
Maria Langsenlehner

Maria Langsenlehner ist Policy Officer für Kreislaufwirtschaft und Wirtschaftstransformation im Umweltdachverband in Österreich und Leiterin von Circular Futures – Plattform Kreislaufwirtschaft Österreich.

1 Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (2022): Österreich auf dem Weg zu einer nachhaltigen und zirkulären Gesellschaft. Die österreichische Kreislaufwirtschaftsstrategie.

2 Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (2023): Kick-Off für Task-Force Kreislaufwirtschaft.

3 European Youth Forum et. al. (2024): White paper for an EU within planetary boundaries. Sustainable Resource Management in the EU.



Erstellt mit künstlicher Intelligenz

AUF DEM WEG ZU EINER GLOBALEN KREISLAUFWIRTSCHAFT

Die Notwendigkeit von internationaler Koordination

Die europäische Politik spielt eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, Kreislaufwirtschaft voranzubringen. Die Komplexität und Verflechtung globaler Wertschöpfungsketten erfordern aber ein koordiniertes Vorgehen über die EU-Grenzen hinweg. Ungleiche rechtliche Rahmenbedingungen, Handelshemmnisse, geopolitische Spannungen und die Sicherung von Rohstoffen behindern den Fortschritt hin zu einer integrativen globalen Kreislaufwirtschaft. Nur durch konzertierte internationale Anstrengungen können die Komplexität globaler Materialströme und Wertschöpfungsketten bewältigt und gleichzeitig Fortschritte auf dem Weg zu einer gerechten Kreislaufwirtschaft gemacht werden.

Trotz der jüngsten Deglobalisierungstendenzen sind Materialströme und Wertschöpfungsketten nach wie vor hochkomplex und durchqueren Kontinente. Das vorherrschende lineare „Take-Make-Waste"-Modell von Produktion und Konsum hat zu einer nicht nachhaltigen Erschöpfung der Ressourcen und zur Anhäufung von Abfall geführt. Der jüngste Global Resources Outlook, der Anfang 2024 vom International Resource Panel der Vereinten Nationen veröffentlicht wurde, warnt davor, dass der Ressourcenverbrauch bis 2060 um 60 % gegenüber dem Stand von 2020 steigen könnte. Außerdem verbrauchen Länder mit hohem Einkommen sechsmal mehr Materialien pro Kopf und sind für zehnmal mehr Klimaauswirkungen pro Kopf verantwortlich als Länder mit niedrigem Einkom-

men.[1] In ähnlicher Weise schätzt der Global Waste Management Outlook 2024 der Vereinten Nationen, dass das Aufkommen städtischer Festabfälle von 2,3 Milliarden Tonnen im Jahr 2023 auf 3,8 Milliarden Tonnen im Jahr 2050 ansteigen wird.[2] Vor allem Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen sind von einer unsachgemäßen Abfallbewirtschaftung betroffen, die sich negativ auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen auswirkt.

Um diese Herausforderungen des eskalierenden Ressourcenverbrauchs und des Abfalls zu bewältigen, ist ein globaler Übergang zur Kreislaufwirtschaft unumgänglich. Aufgrund der globalen Verflechtung der Wirtschaft und der Wertschöpfungsketten in den Bereichen Textilien, Elektronik, Kunststoffe und kritische Rohstoffe kann kein Land oder Unternehmen diesen Wandel allein bewältigen.

Potenzial für zirkuläre Textil-Wertschöpfungsketten

Die Textilindustrie ist ein Beispiel für die Komplexität einer hochgradig globalen und linearen Wertschöpfungskette. Vom Baumwollanbau in Indien über die Herstellung von Kleidungsstücken in Bangladesch oder China, den Einzelhandel in Europa und den Vereinigten Staaten und die Märkte für gebrauchte Textilien in Ghana bis hin zur Entsorgung von Textilabfällen in der chilenischen Atacama-Wüste – Textilien durchlaufen viele Länder und verschiedene Prozesse. Dieses lineare Modell ist jedoch voller Ineffizienzen, sozialer Ungerechtigkeiten und Verschwendung. Die Fast Fashion, die sich durch schnelle Produktionszyklen und Wegwerfbarkeit auszeichnet, hat diese Probleme noch verschärft. Der Übergang zu einem Kreislaufmodell für Textilien erfordert ein Umdenken in Bezug auf Design, Materialien und Verbrauchsmuster. Anforderungen an die Recyclingfähigkeit von Fasern, die Verlängerung der Lebensdauer von Kleidungsstücken durch haltbarkeitsorientiertes Design und digitale Produktpässe sind wichtige Strategien. Solche Veränderungen sind jedoch potenziell disruptiv. Beispielsweise könnten Zulieferer im Globalen Süden beschränkten Zugang zu EU-Märkten haben, Arbeitnehmer:innen werden neue Fähigkeiten benötigen, um mit neuen Technologien arbeiten zu können, und informelle Akteure im Secondhand-Textilhandel könnten den Zugang zu Materialien verlieren. Dies erfordert internationale Zusammenarbeit, um die Komplexität der Veränderungen in Lieferketten zu bewältigen und eine gerechte Verteilung von Nutzen und Lasten zu gewährleisten.

Politische Maßnahmen zur Förderung der Umstellung auf Kreislauftextilien, wie sie von der EU bspw. mit der Strategie für nachhaltige Textilien oder der Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte eingeführt wurden, sind dringend notwendig, um Fortschritte zu erzielen. Sie müssen jedoch so umgesetzt werden, dass ein gerechter Übergang für alle Beteiligten, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen und Arbeitnehmer:innen im Globalen Süden, gewährleistet ist. Dazu gehört die Unterstützung betroffener Arbeitnehmer:innen und Gemeinschaften, die Förderung der Entwicklung von Fähigkeiten bei Arbeitnehmer:innen, um neue Rollen wahrnehmen zu können sowie die Förderung integrativer Entscheidungsprozesse, die den Bedürfnissen und Stimmen marginalisierter Gruppen Vorrang einräumen.

Bei einer Veranstaltung im Rahmen des jüngsten World Circular Economy Forums, das im April 2024 in Brüssel stattfand, diskutierten u.a. Interessenvertreter:innen aus Ghana, Pakistan und Indien mit Vertreter:innen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und dem Bundesentwicklungsministerium (BMZ) über die Auswirkungen der europäischen Textilpolitik. Die wichtigsten Erkenntnisse waren, dass die Gesetzgebungsverfahren für neue EU-Politiken für Kreislauftextilien auch ein umfassenderes System zur angemessenen Information und Konsultation von Marken, Einzelhändlern, Herstellern und Interessenvertreter:innen in den Handelspartnerländern einführen müssen. Wenn die EU weiterhin Textilabfälle exportieren will, sollten die Endbestimmungsländer mit der entsprechenden Infrastruktur und Logistik unterstützt werden, um ihre Sortier- und Recyclingkapazitäten auszubauen. Da mehrere EU-Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene Systeme zur erweiterten Herstellerverantwortung für Textilien vorbereiten, könnte es notwendig werden, diese Rechenschaftspflichten international auszuweiten, um die Auswirkungen der EU-Politik auf die Handelspartnerländer zu berücksichtigen.

Kreislaufwirtschaft und Sicherung von kritischen Rohstoffen

Kritische Rohstoffe darunter Seltene Erden, bspw. Kobalt, Kupfer, Gallium, Germanium, Lithium, Nickel und andere Rohstoffe, sind die Grundlage verschiedener Hightech-Industrien wie Elektronik, Luft- und Raumfahrt und erneuerbare Energien. Ihre Gewinnung und Verarbeitung sind jedoch häufig mit Umweltschäden, geopolitischen Verwerfungen und Schwachstellen in der Lieferkette

» Dieses lineare Modell ist voller Ineffizienzen, sozialer Ungerechtigkeiten und Verschwendung.

verbunden. Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft für kritische Rohstoffe kann die Abhängigkeit von neuen Ressourcen verringern. Dabei darf die Kreislaufwirtschaft aber nicht zu einer Agenda zur Sicherung kritischer Rohstoffe werden, wie es derzeit bereits geschieht. Die Kreislaufwirtschaft ist Teil des EU-Gesetzes über kritische Rohstoffe, dessen Ziel es ist, dass 40 % der Materialien in der EU verarbeitet werden und 25 % aus inländisch recycelten Materialien stammen. Einerseits wird dieser politische Vorstoß zur Verlagerung von Recycling und Verarbeitung Europa dabei helfen, die prognostizierte Nachfrage nach den für die Energiewende benötigten Rohstoffen zu decken. Andererseits werden dadurch hochwertige zirkuläre Wirtschaftsmöglichkeiten in den Industrieländern konzentriert, was bestehende Machtungleichgewichte verschärft, aber auch einen Mangel an Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen den Nationen zur Folge hat.

Das Gebot der internationalen Zusammenarbeit

Dieser Mangel an Vertrauen wurde auf der jüngsten Umweltversammlung der Vereinten Nationen (United Nations Environment Assembly, UNEA) im Februar 2024 deutlich. Die EU schlug dort eine Resolution zur Kreislaufwirtschaft vor, die das Fehlen eines multilateralen Rahmens beheben sollte. Die Resolution wurde jedoch aufgrund des Widerstands mehrerer Länder nicht angenommen. Dies spiegelt sowohl das unzureichende Verständnis der Rolle und des Potenzials einer Kreislaufwirtschaft zur Bewältigung der dreifachen planetaren Krise als auch das mangelnde Vertrauen in europäisch geführte Umweltinitiativen wider.

Der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands kommt bei der Bewältigung dieser Probleme eine wichtige Rolle zu. Initiativen der GIZ und des BMZ verfolgen bereits einen vielschichtigen Ansatz, der materielle Kreislaufwirtschaft, Gerechtigkeit, technischen Kapazitätsaufbau und Bemühungen um einen gerechten Übergang miteinander verbindet. Dazu gehören die Unterstützung der betroffenen Gemeinschaften, die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren in den verschiedenen Regionen, einschließlich des informellen Sektors, und die Beseitigung von Machtungleichgewichten, die in vielen Sektoren bestehen.

Um das Fehlen eines multilateralen Prozesses auf internationaler Ebene zu beheben, schlug Chatham House auf der Konferenz Stockholm+50 im Juni 2022 einen globalen Fahrplan für eine integrative Kreislaufwirtschaft vor. Seitdem haben mehr als 350 Interessengruppen aus der ganzen Welt, darunter Ministerien, Wirtschaftsführer:innen, Praktiker:innen der Kreislaufwirtschaft, die Zivilgesellschaft und die Forschungsgemeinschaft ihre Unterstützung für eine solche Initiative zum Ausdruck gebracht. Als nächsten Schritt wird die Initiative ein Strategiepapier mit dem Titel „Circular Economy Futures 2050“ herausgeben, das auf dem Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen im September 2024 umsetzbare Empfehlungen für politische Entscheidungsträger:innen und Interessengruppen geben soll. Da die Welt über die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) hinaus auf die Zeit nach 2030 blickt, ist die Integration der Grundsätze der Kreislaufwirtschaft in die künftige globale Entwicklungsagenda unumgänglich.

Patrick Schröder

Patrick Schröder ist Senior Research Fellow am Environment and Society Centre des Thinktanks Chatham House in London.

Aus dem Englischen von Eileen Roth

1 International Resource Panel (2024): Global Resources Outlook.

2 UNEP (2024): Global Waste Management Outlook.

© Pyramid Upcycling, Accra-Ghana

KREISLAUFWIRTSCHAFT IN AFRIKA

Erfahrungen von afrikanischen Unternehmer:innen

Kommt nach Afrika, um zu lernen, nicht um zu lehren. Das ist die wichtigste Erkenntnis, die Footprints Africa nach der Bestandsaufnahme von über 500 Kreislaufinitiativen auf dem Kontinent gewonnen hat[1]. Der Rest der Welt ist schnell dabei, vorgefertigte Lösungen zu exportieren, aber vielleicht lässt sich von Afrikas Herangehensweise an die Kreislaufwirtschaft tatsächlich mehr lernen. Bei der Kreislaufwirtschaft geht es eher um eine Denkweise als um komplexe technische Lösungen. So gesehen nutzen bereits viele afrikanische Länder eine umfassendere Kreislaufwirtschaft als Länder im industrialisierten Norden. Sie verfolgen effektive indigene und einfallsreiche Ansätze, um knappe Materialien im Kreislauf zu halten.

Kreislaufunternehmer:innen in Afrika sind geübt darin, Probleme zu lösen. Sie erkennen die Probleme in ihren Gemeinden und suchen nach finanziell tragfähigen Lösungen. Eines der effektivsten Kreislaufprinzipien in Afrika ist die Nutzung von Abfall als Ressource. Inspirierende Unternehmen wie Safisana in Ghana nutzen organische Abfälle, um Energie, Bodenverbesserungsmittel und Bewässerungswasser zu erzeugen und beseitigen gleichzeitig potenziell schädliche Abfälle. Kritische Stimmen mögen einwenden, dass dieser Ansatz in der Abfallhierarchie weit unten angesiedelt ist, in der Praxis löst er jedoch drängende Abfallprobleme.

Zentrale Schlüsselfaktoren

In Afrika gewinnt das Streben nach einer Kreislaufwirtschaft an Sichtbarkeit, was durch verschiedene, dem Kontinent eigene Faktoren begünstigt wird.

Erstens das demografische Profil Afrikas: Mit 77 % der Bevölkerung unter 35 Jahren verfügt der Kontinent über eine junge Erwerbsbevölkerung und das in einer Welt, in der die Überalterung zur Norm geworden ist.[2] Da es sich bei der Kreislaufwirtschaft um eine „Leistungswirtschaft" handelt, also durch oft manuelle Arbeit des Reparierens, Wiederaufarbeitens, Sortierens und Wiederverwendens um eine arbeitsintensive Wirtschaft, ist die junge Bevölkerung Afrikas ein wertvolles Gut.[3]

Zweitens meistert der informelle Sektor Afrikas, das Netz unabhängiger Müllsammler:innen und Reparateur:innen, bereits jetzt die Kreislaufwirtschaft. Sie sind die heimlichen Held:innen, die Abfälle sammeln, alte Produkte demontieren und Ressourcen im Kreislauf halten. Eingebunden in die Gemeinden, gelangen sie an Orte, die für größere Unternehmen noch unerreichbar sind, und sorgen dafür, dass keine Ressourcen verschwendet werden.

Drittens machen die Menschen vor Ort traditionell das Beste aus dem, was sie haben – ein Prinzip, das perfekt mit dem der Kreislaufwirtschaft übereinstimmt. Hinzu kommt, dass Afrika im Vergleich zum Rest der Welt deutlich weniger Ressourcen verbraucht. Dies schafft einen idealen Nährboden für Kreislaufwirtschaftsmodelle, die sowohl lokal als auch nachhaltig sind. Stellen Sie sich einen Kontinent vor, auf dem Gemeinden ihre eigenen Produkte aus wiederverwerteten Materialien herstellen, wodurch die Abhängigkeit von importierten Waren verringert und Arbeitsplätze geschaffen werden!

In ganz Afrika explodiert die Innovation, angetrieben von Hunderten von Tech-Hubs und offenen Werkstätten. Digitale Plattformen, die Müllsammler:innen mit Recyclingbetrieben verbinden, oder Apps, die Verbraucher:innen bei der Suche nach Reparaturdiensten helfen, tragen dazu bei, dass Afrikas Kreislaufwirtschaft noch stärker wächst. Diese jugendliche Energie, die findigen Traditionen und der Technologieboom treiben Afrika in eine Zukunft, in der Abfall ein Ding der Vergangenheit wird. Davon profitieren sowohl der Planet als auch die wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents.

Die Herausforderungen

Was diese Innovationskraft noch beeindruckender macht, sind die zahlreichen Hindernisse, denen sich die Unternehmer:innen auf allen Ebenen gegenübersehen. Die größten Hürden bestehen im Fehlen zugänglicher Finanzmittel (wie Finanzierungsmöglichkeiten, die der Liquidität aufstrebender Unternehmen entsprechen), im Fehlen eines begünstigenden Marktumfelds (Regulierung, Unterstützung, Marktwahrnehmung) und fehlender hochentwickelter Technologien (Einfuhrzölle sind meist unerschwinglich).

Zu diesen Herausforderungen kommt hinzu, dass die für einen effizienten Umgang mit Innovationen erforderliche Infrastruktur in Afrika nicht vorhanden ist. So finden wichtige zirkuläre Prozesse außerhalb des Kontinents statt, denn für einige Unternehmen sind die benötigten Wiederaufbereitungs- oder Verwertungsanlagen in Afrika noch nicht verfügbar (z. B. für das Recycling von Elektroschrott, Batterien und bestimmten Kunststoffen wie PET oder Textilien). Die (An-)Sammlung von Materialien geschieht vor Ort, die eigentliche Wertschöpfung (und Wertsteigerung) erfolgt im Ausland. Oftmals liegt die Ursache in der fehlenden Skalierbarkeit, da Unternehmen nicht in der Lage sind, hochtechnisierte und kostenintensive Verfahrenstechniken zu finanzieren.

Viele zirkuläre Innovationen sind nicht erprobt, wodurch wichtige Daten fehlen, um Investitionen anzuziehen. Unternehmen bleiben auf Zuschüsse, Bankdarlehen und ihr eigenes Kapital angewiesen, was nur schwer die Kosten für den Aufbau von Marktakzeptanz deckt, die diese neuen Modelle dringend benötigen.

Trotz oder gerade wegen dieser Herausforderungen haben viele Unternehmer:innen erstaunlichen Einfallsreichtum bewiesen. Angesichts der unerschwinglichen Kosten für Anlagen konstruieren sie ihre eigenen, wie Koliko Wear[4], das Anlagen zur Wiederverwendung von Schuhen baut, und Pyramid Recycling[5], das Maschinen zur Verarbeitung von Kunststoffabfällen zu neuen Haushaltsprodukten herstellt. Diese behelfsmäßigen Anlagen sind einfach und klein, aber leicht zu bedienen und zu warten und außerdem kostengünstig.

Der Weg nach vorn

„Einige der Kernprinzipien der Kreislaufwirtschaft sind Zusammenarbeit, Vielfältigkeit und die Garantie, dass die beteiligten Akteure in einem System eine Stimme und einen Platz am Tisch haben", sagt Joanna Bingham, Gründerin von Footprints Africa.

Am wichtigsten ist, dass diejenigen, die an vorderster Front stehen, in die Entscheidungen einbezogen werden, die sie betreffen. Zu diesem Zweck hat Footprints Africa Unternehmer:innen gefragt, was sie brauchen, um ihre Innovationen auf die nächste Stufe zu heben, und die Antworten waren überraschend einfach: Sie nannten Mentor:innen, Netzwerke unter Gleichgesinnten, Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten, technische Beratung und Unterstützung durch ihre Regierungen, Einbindung in das öffentliche Beschaffungswesen, Steuervergünstigungen, finanzielle Anreizen und Verfügbarkeit räumlicher Gegebenheiten.

Unternehmen sollten ihre Produkte so gestalten, dass sie langlebig und leicht zu reparieren sind, während die Regierungen Reparaturdienste fördern und Einwegprodukte verbieten sollte. Um die Nachfrage nach Kreislaufprodukten anzukurbeln, sind eine staatliche und unternehmerische Kreislaufbeschaffung, Sensibilisierungskampagnen für Verbraucher:innen und eine klare Kennzeichnung von kreislauffähigen Produkten erforderlich. Um

Der informelle Sektor Afrikas, das Netz unabhängiger Müllsammler:innen und Reparateur:innen, meistert bereits jetzt die Kreislaufwirtschaft. Sie sind die heimlichen Held:innen, die Abfälle sammeln, alte Produkte demontieren und Ressourcen im Kreislauf halten.

das Potenzial der Kreislaufwirtschaft auszuschöpfen, sind unterstützende politische Maßnahmen und Investitionen von Regierungen und Unternehmen gleichermaßen nötig. Vor allem die Investition in inländische Wiederaufbereitungsanlagen für Elektroschrott, Batterien, Kunststoffe und Textilien ist von entscheidender Bedeutung, ebenso wie die Verbesserung der Infrastruktur für die Abfallsammlung in ländlichen Gebieten.

Es müssen Systeme der erweiterten Herstellerverantwortung eingeführt werden, bei denen die Hersteller die Verantwortung für die Entsorgung von Produkten am Ende ihrer Lebensdauer übernehmen.

Zudem ist es zentral, die Bedeutung des informellen Sektors in der Abfallwirtschaft in ganz Afrika anzuerkennen, da er häufig Lücken füllt, die formelle Systeme hinterlassen. Nicht zuletzt sind Schulungsprogramme für Unternehmer:innen zu zirkulären Geschäftsmodellen unabdingbar. Organisationen wie Footprints Africa sind in der Lage, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen, aber eine angemessene Finanzierung ist unerlässlich, um wirksame Programme auf dem gesamten Kontinent zu etablieren.

Der Weg zu einer Kreislaufwirtschaft wird nicht einfach, aber er ist entscheidend für die Zukunft unseres Planeten und unserer Gesellschaft. Indem wir gemeinschafts- und kontinentübergreifend zusammenarbeiten und Innovatoren unterstützen, können wir eine nachhaltigere und wohlhabendere Welt für die kommenden Generationen schaffen.

Priscilla Aki Okumo, Randy Adjei und Gertrude Dadzie

Die Autor:innen Priscilla Aki Okumo, Randy Adjei und Gertrude Dadzie unterstützen Unternehmer:innen für Footprints Africa.

Aus dem Englischen von Anika Bender

Footprints Africa hat es sich zur Aufgabe gemacht zu beweisen, dass Unternehmen eine Kraft für das Gute sein können. Wir haben 160 Unternehmen unterstützt und mehr als 500 Projekte erfasst. Wir helfen dabei, ihre Kreislauffähigkeit zu messen und unterstützen vor allem Kreislaufunternehmen im Anfangsstadium. Sie erreichen uns unter: ***changemakers@footprintsafrica.com***

1 Footprints Africa (2024): Mapping the circular economy across Africa.

2 DW (2024): The 77 Percent — The Magazine for Africa's Youth.

3 Sitra (2022): The African circular economy is driven by youth and innovative businesses.

4 Koliko Wear (2021).

5 Footprints Africa (2024).

Erstellt mit künstlicher Intelligenz

GLOBAL DENKEN

Welche Auswirkungen hat unsere Kreislaufwirtschaft auf den Globalen Süden?

Abfallströme, Primärrohstoffexporte, Produktanforderungen – die Kreislaufwirtschaft wird den Handel verändern. Wie sich dies auf unsere Handelspartner im Globalen Süden auswirkt, wird dabei bisher zu wenig berücksichtigt.

Viele Industrieländer entwickeln Kreislaufwirtschaftsstrategien, um Rohstoffabhängigkeiten und negative Umwelteffekte zu reduzieren. Denkt man das Konzept zu Ende, müsste Kreislaufwirtschaft langfristig die Norm des Wirtschaftens als solches werden und würde ganze Wertschöpfungsketten und Produktlebenszyklen verändern. Ein solcher Paradigmenwechsel hätte enorme Auswirkungen auf die Länder des Globalen Südens. Eine erfolgreiche Umsetzung der Kreislaufwirtschaft in der Europäischen Union (EU) würde Rohstoffimporte und Abfallexporte reduzieren und die Anforderungen an Design und Reparierbarkeit von Produkten, die auf dem EU-Markt verkauft werden dürfen, verschärfen.

Trotz eng verbundener Stoffströme werden globale Auswirkungen in den diversen Kreislaufwirtschaftsstrategien jedoch bisher kaum mitgedacht. Im Kreislaufwirtschaftsaktionsplan der EU werden Schwellenländern an einer Stelle unspezifisch „Unternehmens- und Beschäftigungsmöglichkeiten“ angekündigt. Das ambitionierte niederländische Kreislaufwirtschaftsprogramm beinhaltet Pläne für die internationale Kooperation und strebt eine „ehrgeizige Agenda für eine internationale Kreislaufwirtschaft ohne negative Auswirkungen auf Länder mit niedrigem Einkommen“ an. Gleichzeitig baut die niederländische Agenda stark auf die Substitution von abiotischen durch biotische Rohstoffe, was angesichts der begrenzenten landwirtschaftlichen Fläche in den Niederlanden zumindest negative Umwelteffekte im Globalen Süden erwartbar macht.[1] Inwieweit das Thema sich in der aktuell in Entwicklung befindlichen deutschen Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) niederschlagen wird, ist noch unklar. Aufgrund der geopolitischen Lage prägten zuletzt verstärkt Fragen der „Rohstoffsicherheit“ den Diskurs um Kreislaufwirtschaft in Deutschland.

Die wichtigsten Effekte auf den Globalen Süden

Da die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft noch in den Kinderschuhen steckt und es überdies an Forschungsprojekten zur Thematik fehlt, gibt es noch

keine empirischen Belege für die Auswirkungen auf den Globalen Süden. Es lassen sich jedoch erwartbare Änderungen auf die Stoffströme und geänderte Produktanforderungen sowie mögliche Auswirkungen auf den Globalen Süden diskutieren.

Reduktion der Abfallexporte

Eine erfolgreiche Kreislaufwirtschaft in der EU sollte die Primärrohstoffnutzung pro Kopf reduzieren und das Recycling erhöhen. Die Abnahme der Abfallmenge und anspruchsvollere Recyclingvorgaben dürften die Ausfuhr an Abfällen in den Globalen Süden dramatisch verringern. 2022 exportierte die EU rund 32,1 Millionen Tonnen Abfälle in Nicht-EU-Länder. Das wichtigste Zielland war die Türkei, gefolgt von Indien, einigen europäischen Nachbarn, Ägypten, Pakistan, Indonesien und Marokko.[2] Rund die Hälfte dieser Abfälle sind Eisen- und Stahlschrotte, es folgen die Fraktionen Papiermüll, Plastikmüll, Kupfer, Aluminium und Nickel sowie Textilien. Ein weiterer wichtiger Abfallstrom ist Elektroschrott.

Auf den ersten Blick scheint die Reduktion der Abfallexporte positiv: Die Abfallverbringung von reichen Ländern in arme Länder scheint der Inbegriff für globale Ungerechtigkeit. Westliche Textil- oder Plastikberge, in denen Müllsammler:innen arbeiten oder gar leben, sind das Sinnbild eines perversen Systems. Dieser Eindruck stimmt jedoch nur zum Teil. Gerade die beiden größten Abfallfraktionen Schrotte und Papiermüll dienen den importierenden Ländern als wichtiger Rohstoff. Indien beispielsweise braucht zur Umsetzung seines Plans, der weltgrößte Stahlproduzent zu werden, auch die Stahlschrotteinfuhren. Abfallströme, die hingegen schwer zu recyceln sind oder einen niedrigen Materialwert haben (wie Plastik), verursachen vermutlich eher negative ökonomische, ökologische und soziale Effekte. Obgleich die Abfallverbringung bereits heute streng geregelt ist, scheinen Umsetzung und Überwachung nicht zuverlässig zu funktionieren.

Reduktion des Primärrohstoffbedarfs

Durch die Reduktion des Primärrohstoffbedarfs sollen Abhängigkeiten reduziert, Kosten gesenkt, Unternehmen resilienter aufgestellt und nebenbei negative Umwelteffekte des Rohstoffabbaus minimiert werden. In Debatten um die Auswirkungen der Kreislaufwirtschaft auf den Globalen Süden erhalten die Folgen für rohstoffexportierende Länder vergleichsweise viel Aufmerksamkeit. Dabei wird üblicherweise auf vermutete negative Effekte durch ein potenzielles Wegbrechen von Rohstoffexporten verwiesen. Eine der wenigen Studien zur Thematik kommt jedoch zu dem Schluss, dass die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft in der EU keine signifikanten Auswirkungen auf Rohstoffexporteure hätte, da die Ausfuhren in die EU einen relativ geringen Anteil der gesamten Ausfuhren ausmachten[3]. Gleichzeitig gibt es jedoch einige Länder, deren Bruttoinlandsprodukt (BIP) erheblich von der Ausfuhr von Rohstoffen abhängt und die angesichts eines globalen Nachfragerückgangs einen Einbruch des BIP erführen. Da die Transformation zur Kreislaufwirtschaft jedoch ein gradueller Prozess ist und global für die Mehrzahl der Rohstoffe weiterhin Nachfragesteigerungen prognostiziert werden, scheint das Szenario einbrechender Exportmärkte eher unwahrscheinlich. Das höchste Risiko diesbezüglich haben vermutlich Länder, die stark von dem Export eines Rohstoffs abhängen, an dessen Substitution intensiv gearbeitet wird, wie Kobalt (aus dem Kongo).

Überdies wird ein naheliegender positiver Effekt in der Debatte meist übersehen: Alle Länder des Globalen Südens müssen selbst Rohstoffe importieren und konkurrieren dabei mit reichen Ländern bzw. deren Unternehmen. Kreislaufwirtschaftliche Maßnahmen können einen stabilisierenden (oder reduzierenden) Effekt auf Rohstoffpreise haben, was auch ärmeren Ländern besseren Zugang zu den Rohstoffen ermöglicht, die sie für ihre eigene Entwicklung benötigen.

Ausgewählte Instrumente und mögliche Effekte: Substitution, Reparierbarkeit und Ökodesign

Die Substitution bestimmter Rohstoffe ist ein Kernelement vieler Kreislaufwirtschaftsstrategien. Dies ist insbesondere dann für Länder des Globalen Südens relevant, wenn abiotische durch biotische Rohstoffe ersetzt werden sollen. Es ist zu erwarten, dass der Anbau dieser Rohstoffe (bspw. Holz) verstärkt im Globalen Süden stattfände. Dies bedeutet auf der einen Seite Einkommensmöglichkeiten, auf der anderen Seite besteht die Gefahr der Landnutzungsveränderungen und des Verlusts biologischer Vielfalt, beispielsweise wenn Regenwälder für Plantagen abgeholzt werden.

Das Recht auf Reparatur ist ein Kernelement der neuen Ökodesign-Verordnung. Da die Regelung auf

Die Substitution bestimmter Rohstoffe ist ein Kernelement vieler Kreislaufwirtschaftsstrategien. Dies ist insbesondere dann für Länder des Globalen Südens relevant, wenn abiotische durch biotische Rohstoffe ersetzt werden sollen. Es ist zu erwarten, dass der Anbau dieser Rohstoffe (bspw. Holz) verstärkt im Globalen Süden stattfände.

das „Recht auf" und nicht auf die „Pflicht zur" Reparatur abzielt, ist davon auszugehen, dass auch zukünftig mögliche Reparaturen in der EU aufgrund der hohen Arbeitskosten nicht durchgeführt werden. Dies könnte Geschäftsmöglichkeiten für Länder des Globalen Südens eröffnen, die aber durch Kompetenzaufbau zu fördern wären.

Ökodesign-Anforderungen wie das Recht auf Reparatur, aber auch Vorgaben zur Recyclingfähigkeit werden die Anforderungen an Produkte, die in der EU in Verkehr gebracht werden dürfen, erhöhen. Dies birgt Gefahren für Länder, deren Industrien bisher das Niedrigpreissegment bedienen und die erhöhte Ökodesignanforderungen noch nicht erfüllen können. Der Anschluss an europäische Märkte kann hier unter Umständen erschwert werden. Allerdings würden Länder, in denen europäischer Müll legal oder illegal landet, von strengeren Ökodesign-Standards durch verlangsamte Abfallströme, weniger toxische Abfälle und leichter trennbare Produkte, profitieren.

Den Wandel zusammen gestalten

Die Realisierung der Kreislaufwirtschaft in der EU wird starke Auswirkungen auf den Globalen Süden haben. Allerdings findet die Transformation langsam statt, sodass sowohl die EU-Länder als auch die Partnerländer Zeit haben, den Wandel zu gestalten. Die Effekte werden überdies je nach den Voraussetzungen der Länder sehr unterschiedlich ausfallen: Einige Länder werden von sinkenden Abfallexporten profitieren, andere nicht. Einige Länder werden Einbußen bei den Rohstoffexporten in die EU verbuchen, viele werden von niedrigeren oder zumindest stabileren Preisen profitieren. Eine mögliche Gefahr stellen höhere Produktanforderungen dar, gleichzeitig eröffnen sich neue Geschäftsfelder. In jedem Fall wird der Erfolg der Länder von ihren Kapazitäten, ihrem Zugang zu Technologien und ihren politischen Antworten auf die Veränderungen[4] abhängen – und davon, ob die EU und ihre Mitgliedstaaten diese Auswirkungen ebenfalls in den Blick nehmen und gemeinsam mit den Partnerländern gestalten.

Susanne Langsdorf

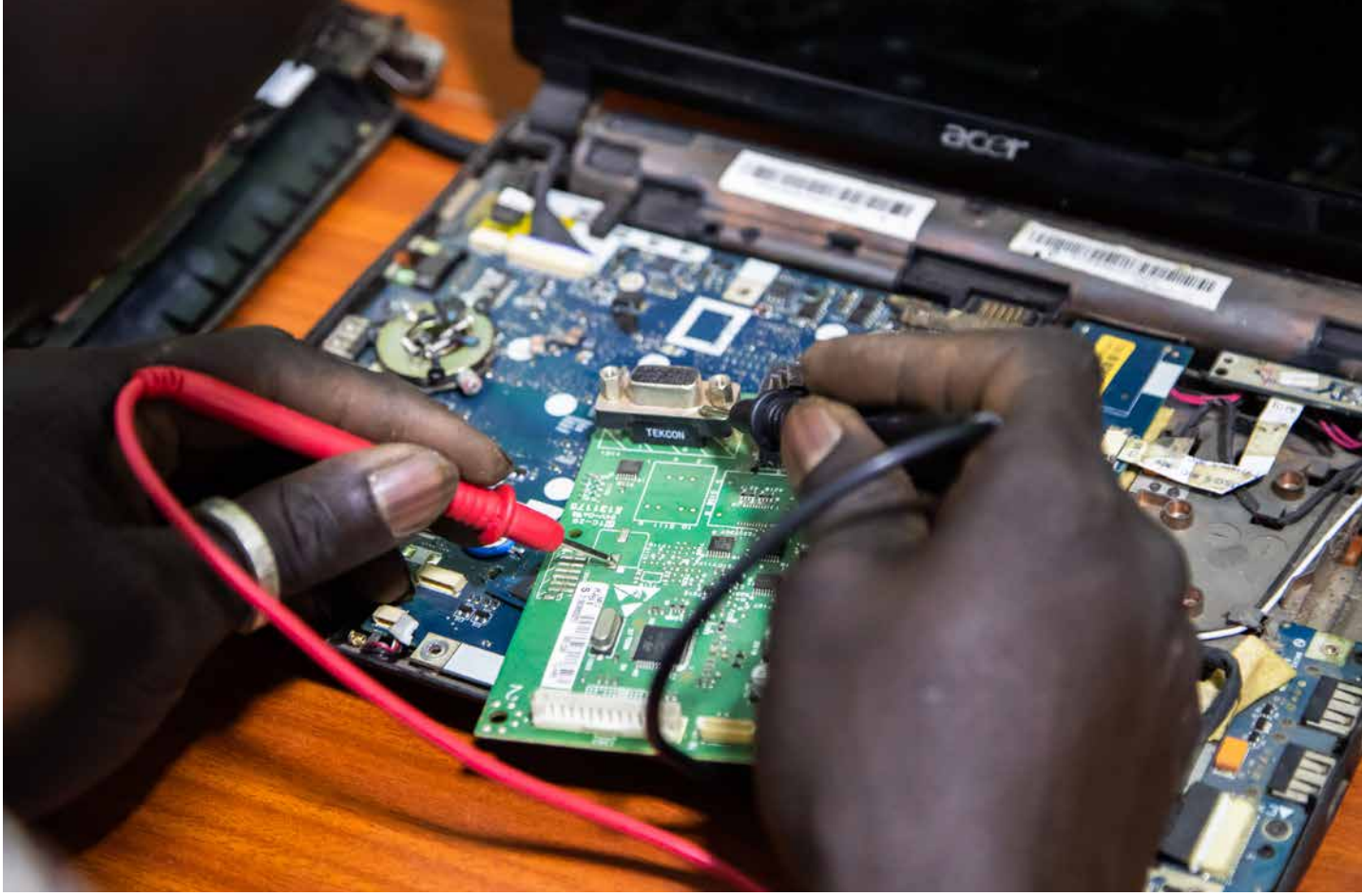
Susanne Langsdorf ko-koordiniert das Themenfeld Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft am Ecologic Institut.

1 Langsdorf, Susanne; Duin, Laurens (2022): The circular economy and its impact on developing and emerging countries. An explorative study. Ecologic Institute, Berlin.

2 Eurostat (2024): EU exported 32 million tonnes of waste in 2022.

3 De Jong, Sijbren et al. (2016): The Circular Economy and Developing Countries. A Data Analysis of the Impact of a Circular Economy on Resource-Dependent Developing Nations, S. 35.

4 Ashraf, Nadia et al. (2024): External implications of the circular economy transition of the Netherlands and the EU. Ecdpm Discussion Paper No. 362.



© AppCyclers

DAS GLOBALE E-MÜLL-PROBLEM IN ANGRIFF NEHMEN

Die Rolle eines kleinen Sozialunternehmens bei der E-Müllentsorgung in Ghana

Abfälle aus Elektro- und Elektronikgeräten nehmen weltweit rasant zu und werden zu einer der größten Abfallquellen. In Ghana in Westafrika liegt eine der größten Müllhalden für Elektroschrott. Zu finden sind dort vor allem exportierte gebrauchte Elektronikgeräte aus europäischen Ländern.

Die E-Müllhalde stellt Ghana einerseits vor viele Herausforderungen für die Verwertung von Produkten am Ende ihrer Lebensdauer, bietet andererseits aber auch Innovationsmöglichkeiten, insbesondere für Sozialunternehmen, bspw. das Unternehmen AppCyclers in Ghana. Sie stellen sich nicht nur der Herausforderung des Elektroschrotts, sondern leisten auch Pionierarbeit für nachhaltige Praktiken, die mit den globalen Umweltzielen in Einklang stehen und sich gleichzeitig an die veränderten Politiken der Europäischen Union (EU) anpassen müssen.

Neuordnung von Stoffströmen und Schaffung neuer Kooperationen

Die EU ist für die Bewältigung des Elektroschrottproblems von zentraler Bedeutung, nicht nur in ihrer Rolle als umweltpolitische Vorreiterin, sondern auch als Vorbild für nachhaltige Praktiken weltweit. Das Unternehmen AppCyclers kennt die möglichen Auswirkungen der EU-Politik auf den Export von Gebrauchtgeräten (etwa durch das Basler Übereinkommen). Gleichzeitig bietet die Elektroverarbeitung auch eine Chance für Wachstum und Innovation in Afrika. Angesichts der wachsenden Bevölkerung des Kontinents und des kontinuierlichen Zustroms neuer elektronischer Geräte auf den Markt ist die Entstehung von Elektroschrott unvermeidlich.

Obwohl sich europäische Politiken auf die Einfuhr von elektronischen Geräten nach Ghana auswirken, ändern sie nichts an der Notwendigkeit, auch den in unseren Gemeinden bereits vorhandenen Elektroschrott effektiv zu recyceln. Wir müssen uns darauf konzentrieren, dies auf umweltverträgliche Weise durchzuführen. Während die EU-Politik zur Kreislaufwirtschaft und Materialrückgewinnung den Bereich des Elektroschrotts und Altgerätehandels umgestalten kann, ist dies für Unternehmen wie AppCyclers auch ein Katalysator, die lokalen Recyclingkapazitäten zu verbessern und für globale Partnerschaften einzutreten. So sehen wir die Rolle der EU – als Mitstreiterin und Vorreiterin auf dem Weg in eine grünere Zukunft. Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern der EU und afrikanischen Unternehmen ist von entscheidender Bedeutung. Indem wir zusammenarbeiten, können wir unsere Kapazitäten maximieren, robuste, nachhaltige Technologien zur Lösung des Elektroschrott-Problems entwickeln und sowohl unserer lokalen Umwelt als auch der globalen Gemeinschaft zugutekommen. Dies kann durch strategische Partnerschaften zwischen Herstellern und lokalen Recyclern erreicht werden.

Die Rolle der Hersteller ist für den Lebenszyklus elektronischer Geräte von großer Bedeutung. Da sie für das Inverkehrbringen dieser Produkte verantwortlich sind, tragen sie auch die Verantwortung für die Belastung, die am Ende des Lebenszyklus entstehen. Eine Zusammenarbeit zwischen Abfallentsorgern und Herstellern wäre für beide Seiten von Vorteil. Entsorger können die Hersteller dabei unterstützen, ihre Umweltziele und Unternehmensverantwortung zu erfüllen, indem sie verhindern, dass Elektroschrott auf Deponien landet und den lokalen Gemeinden schadet.

Warum eine globale Perspektive wichtig ist

Als Start-up bietet AppCyclers eine Werkstatt an, in der Elektroschrott gesammelt, wenn möglich repariert wird und durch manuelle Demontage wertvolle Materialien zurückgewonnen werden, wobei einige Komponenten sich für die Wiederaufbereitung von Geräten verwenden lassen. Dieser Kreislauf bietet Beschäftigungsmöglichkeiten für Hunderte von Menschen, fördert die sichere Sammlung, regt zu Reparaturen an, damit die Geräte weiter genutzt werden können, liefert Rohstoffe für die Wiederverwendung und verhindert, dass Elektroschrott auf Deponien landet. Daraus ergeben sich zahlreiche Einnahmequellen, von denen profitiert werden kann.

Der globale Charakter der Elektroschrottproblematik macht eine internationale Zusammenarbeit unabdingbar. Die Zusammenarbeit mit afrikanischen Interessenvertreter:innen, das Verständnis ihrer Herausforderungen und die Einbeziehung ihrer Erkenntnisse ist von großem Nutzen. Ein solches Engagement würde zu einer gerechteren und praktikableren Politik führen, die die Kreislaufwirtschaft sowohl innerhalb als auch außerhalb der europäischen Grenzen unterstützt.

Ein nahezu perfektes Kreislaufsystem in Deutschland könnte die Exporte von Elektroschrott effektiv beenden und einen bedeutenden Wandel in der globalen Landschaft der Elektroschrottentsorgung einleiten. Eine solche Entwicklung würde unterstreichen, wie wichtig die Bewältigung des in Ghana anfallenden Elektroschrotts innerhalb unserer eigenen Grenzen ist. Bei AppCyclers stammt der Elektroschrott, größtenteils von lokalen Haushalten und Unternehmen, die importierte Zweitgeräte verwenden, die jedoch aufgrund ihrer kürzeren Lebensdauer innerhalb von ein oder zwei Monaten kaputt gehen. Die Unterbindung der Elektroschrott-Exporte nach Ghana würde den Bedarf an unseren Dienstleistungen nicht verringern, sondern unsere Bemühungen auf das Inland verlagern.

Abfallwirtschaftsinfrastruktur ist kostspielig

Es gibt eine ganze Reihe von Herausforderungen, denen sich Sozialunternehmen in der Abfallwirtschaft bei der Gründung ihres Unternehmens stellen müssen. Vor allem die hohen Kosten für den Aufbau einer gut strukturierten Recyclinganlage, die Anwerbung von Fachkräften und deren langfristige Bindung stellen ein großes Hindernis dar. Das Fehlen einer existierenden Infrastruktur und von Maschinen sowie die Notwendigkeit, die Wertschöpfungsketten von Grund auf neu aufzubauen, erschweren dieses Unterfangen zusätzlich. Derzeit kann ein problematischer Teil des Elektroschrotts nicht in Ghana recycelt werden und muss für das endgültige Recycling exportiert werden, was Wertschöpfungsketten verkompliziert und Transportwege verlängert. Diese Herausforderungen zeigen die Notwendigkeit von Investitionen und Unterstützung, um ein nachhaltiges System zu schaffen, das nicht nur Elektroschrott entsorgt, sondern auch wichtige Rohstoffe für die Herstellung und Reproduktion von elektronischen Geräten zurückgewinnt.

Der globale Charakter der Elektroschrottproblematik macht eine internationale Zusammenarbeit unabdingbar.

Die Rolle der Bildung bei der Bekämpfung des Elektroschrotts

Bildung ist ein wirksames Instrument im Kampf gegen das Elektroschrottproblem. Durch Sensibilisierung kann sichergestellt werden, dass Bürger:innen sich der Existenz von Elektroschrott bewusst werden und sich über seine erheblichen schädlichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt im Klaren sind. Eine im Jahr 2020 im Auftrag von AppCyclers durchgeführte Studie ergab, dass 60 % der Befragten (Privathaushalte, Kleinunternehmer:innen und Reparaturwerkstätten) in Ghana nicht wissen, was Elektroschrott ist, welche Auswirkungen er hat und wie er ordnungsgemäß entsorgt werden kann. Deshalb sind Aufklärungskampagnen notwendig, um die Öffentlichkeit für das Thema Elektroschrott zu sensibilisieren.

AppCyclers versteht Bildung so, dass es nicht nur um das Bewusstsein geht, sondern auch um den Aufbau von Kapazitäten und die Vermittlung von umweltbewusstem Können. Mit zahlreichen Initiativen zeigt AppCyclers Menschen, wie sie Elektroschrott sicher entsorgen, zerlegen und wertvolle Materialien aus ihm zurückgewinnen können. Dieser Ansatz ist entscheidend für die Förderung einer kompetenten Gemeinschaft, die von der Basis aus zu einem nachhaltigen E-Müll-Management-System beitragen kann.

Darüber hinaus eröffnet Bildung auch Möglichkeiten für den Wissensaustausch und die technologische Zusammenarbeit. Deutsche Unternehmen sind führend bei der Entwicklung von Technologien und Infrastrukturen, die geschlossene Kreislaufsysteme ermöglichen und Abfall von Elektrogeräten minimieren. Der Wissenstransfer ist von zentraler Bedeutung, da er die Gelegenheit bietet, bewährte Verfahren zu übernehmen, Spitzentechnologien zu nutzen und möglicherweise gemeinsam Produkte zu entwickeln, die auf lokale Gegebenheiten zugeschnitten sind. Eine solche internationale Zusammenarbeit würde nicht nur das Problem des Elektroschrotts angehen, sondern auch das wirtschaftliche Wachstum und die Innovation in Bezug auf nachhaltige Praktiken auf allen Kontinenten fördern.

Agudor Kwaku Agabas

Agudor Kwaku Agabas ist Unternehmer und Gründer von AppCyclers mit mehr als 6 Jahren Erfahrung in der Abfallwirtschaft und Nachhaltigkeit in Ghana.

Aus dem Englischen von Anika Bender

SCHWERPUNKTPUBLIKATIONEN

MODELL DEUTSCHLAND CIRCULAR ECONOMY

Kreislaufwirtschaft ist eine Schlüsselstrategie für den Schutz von Klima- und Biodiversität. Gleichzeitig sichert sie der deutschen Wirtschaft Rohstoffe, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze, sie bringt soziale Vorteile wie soziale Teilhabe, Gesundheit und lokale Vernetzung in der Gemeinschaft mit sich. Einen Plan, wie eine solche Kreislaufwirtschaft in Deutschland in der Realität aussehen könnte, hat nun der WWF vorgelegt.

Download unter:
https://www.wwf.de/nachhaltiges-wirtschaften/circular-economy/modell-deutschland-circular-economy

SUFFIZIENZ ALS „STRATEGIE DES GENUG“
Eine Einladung zur Diskussion

Die ökologischen Krisen schreiten weltweit mit alarmierender Geschwindigkeit voran. Viele der grundlegenden planetaren Belastungsgrenzen sind bereits überschritten. Die bisherigen Maßnahmen sind jedoch unzureichend, um wirklichen Umwelt- und Klimaschutz zu leisten. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat daher mit seinem Diskussionspapier eine gesellschaftliche Debatte über Suffizienz, also über eine „Strategie des Genug“ angestoßen.

Download unter:
https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2020_2024/2024_03_Suffizienz.pdf?__blob=publicationFile&v=15

CIRCULARITY AND THE EUROPEAN CRITICAL RAW MATERIALS ACT

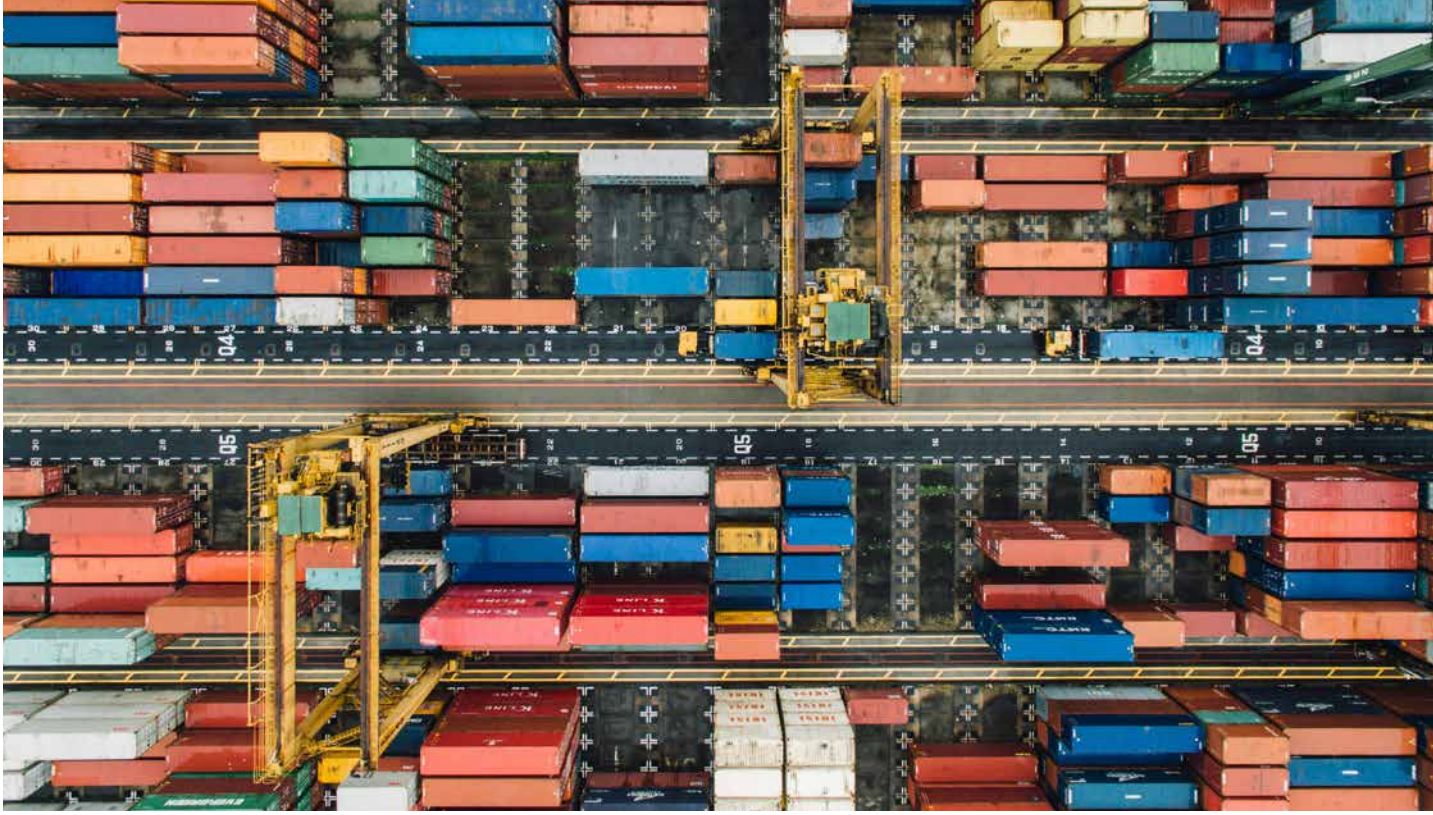
Das neue EU-Gesetz über kritische Rohstoffe (CRMA) sieht vor, dass mindestens 25 % des jährlichen Verbrauchs an sogenannten kritischen Rohstoffen in der EU in Zukunft aus dem Recycling innerhalb der EU stammen sollen. Dieses Briefing untersucht, wie die Kreislaufwirtschaft auch die Erreichung anderer Ziele des CRMA unterstützen kann.

Download unter:
https://ieep.eu/wp-content/uploads/2023/10/Circularity-and-the-European-Critical-Raw-Materials-Act-IEEP-2023.pdf

DECENT WORK IN THE CIRCULAR ECONOMY
An Overview of the Existing Evidence Base

Da die Kreislaufwirtschaft weltweit an Zugkraft gewinnt, ist es dringend notwendig, ihre Auswirkungen auf menschenwürdige Arbeit zu verstehen. Dieser Bericht soll einen Überblick über die aktuellen Forschungslücken und die Hebelwirkung hinsichtlich gerechter und fairer Arbeitsmärkte im Rahmen der Kreislaufwirtschaft geben.

Download unter:
https://webapps.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_dialogue/---sector/documents/publication/wcms_881337.pdf



Chuttersnap/unsplash

GERECHTER WELTHANDEL – NICHT NUR EINE FRAGE DES MARKTES, SONDERN VON POLITIK UND ETHIK

Ein Gespräch mit unserer Expertin für internationale Handelspolitik und Weltwirtschaft Nelly Grotefendt

Liebe Nelly, zehn Jahre lang hast du die Handelspolitik für das Forum Umwelt und Entwicklung verfolgt. Wofür hast du gekämpft?

Mein thematischer Einstieg waren zweifellos die Handelsabkommen TTIP und CETA, die transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen mit den USA und Kanada. Insbesondere TTIP war eine große Sache, und es gab erstmals dieses Gefühl, Teil einer europäischen oder transatlantischen Bewegung zu sein, die sich gegen eine Handelspolitik ausspricht, die zu Lasten von Umwelt, Verbraucher:innen und Arbeitnehmer:innenrechten geht. Es ging darum, sicherzustellen, dass Handelsabkommen nicht nur den Interessen großer Konzerne dienen, sondern auch den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt gerecht werden, diese im besten Falle fördern und priorisieren. Das hat damals viele Menschen auf die Straßen gebracht. Das Abkommen TTIP liegt seitdem auf Eis und viele Menschen haben nachhaltig verstanden, dass es große Probleme mit umfassenden Handelsabkommen gibt.

Was waren weitere große Erfolge eurer handelspolitischen Lobbyarbeit?

Einer der größten Erfolge war es zudem, dass wir ein stärkeres Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Veränderung in der Ausrichtung der Handelspolitik der Europäischen Union (EU) geschaffen haben. Und das hält an, auch wenn die Mächteverhältnisse natürlich nach wie vor zu unserem Nachteil bestehen. Die Kommission hat erkannt, dass der Ansatz

von Liberalisierung ohne jegliche Referenz zu Auswirkungen auf Menschen und Umwelt nicht mehr ausreicht, um die europäische Zivilgesellschaft zu überzeugen. Wir konnten die Diskussion darüber vorantreiben, wie Handelsabkommen nicht nur wirtschaftliche Vorteile bringen sollten, sondern auch soziale und ökologische Standards fördern müssen. Dies führte zu einer stärkeren Integration solcher Aspekte in die Handelspolitik der EU. Das heißt aber nicht, dass wir zufrieden sein können. Trotz unserer Bemühungen, eine ausgewogenere und gerechtere Handelspolitik zu fördern, stehen wir immer noch vor der enormen Herausforderung, uns gegen die Interessen großer Konzerne durchzusetzen.

Inwiefern sind deiner Einschätzung nach Großkonzerne problematisch für eine gerechte Handelspolitik?

Internationale Handelspolitik wird maßgeblich für und von großen Konzernen gemacht. Diese haben oft enorme wirtschaftliche und politische Macht und können Märkte dominieren. Sie sind nicht immer darauf bedacht, gerechte Handelspraktiken zu fördern, sondern darauf, ihren eigenen Profit zu maximieren, selbst wenn dies auf Kosten von Arbeitskräften oder Umweltbelangen geht. Dazu gehören die großen finanziellen Mittel, die ihnen für Lobbying zur Verfügung stehen. Viele dieser Konzerne investieren beträchtliche Summen, um Entscheidungen zu beeinflussen und Gesetze zu ihrem Vorteil zu verändern, beispielsweise zur Angleichung von Standards mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Umwelt. Dies führt zu einer Schieflage.

Wenn zudem Abkommen, wie etwa internationale Investitionsverträge, Staaten daran hindern, die Rahmenbedingungen, beispielsweise durch Regulierung, zu verändern, dann haben wir ein Problem. Denn die Herausforderungen unserer Zeit, nicht zuletzt die Klimakrise, bedürfen neuer Ansätze. Es zeigt sich immer mehr, dass alte Weisheiten wie „Handel bringt Wohlstand, egal wie er gestaltet wird“ nicht mehr zutreffend sind.

Insgesamt müssen wir uns bewusst sein, dass gerechter Handel nicht nur eine Frage des Marktes ist, sondern auch eine Frage von politischen Entscheidungen und ethischen Überlegungen. Wenn wir weiter daran arbeiten, handelspolitische Arbeit mit der Arbeit zu Monopolmacht, Steuerpolitik oder beispielsweise Unternehmensverantwortung zu verbinden, bin ich guter Dinge, was die Fortschritte betrifft.

Wie haben sich im Laufe der Zeit die Rolle der Welthandelsorganisation (WTO) und damit verbundene Debatten in der Handelspolitik verändert?

Eine der auffälligsten Veränderungen ist die neue und anhaltende Bedeutung anderer Formate und Foren. Früher, damit meine ich besonders die 1990er- und 2000er-Jahre, war die WTO die zentrale Institution für die Gestaltung der Weltwirtschaft. Doch scheinen die Erwartungen insbesondere der westlichen Industriestaaten und ihrer führenden Wirtschaftsverbände, mit der WTO die Weltwirtschaft maßgeblich zu prägen und eine umfassende Liberalisierung voranzutreiben, nicht ganz erfüllt worden zu sein. Dies führte in der EU zu einer verstärkten Konzentration auf bilaterale umfassende Handelsabkommen. Umfassend sind diese Abkommen unter anderem, da sie versuchen Einfluss auf Bereiche der Politik von Partnerländern zu nehmen, die weit über Zölle und Handelsliberalisierungen hinausgehen. Das bedeutet, dass wir auch in unserer Arbeit auf eine Verschiebung der Debatten eingehen müssen, die weg von der reinen Frage der Handelsliberalisierung hin zu Fragen der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit geht. Es geht nicht mehr nur darum, Handel zu erleichtern, sondern auch darum, wie wir sicherstellen können, dass er gerecht ist und die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt.

Mit Blick auf die Gegenwart: Wo liegen momentan die größten Herausforderungen eurer Arbeit?

Ich finde, neben den Herausforderungen der ungleichen Mächteverhältnisse zwischen Zivilgesellschaft und Konzernen liegt eine weitere in der Verstetigung hauptamtlicher Strukturen. Unsere Netzwerke sind unerlässlich, um komplexe Themen anzugehen und die Arbeit der vielen Verbände und Aktivist:innen zu koordinieren. Ohne ausreichende Mittel können wir nicht die Strukturen aufbauen oder erhalten, die notwendig sind, um langfristige Veränderungen herbeizuführen. Das betrifft nicht nur die direkten Kosten wie Gehälter für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch die Infrastruktur für Kommunikation, Vernetzung und Bildung. Ohne finanzielle Unterstützung riskieren wir, dass wichtige Bewegungen ins Stocken geraten oder gar ganz zum Erliegen kommen.

Wenn du Handel frei gestalten könntest, wie würde dieser aussehen?

Wenn ich Handelspolitik frei gestalten könnte, würde ich auf jeden Fall einen Fokus auf größere Lokalisierung legen. Das bedeutet weniger Restriktionen für Staaten, lokale Kreisläufe zu stärken. Besonders in Entwicklungs- und Schwellenländern ist das von entscheidender Bedeutung. Es muss nicht immer alles auf den Weltmarkt gehen. Vor allem im Bereich der Agrargüter sehe ich im globalen Ansatz mehr Probleme als Vorteile. Wenn wir den Handel lokaler gestalten, können wir dazu beitragen, die örtlichen Landwirt:innen zu unterstützen und Ernährungssouveränität zu stärken. Weniger Abhängigkeit von globalen Lieferketten kann auch die Resilienz gegenüber Krisen erhöhen. Insgesamt glaube ich, dass weniger manchmal mehr ist, vor allem wenn es darum geht, Handelspolitik und Welthandel zu gestalten. Auch hat uns die Pandemie gezeigt, dass

» Es geht nicht mehr nur um Zölle und Handelsliberalisierungen, sondern um die Gestaltungshoheit der Staaten.

es nicht weit her ist mit dem internationalen Handel, wenn es um die Verteilung knapper Güter wie Masken und anderer Hygieneartikel oder Impfstoffe geht. Die aktuelle Handelspolitik hatte hier keine gerechten Lösungen parat.

Und was müsste für eine solche lokale Handelspolitik getan werden?

Einer der ersten Schritte wäre die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Das bedeutet, dass wir nicht unbedingt auf globale Handelsströme verzichten müssen, aber wir sollten sicherstellen, dass lokale Unternehmen und Produzent:innen einen gerechteren Zugang zu ihren eigenen und den Nachbar-Märkten haben. Es sollte also nicht immer alles auf den Marktzugang zu Europa konzentriert werden.

Weiterhin müssen wir die negativen Auswirkungen des aktuellen Handelssystems auf die Umwelt und das Klima in den Griff bekommen. Eine lokalere Handelspolitik kann dazu beitragen, den Transport von Waren über große Entfernungen zu reduzieren, was wiederum den CO_2-Ausstoß verringert. Noch einmal, das bedeutet nicht, dass wir den internationalen Handel komplett abschaffen müssen, aber wir sollten Anreize schaffen, um die Produktion und den Konsum lokaler Produkte zu unterstützen. Der Aufbau von Kreislaufwirtschaftsmodellen könnte z.B. solche Anreize schaffen.

Wie schaust du auf die Zukunft der Handelspolitik? Gibt es Entwicklungen, die dich hoffnungsvoll stimmen, dass Handel in Zukunft gerechter wird?

Es gibt viele Versuche, Regulierungen jenseits der reinen Handelspolitik auf den Weg zu bringen und durchzusetzen, die bedeutende Veränderungen im Sinne von Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit bewirken könnten. Ein besonders hoffnungsvolles Ereignis war sicherlich die Entscheidung, den Energiecharta-Vertrag zu kippen. Dieser Vertrag schützte Energie-Konzerne und ihre Investitionen mit dem Instrument der Schiedsgerichte, einer der einflussreichsten Klagemöglichkeiten privater Konzerne gegen Staaten, wenn diese Gesetze z.B. zu Umweltschutz oder Arbeitnehmer:innenrechte erlassen oder durchsetzen wollen. Dies hat eine enorme Bedeutung. Jetzt mobilisieren wir, um eine erneute Ausweitung dieser Schiedsgerichtsbarkeit zurückzudrängen.

Immer mehr Menschen, Organisationen und Regierungen erkennen die Notwendigkeit, Handelspolitik gerechter und transparenter zu gestalten. Wir sehen vermehrt Diskussionen über gerechten Handel, Umweltschutz und soziale Standards in Handelsabkommen. Das sind Zeichen dafür, dass wir in Richtung einer gerechteren Handelspolitik voranschreiten.

Natürlich gibt es noch viel zu tun. Aber die Tatsache, dass solche Entwicklungen stattfinden und dass Menschen weltweit sich für eine gerechtere Handelspolitik einsetzen, stimmt mich hoffnungsvoll für die Zukunft.

Interviewführung: Lukas Hoff und Josephine Koch

Nelly Grotefendt verlässt nach über zehn Jahren als Referentin für Handelspolitik das Forum Umwelt und Entwicklung. Wir danken ihr für ihre wertvolle Arbeit und ihren unermüdlichen Kampf für Gerechtigkeit im Welthandel.

Erstellt mit künstlicher Intelligenz

DER NEUE UNTERGANG DES ABENDLANDES?

Um ein PFAS-Verbot abzuwenden, zieht die Industrie alle Register

Die Welt, wie wir sie kennen, wird ein Ende haben. Künftig wird die medizinische Versorgung in Deutschland zusammenbrechen, niemand wird mehr ein Handy haben, Wohlstand und unser alltäglicher Luxus werden rapide abgebaut. Dieses Horrorszenario wird immer wieder bemüht, wenn es um die Konsequenzen eines möglichen Verbots der sogenannten Ewigkeitschemikalien PFAS geht. Vor allem die Industrie und ihre Lobby sowie Konservative schießen gegen einen Vorschlag, den Fachbehörden von fünf europäischen Ländern erarbeitet haben, um PFAS europaweit zu verbieten. Doch warum sollen PFAS überhaupt verboten werden und gäbe es Alternativen zum Verbot?

Das „Forever Pollution Project" (Projekt Ewige Verschmutzung) zeigte Anfang 2023 in ganz Europa mit PFAS kontaminierte Orte auf, 23.000 insgesamt, über 1.500 stark belastete Orte allein in Deutschland.[1] Fast zeitgleich veröffentlichten Fachbehörden aus Deutschland, Dänemark, Norwegen, Niederlande und Schweden einen Beschränkungsvorschlag für PFAS in der EU. Die großen Industrieverbände laufen dagegen Sturm und auch die CDU versucht, den Vorschlag zu diskreditieren, zuletzt über einen Antrag im Bundestag und in einer öffentlichen Anhörung. Umwelt- und Verbraucherverbände sowie die Wissenschaft halten dagegen. Es stehen sich zwei zentrale Narrative gegenüber: Auf der einen Seite wird gesagt, PFAS seien notwendig für das Funktionieren unserer Gesellschaft, daher sei ein generelles Verbot zu pauschal und jeder Stoff der Gruppe müsste risikobasiert bewertet und dann ggf. reglementiert werden. Auf der anderen Seite stehen Argumente, dass die

Umwelt- und Gesundheitsprobleme steigen würden, allein schon die Langlebigkeit der Stoffe ein Problem sei und damit die Dringlichkeit bestünde, die ganze Gruppe schnell zu verbieten.

Das Problem mit den PFAS

PFAS steht für per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen. Es sind Kohlenwasserstoffe, bei denen die Wasserstoffatome vollständig (per) oder teilweise (poly) durch Fluoratome ersetzt wurden. PFAS sind chemisch und thermisch extrem stabil und werden unter natürlichen Bedingungen nicht abgebaut. Ihre Persistenz, also die Beständigkeit und Langlebigkeit, hat ihnen den Beinamen Ewigkeitschemikalien beschert. Einmal in der Umwelt, verschwinden sie dort nicht mehr. Erst ab Temperaturen von über 1.400 Grad Celsius werden PFAS vollständig vernichtet. Die Gruppe der PFAS besteht aus mehr als 10.000 Substanzen und reicht von F-Gasen (fluorierte Gase) bis zu Fluorpolymeren, also Plastik.

Da sie nicht nur besonders stabil sind, sondern auch fett-, wasser- und schmutzabweisend, ist ihr Anwendungsfeld groß und reicht mittlerweile von Prozesschemikalien (chemische Stoffe, die in Maschinen und Anlagen Prozesse ermöglichen) über Plastikzusätze, Beschichtungen für Pfannen, Löschschäume bis hin zu Outdoorkleidung. Emissionen bei der Produktion und aus Abfällen, aber auch die Anwendung in verbrauchernahen und umweltoffenen Anwendungen (bspw. in Ski-Wachsen) haben dazu beigetragen, dass sich PFAS in der Umwelt anreichern. Da sie sich nicht abbauen, wächst die PFAS-Belastung. Selbst an entlegenen Orten, wie der Arktis oder dem Himalaya konnten PFAS mittlerweile nachgewiesen werden. An manchen Orten überschreiten die PFAS-Mengen im Regen schon die Grenzwerte für Trinkwasser. [2] Ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland haben PFAS-Konzentrationen im Blut, bei denen gesundheitliche Folgen nicht mehr ausgeschlossen werden können. [3]

Die gesundheitlichen Folgen von PFAS sind bisher – wie die gesamte Stoffgruppe – kaum erforscht. Studien weisen aber darauf hin, dass bestimmte PFAS Nieren und Leber, das Hormon- und Immunsystem schädigen und den Fettstoffwechsel stören, die Wirkung von Impfungen verschlechtern, die Fruchtbarkeit verringern oder Krebs erzeugen können. Die gesamtgesellschaftlichen Gesundheitskosten von PFAS werden allein in der EU jedes Jahr auf 52-84 Mrd. Euro geschätzt. [4]

Zeit zu handeln

In der 2020 veröffentlichten Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit (CSS) wurde ein PFAS-Aktionsplan angekündigt. Anfang 2023 reichten Fachbehörden aus fünf europäischen Ländern bei der europäischen Chemikalienagentur einen Vorschlag ein, um die Gruppe der PFAS unter der bestehenden Chemikalienverordnung der EU (REACH) zu verbieten, mit dem Ziel deren Emissionen um 95 % zu mindern. Der Vorschlag ist ein absolutes Novum, da erstmals eine ganze Gruppe und nicht einzelne Substanzen unter REACH bewertet und reglementiert werden sollen. Da PFAS derzeit breite Anwendung finden, sind entsprechende Übergangsfristen von bis zu 13,5 Jahren und Ausnahmeregelungen in dem über 1.000 Seiten langen Vorschlag enthalten. Ausgenommen von dem Beschränkungsvorschlag sind PFAS-Wirkstoffe für Pestizide, Biozide und Arzneimittel. Bisher waren nur einzelne, besonders weitverbreitete PFAS unter REACH verboten worden. Andere EU-Länder wie Dänemark haben daher im Alleingang gehandelt und bereits PFAS in Lebensmittelkontaktmaterialien verboten.

Bedenken ernst nehmen, aber auch ernst bleiben

Ein Verbot einer ganzen Stoffgruppe, die so breit Anwendung findet, betrifft fast alle Branchen und dies hat natürlich Auswirkungen auf die Wirtschaft. In der Folge müssen Umstellungen erfolgen und Prozesse anders vollzogen werden. Manche Produkte müssten auch gänzlich neu designt werden, da der Austausch einer Komponente nicht immer einfach machbar ist. Dennoch ist eine Adressierung der gesamten Gruppe notwendig, um die Emissionen deutlich zu senken. In gewisser Weise ist ein Stoffgruppenverbot pauschal. Aber die derzeitige Einzelstoffbewertung in der EU ist viel zu langsam. Es würde Jahrhunderte dauern, alle Stoffe der Gruppe zu bewerten und zu reglementieren. Außerdem zeigt die bisherige Praxis, dass ein Stoff, der verboten wurde, einfach durch einen sehr ähnlichen Stoff ersetzt wird, der weniger gut erforscht ist. Schäden für Mensch und Umwelt werden so meist nicht abgemindert.

Der Beschränkungsvorschlag basiert auf dem Vorsorgeprinzip, ein zentrales Prinzip im Umweltschutz der EU. Wenn Gefahren nicht kalkulierbar sind, muss vorsorglich gehandelt werden, um mögliche Gefahren abzuwehren. Die Aussage der Industrie, der Vorschlag sei pauschal und nicht wissenschaftlich, diskreditiert die Arbeit der beteiligten Fachbehörden.

» Ein Ende der Gesellschaft, wie wir sie kennen, wird sicher nicht eintreten. Das ist Panikmache der Industrie, die ihre Profite gefährdet sieht.

In der Erarbeitung des Dossiers wurden in zwei Runden Hersteller und Anwender zu Alternativen zu PFAS befragt und diese Erkenntnisse eingearbeitet. An vielen Stellen werden PFAS bereits ersetzt, bspw. im Textilbereich. Einzelne Produzenten verabschieden sich auch schon aus der Produktion und Nutzung, nicht zuletzt, weil massive Klagen und Schadensersatzzahlungen drohen. PFAS sind eine Technologie aus dem letzten Jahrhundert und in weiten Teilen ersetzbar. Ein Verbot würde zudem einen Innovationsschub anregen für Bereiche, in denen es derzeit noch keine Alternativen gibt. Die von der Industrie proklamierte Unverzichtbarkeit von PFAS führt in die Irre, da nur acht Prozent der produzierten PFAS wirklich Teil von gesellschaftlich notwendigen Anwendungen sind, in denen sie sich nicht ersetzen lassen. [5] Hierfür gibt es die Ausnahmeregeln in dem Vorschlag. Ein Ende der Gesellschaft, wie wir sie kennen, wird sicher nicht eintreten. Das ist Panikmache der Industrie, die ihre Profite gefährdet sieht. Dennoch wird und muss es Veränderungen geben.

Nächste Schritte

Immerhin, Einigkeit scheint darüber zu herrschen, die PFAS in den verbrauchernahen Anwendungen nicht mehr zu verwenden und ihre Emissionen zu verringern. Wer allerdings die Kosten für die bisherigen Belastungen und Kontaminationen trägt, bleibt noch offen und ist nicht Teil des Beschränkungsvorschlages. Die Debatte muss also ausgeweitet und weitere Maßnahmen jenseits des Beschränkungsvorschlages müssen getroffen werden, da es voraussichtlich noch einige Jahre dauern wird, ehe er in Kraft tritt. 2023 fand eine sechsmonatige Konsultationsphase zum Beschränkungsvorschlag statt. Über 5.600 Eingaben wurden bei der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) gemacht. Ein Rekordwert. Jetzt liegt es an der ECHA, die Eingaben zu bewerten. Erst danach fängt das eigentliche politische Ringen an, ob der Vorschlag vom EU-Parlament angenommen, abgeschwächt oder abgelehnt wird.

Im Weiteren muss ein PFAS-Verbot global verankert werden. Die EU kann den ersten Schritt machen und muss sich dann im Rahmen der bestehenden internationalen Abkommen dafür einsetzen, dass ein weltweites PFAS-Verbot kommt. Als organische, persistente Schadstoffe fallen PFAS unter den Geltungsbereich der Stockholm-Konvention. Doch erst drei PFAS sind hierüber international verboten. Nominierungs- und Reglementierungsprozesse sind auch hier langwierig. Unter dem Strategischen Ansatz für ein Internationales Chemikalienmanagement (SAICM) wurden PFAS bereits 2009 als Fokusthema benannt. Koordinierte Arbeiten blieben aber aus. Seit September 2023 ist das Globale Rahmenwerk zu Chemikalien (GFC) als Nachfolgeabkommen von SAICM in Kraft und hat auch die PFAS als Fokusthema übernommen. Bis zur nächsten Weltchemikalienkonferenz im Jahr 2026 sollen hierzu Arbeitsprogramme beschlossen werden. PFAS werden sicher in den kommenden Jahren auch auf internationaler Ebene eine steigende Beachtung finden. Daher kann der Beschränkungsvorschlag auf EU-Ebene als Blaupause dienen.

Tom Kurz

Der Autor ist Referent für internationale Chemikalienpolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung.

---

1 The Forever Pollution Project (2023).

2 Cousins, I. T. et al (2022): Outside the Safe Operating Space of a New Planetary Boundary for Per- and Polyfluoroalkyl Substances (PFAS). In: Environ. Sci. Technol. 2022, 56, 16, 11172–11179.

3 Umweltbundesamt (Hrsg.)(2023): Deutsche Umweltstudie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen 2014-2017.

4 The Nordic Council of Ministers (2019): The Cost of Inaction. A socioeconomic analysis of environmental and health impacts linked to exposure to PFAS.

5 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (2024): Zur Dringlichkeit einer Beschränkung der „Ewigkeits-Chemikalien" PFAS.

© Jürgen Maier

TOTGESAGTE LEBEN LÄNGER

Die 13. WTO-Ministerkonferenz endet ergebnislos

Bei der 13. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) vom 26.-29. Februar in Abu Dhabi konnten sich die Mitgliedsstaaten – wieder einmal – kaum noch auf gemeinsame Beschlüsse einigen. Wie schon nach vorigen Ministerkonferenzen erklang auch diesmal ein vielstimmiger Chor von Stimmen, die die WTO für tot und überholt erklärten.

Aber muss eine globale Organisation eigentlich ständig neue Handelsliberalisierungen beschließen, um zu „überleben"? In Zeiten massiver internationaler Spannungen muss man es vielleicht schon als Erfolg verbuchen, dass verfeindete Regierungen überhaupt noch miteinander reden.

Niemand hatte von der Konferenz große Durchbrüche erwartet. Hinter den Kulissen hatte man sich bereits vor Beginn der Konferenz geeinigt, die großen Konflikte der Weltpolitik (Gaza und Ukraine) außen vor zu lassen. Ein von der EU und einigen anderen westlich orientierten Ländern eingebrachtes Statement zur Ukraine wurde zur Kenntnis genommen und nicht diskutiert. Auf der Tagesordnung standen im Wesentlichen ein Abkommen zum Subventionsabbau in der Fischerei, ein Abkommen zur Erleichterung von Investitionen, Verhandlungen über landwirtschaftliche Fragen sowie die Verlängerung des Moratoriums auf Zölle für elektronischen Handel (E-Commerce), ferner Gespräche über den blockierten Streitschlichtungsmechanismus der WTO. Erreicht wurde lediglich eine Verlängerung des E-Commerce-Zollmoratoriums um weitere zwei Jahre, aber mit einem Beschlusstext, der klarmachte, dass dieses Moratorium am 31.März 2026 endgültig auslaufen wird. Also ein Pyrrhussieg.

Am Konsensprinzip wird nicht gerüttelt

Hoch umstritten war ein von 130 Ländern vorgeschlagenes Abkommen zur Erleichterung von Investitionen, vor allem im Bereich administrativer Prozesse und Bürokratieabbau. Gegen den Inhalt des Abkommens gab es keine substanziellen Einwände. Auch wenn es als Abkommen präsentiert wurde, das vor allem Entwicklungsländern helfen würde,

könnte so ein Abkommen auch in vielen Ländern Europas segensreiche Wirkungen entfalten. Die für die Beschlussfassung erforderliche Einstimmigkeit war nicht in Sicht, weshalb seine Protagonisten vorschlugen, es als „plurilaterales“ Abkommen unter dem Dach der WTO aufzusetzen. Das würde bedeuten, dass es im Gegensatz zu „multilateralen Abkommen“ nicht für alle WTO-Mitgliedsländer gilt, sondern nur für diejenigen, die es ratifizieren.

Aber auch für diesen Vorgang braucht es einen einstimmigen Beschluss, und den verhinderten vor allem Südafrika und Indien vehement. Ihre Begründung: Die einzigen plurilateralen Abkommen in der WTO seien älter als die WTO selbst und wurden bei der Gründung der WTO 1995 von der Vorläuferorganisation GATT (General Agreements on Tariffs and Trade) übernommen. Neue plurilaterale Abkommen könnten das Konsensprinzip aushöhlen und damit der Machtpolitik großer Länder wie China oder den USA neue Möglichkeiten eröffnen, so die Argumentation. Vor allem Indien machte massiv Stimmung gegen das „von China propagierte Abkommen“. So wurde das Abkommen nicht angenommen, und es blieb offen, ob seine Befürworter es nun fallen lassen oder außerhalb der WTO aufsetzen werden. Abgesehen davon brauchen interessierte Länder auch nicht unbedingt ein solches Abkommen, um ihre bürokratischen Hürden für Investoren zu senken.

Kein Abkommen über Fischereisubventionen

Nach 20 Jahren Verhandlungen über ein WTO-Abkommen zur Begrenzung und Regulierung der Fischereisubventionen ist auch dieses nun gescheitert. Jahrelang wurde mit dem Abkommen versucht, insbesondere Entwicklungsländern hohe Auflagen zu machen, mit denen sie ihre Fischerei als „nachhaltig“ nachweisen könnten, damit sie ihre im globalen Maßstab geringen Subventionen für Kleinfischer weiterzahlen dürfen. Es war absehbar, dass dieser Ansatz zu keinem Erfolg führen würde. Während es für Entwicklungsländer nämlich hohe Auflagen geben sollte, hatten sich die beiden Haupt-Subventionszahler, die EU und China, darauf geeinigt, sich im Wesentlichen selbst als „nachhaltig“ im Bereich der Fischerei zertifizieren zu können. Sie hätten an ihren heutigen Praktiken somit kaum etwas ändern müssen. Lieber kein Abkommen als so eines, sagten sich in Abu Dhabi viele Regierungen, und damit ist ein im Grundsatz sinnvolles Anliegen effektiv vor die Wand gefahren.

Die Verhandlungen über offene Fragen des Agrarmarktabkommens sind trotz möglicher Kompromisslinien im Verhandlungstext völlig festgefahren. Die Interessengegensätze um Subventionen und Exportbeschränkungen, Marktzugang sowie die Dauerkontroverse um das indische staatliche Lagerhaltungsprogramm sind inzwischen derart verhakt, dass man sich noch nicht einmal auf ein Arbeitsprogramm für die Zeit bis zur nächsten Ministerkonferenz einigen konnte. Interessanterweise verlief die Konfrontationslinie diesmal weniger entlang von Nord-Süd als vielmehr zwischen Agrarexport- und Agrarimportländern, egal ob Nord oder Süd: Beispielsweise wird Indiens Programm, staatliche Agrarlagerhaltung zu betreiben und dafür Bauern garantierte Festpreise zu bezahlen, seit Langem von der EU und den USA als unvereinbar mit den WTO-Verträgen kritisiert. Inzwischen hat sich aber auch der Agrar-Großexporteur Brasilien dieser Kritik angeschlossen.

Bemühungen vor allem der EU, am blockierten Streitschlichtungsmechanismus der WTO mit provisorischen Lösungen etwas zu verbessern, scheiterten in Abu Dhabi wie alle anderen Versuche, seit Langem festgefahrene Blockaden aufzulockern. Die USA blockieren seit den Trump-Jahren jegliche Neuwahlen von Richtern der Berufungsgerichte, sodass die WTO keine bindenden Schiedssprüche mehr beschließen kann.

Die wenigen zivilgesellschaftlichen Beobachter hatten in Abu Dhabi mit Restriktionen zu kämpfen, die selbst für WTO-Verhältnisse außergewöhnlich waren. Verglichen mit Konferenzen und Verhandlungen der Vereinten Nationen waren WTO-Konferenzen schon immer wesentlich restriktiver. Die gastgebenden Vereinigten Arabischen Emirate sind ebenfalls kein Hort der freiheitlichen Demokratie. Nachdem aber wenige Monate zuvor in Dubai, wie Abu Dhabi ein Emirat der Vereinigten Arabischen Emirate, eine Mega-Klimakonferenz vergleichsweise reibungslos über die Bühne gegangen war, war es doch überraschend, dass in Abu Dhabi selbst das Verteilen von Pressemitteilungen an WTO-Delegierte als „unerlaubtes Flugblattverteilen“ gewertet wurde und mehrere Personen vom Sicherheitsdienst dafür zwei Stunden festgesetzt wurden. Gegen diese exzessive Auslegung von Sicherheit gab es viele Proteste, auch von Regierungen. Letztlich ruderte die Konferenzleitung zurück. Bis zum Schluss blieb unklar, wer hinter diesen Maßnahmen stand: das WTO-Sekretariat, die gastgebende Regierung der Emirate, das Management des Konferenzzentrums oder der beauftragte Sicherheitsdienstleister.

Geopolitische Konfrontation oder Multilateralismus?

Am Ende der Konferenz gab es die üblichen Abgesänge auf die WTO, die nichts mehr zustande bringt, vor allem in westlichen Medien und unter europäischen Delegierten. Durchaus zufrieden war Indiens Handelsminister Goyal, der in einem Interview erklärte, Indien habe alle seine Ziele erreicht. Solange diese Ziele vorwiegend aus der Blockade ungewollter Initiativen bestanden, war das auch nicht schwer. Die USA verhielten sich sehr zurückhaltend und benahmen sich eher wie Beobachter – ihre Handelsministerin blieb nicht einmal bis Konferenzende vor Ort. Kein Wunder: Die USA haben sich längst aus der „regelbasierten Welthandelsordnung“ verabschiedet und setzen auf knallharten geopolitischen

» Die wenigen zivilgesellschaftlichen Beobachter hatten in Abu Dhabi mit Restriktionen zu kämpfen, die selbst für WTO-Verhältnisse außergewöhnlich waren.

Unilateralismus. Anders die EU, aber auch sie muss zur Kenntnis nehmen, dass ihre Agenda im Rest der Welt wenig Gegenliebe findet. 63 Staaten, darunter die gesamte Afrikanische Gruppe, zirkulierten in Abu Dhabi eine Ministererklärung gegen unilaterale umweltbezogene Handelsmaßnahmen: eine klare Absage an den EU-Klimazoll namens CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism).

Alles das bedeutet nicht, dass die WTO tot ist. Aber die einerseits hochfliegenden Hoffnungen vieler Regierungen und Wirtschaftsführer und die andererseits apokalyptischen Visionen vieler Globalisierungskritiker, die WTO werde die Wirtschafts-Weltregierung, die den Neoliberalismus dauerhaft festschreibt, haben sich in Luft aufgelöst. Nach den Regeln der WTO verläuft aber weiterhin der größte Teil des Welthandels, und das wird auch so bleiben. Die Welt von heute ist aber nicht mehr dieselbe wie vor 30 Jahren, als die WTO gegründet wurde.

Das Korsett der bestehenden WTO-Handelsverträge ist vor allem vielen aufstrebenden und mächtiger werdenden Schwellenländern inzwischen zu eng, als dass sie sich noch auf weitere Vereinbarungen verständigen könnten. Gleichzeitig sind die westlichen Industrieländer nicht mehr stark genug, die Entwicklungsländer so weit unter Druck zu setzen, dass diese Einigungen akzeptieren, die sie eigentlich nicht wollen. Zudem ist der Neoliberalismus auch im Westen längst aus der Mode gekommen. Heute sind staatlicher Dirigismus bis hin zur Investitionslenkung und Subventionswettläufe angesagt, und geopolitische Konfrontation und ein historisch nie dagewesenes Sanktionsregime bestimmen die (Außen-)Wirtschaftspolitik des Westens. Gemeinsame Schnittmengen für eine Welthandelsorganisation zu finden, ist unter diesen Bedingungen so schwierig wie noch nie.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forum Umwelt und Entwicklung und begleitet die Arbeit der WTO seit vielen Jahren.

Mrdidg/pixabay

HABEN WIR ZU VIEL HOLZ ODER ZU WENIG?

Intelligentere Holzverwendung tut not

Der Wettbewerb ums Holz ist derzeit voll im Gange. Die einen proklamieren, es sei mehr Holz vorhanden, als wir derzeit nutzen. Sie fordern eine Holzbau-Offensive oder auch eine Steigerung der holzbasierten Energieerzeugung. Die anderen fürchten um den Erhalt der Wälder, die wegen des steigenden Holzverbrauches auch im Zusammenhang mit der Klimakrise mancherorts auf großen Flächen kahlgeschlagen werden. Die wachsende Nutzung von Holz als Energiequelle führt dazu, dass weniger Biotophölzer in Forsten und Wäldern verbleiben, während die Holzverbrenner-Akteure sich wachsende Geschäfte erhoffen, denn es seien ja mehr als genug „Resthölzer“ vorhanden.

Das Irritierende dabei ist: Beide haben (teilweise) recht. Denn die Zusammenhänge der Holzverwendung und die Eigenschaften von Holzrohstoffen führen zu lokal und regional unterschiedlichen Ergebnissen. Ohne Fachkenntnisse ist man schnell damit überfordert, eine der Realität nahekommende, differenzierte Einschätzung vorzunehmen.

Der nachwachsende Rohstoff Holz wird derzeit von vielen Interessengruppen als Lösung für die Energieversorgung und den Klimaschutz empfohlen. Dabei ist Holz schon seit Urzeiten ein wichtiger Brennstoff. Auch sind Häuser und Möbel aus Holz wahrlich keine neue Erfindung. Vor der Erschließung von Kohlevorkommen und Erdölquellen war Holz einer der wichtigsten Bau- und Brennstoffe überhaupt. Mit steigendem Verbrauch wurden Wälder gerade in Europa sehr stark übernutzt. Ihre heutige Existenz „verdanken“ viele Wälder und Forsten nicht zuletzt der Nutzung fossiler Energieträger. Aus Erdöl und Erdgas werden auch viele Werkstoffe hergestellt, die Holz ersetzen.

Während der Gesamtverbrauch an Energie und Rohstoffen seitdem auf ein Vielfaches angestiegen ist, hat die Waldfläche auf dem Globus stark abgenommen. Schon vor diesem Hintergrund muss das

Ansinnen scheitern, fossile Rohstoffe in den gewohnten Mengen durch Holz ersetzen zu wollen.

Dass die Verbände der Holzwirtschaft, Waldeigentümerverbände und Forstakteure seit Jahren für mehr Holzverwendung werben, ist deswegen trotzdem nicht falsch. Denn es lassen sich durchaus einige Prozent der Rohstoff- und Energiemengen durch Holz ersetzen. Vor allem die stoffliche Holznutzung (Balken, Bretter, Möbel, andere Holzwaren) könnte ausgebaut werden, und zwar auf Kosten der energetischen Holzverwendung. Viele Hölzer, die heute verbrannt werden, könnten stofflich genutzt werden, wenn nicht billige Ersatzprodukte vor allem aus Kunststoffen diese Verwertungsoption verdrängen würden.

Holz im Kreislauf

Viele Holzprodukte lassen sich grundsätzlich wiederverwenden. Meist entstehen dann Produkte von etwas geringerem Wert. Aus massivem Holz werden etwa Spanplatten oder andere Holzwerkstoffe. Diese lassen sich nach Gebrauch zerkleinern und wieder zu Holzwerkstoffen verarbeiten. Am Schluss bleibt noch die Verbrennung im Kraftwerk. Das Ganze wird Kaskadennutzung genannt.

In der Realität scheitert das an vielen Punkten, sodass die „Kaskade“ meist darauf beschränkt bleibt, Altholz direkt zu verbrennen. Klebstoffe, Lacke, Farben, Metallteile und Kunststoffanhaftungen erschweren die Wiederverwendung. Viele alte Holzprodukte sind noch mit gefährlichen Giftstoffen belastet und dürfen nur in dafür geeigneten Altholzverbrennungsanlagen verwertet werden.

Frische unbelastete Holzprodukte wie Paletten und Kisten landen auch zerkleinert in Kaminöfen. Holz aus Baustellenabfällen ist oft mit Zement, Gips und anderen Materialien vermischt, was eine Trennung schlichtweg zu teuer machen würde. Manches wird dann auf Deponien entsorgt.

In Zukunft dürfte aber wegen geringerer Belastung mit Schadstoffen und besserer Trennbarkeit mehr Altholz in die Wiederverwendung gelangen.

Zu viel Holz

In Mitteleuropa ist derzeit viel Holz auf dem Markt. Allein in Deutschland fielen der Klimakrise bisher deutlich über eine halbe Million Hektar Wald, vor allem Nadelholzforste zum Opfer. Auf solche Holzmengen sind Handel und weiterverarbeitende Industrie nicht vorbereitet. Zudem lahmt die Baukonjunktur, sodass auch hier die Abnehmer erheblicher Holzmenge ausfallen. Problematisch ist aber auch, dass viele Waldeigentümer:innen die Schadflächen zu sehr aufräumen, anstatt nur die hochwertigsten Stämme zu bergen und einen großen Anteil der Biomasse stehen und liegen zu lassen. Der Holzmarkt wird dadurch noch mehr übersättigt, Preise fallen und das Aufwachsen einer neuen Waldgeneration wird durch Wind, Sonne, Austrocknung und Nährstoffmangel erschwert.

Besonders die großflächigen Nadelholzplantagen mit Fichten und Kiefern sind derzeit schwer geschädigt. Zu befürchten ist, dass die Schäden noch zunehmen. Auch darum ist die Verbrennung wenigstens eine Möglichkeit, das Holz zu vermarkten.

Zu wenig Holz

Zur Lösung von immer mehr Problemen wird der Einsatz von Holz vorgeschlagen. Neben dem Bausektor und der Holzenergie ist es u.a. die Bioökonomie, für die große Mengen an Hölzern verplant werden.

Aus Holz kann man mit großem technischem und finanziellem Aufwand viele Produkte herstellen und damit fossile Rohstoffe ersetzen. Doch die Eigenschaften von Holz sind auch ein Hemmnis für die Entwicklung zahlreicher neuer Produkte. Holz hat eine feste Struktur und viele verschiedene Inhaltsstoffe. Das Material muss zunächst in Einzelbestandteile zerlegt werden. Die chemischen Prozesse, um den erforderlichen Reinheitsgrad zu erhalten, sind aufwendig. Ein großer Nachteil im Vergleich zur Verbrennung, bei der ein schlichtes Gemisch im Kessel verbrannt werden kann.

Holzwerkstoffe bieten einfachere Lösungen. Bekannt sind Spanplatten, Faserplatten und die grobspanigen und sehr stabilen OSB-Platten, die im Bausektor gut verwendbar sind. Hier wird die natürliche Festigkeit des Holzes erhalten und genutzt. Auch Fasern bzw. Textilfäden etwa aus Zellulose bieten viele Einsatzmöglichkeiten und werden heute schon in Textilien eingesetzt (Relon, Viskose, Rayon). Hier muss das Holz zwar chemisch aufgeschlossen werden, man kann aber die Festigkeitseigenschaften gut nutzen.

Ein Massenersatz für petrochemische und andere Rohstoffe wäre aber aufgrund der schieren Menge problematisch. Dasselbe gilt für den Bausektor, wo sich Beton und Zement in den derzeit verwendeten Mengen nicht durch Holz ersetzen lassen.

Die beste Möglichkeit, mehr Holz für stoffliche und andere klimaschonende Verwendungen zu beschaffen, besteht darin, Produktion und Verbrauch

» Die Zeiten sorglosen Verbrauches sind also auch beim nachwachsenden Rohstoff Holz vorbei.

kurzlebiger Holzwaren zu verringern. Dies gilt vor allem für Brennholz. Zwar wird es noch lange Hölzer und Verarbeitungsreste geben, die sich fast nur für die Verbrennung eignen. Aus vielen Stämmen ließen sich, entsprechende Innovationen vorausgesetzt, langlebigere Produkte herstellen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Fertigung von Dämmstoffen aus Holzfasern. Anstatt viel Holz in dreckigen Kaminöfen zu verbrennen, sparen solche Dämmstoffe größere Energiemengen ein.

Große Einsparungen sind bei Papier und Kartonagen notwendig, bei deren Verbrauch gerade Deutschland immer noch einen traurigen Spitzenplatz belegt. Mehrwegboxen statt der Millionen von Umverpackungen im Handel, keine unerwünschte Werbung im Briefkasten und mehr Recyclingprodukte könnten hier vor allem den langfaserigen Zellstoff einsparen, dessen Herstellung viel Energie verbraucht und der besser zur Verwendung dauerhafter Faserprodukte genutzt würde.

Zwar kann Deutschland als dicht besiedeltes Industrieland weiterhin eine gewisse Menge an Holz importieren, doch auch andere Länder wollen Klimaschutz betreiben. Denn der Beginn der Klimakatastrophe führt nicht nur zu Waldbränden und Austrocknen großer Waldflächen. Hitze und Wassermangel führen auch dazu, dass der überlebende Waldbestand weniger leisten kann. Wassermangel reduziert das Baumwachstum und damit die Holzproduktion.

Auch die bisher üblichen jährlichen Holz-Erntemengen, die in Deutschland zwischen 70 und 80 Millionen Kubikmeter liegen, müssen deutlich verringert werden. Zwar fallen derzeit und die kommenden Jahre noch große Mengen an Fichten- und Kiefernholz an, doch auch hiervon müssten eigentlich Teilmengen auf den geschädigten Waldflächen verbleiben, damit die natürliche Wiederbewaldung bessere Chancen hat. Sinnvoll ist eine zügige Verwertung gesunder Nadelbäume trotzdem, weil man damit wertvolle Rohstoffe nutzen und den Massenanfall von Schadholz verringern kann. Solche Durchforstungen und Holzernte sollten viel schonender als bisher erfolgen, um die Bestände nicht zu stark aufzulichten. Mit der Anpassung der Erntemenge an das verringerte Wachstum geht eine weitere Verringerung der Holzerntemengen einher.

Dass viele Akteure die Energieholzverwendung fördern, ist verständlich, da hier ein rascher Absatz der großen Schadholzmengen möglich ist. Doch wir müssen jetzt die stofflichen Innovationen fördern, statt große Holzkraftwerke zu bauen, die später zu große Holzmengen ineffizient verbrauchen!

Die Zeiten sorglosen Verbrauches sind also auch beim nachwachsenden Rohstoff Holz vorbei. Um intelligentere Holzverwendung und weniger verschwenderische Konsumgewohnheiten kommen wir nicht herum. Auch möglicherweise klimatolerantere Baumarten sind keine Ausrede. Sie werden nicht so schnell und so viel Holz liefern können. In Zukunft müssen wir froh sein, wenn wir überhaupt funktionierende Walder haben.

Laszlo Maraz

Laszlo Maraz ist seit vielen Jahren Koordinator der Plattform Wald beim Forum Umwelt und Entwicklung.

wokandapix/pixabay

EIN PAKT FÜR DIE ZUKUNFT DES MULTILATERALISMUS?

Der Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen im September 2024

Von den Vereinten Nationen wird der im September stattfindende Zukunftsgipfel als einzigartige Möglichkeit angekündigt, den Multilateralismus wieder aufleben zu lassen. Ein wenig ambitionierter Erstentwurf des Abschlussdokuments und die schwierige Verhandlungslage lassen jedoch Zweifel daran aufkommen, ob das wirklich funktionieren kann.

In der Erklärung zum 75. Jahrestag der Vereinten Nationen im Jahr 2020 beauftragten die Mitgliedstaaten den UN-Generalsekretär António Guterres, Empfehlungen zu erarbeiten, wie auf derzeitige und kommende globale Herausforderungen in einer multilateralen Welt reagiert werden kann. 2021 veröffentlichte Guterres daraufhin den Bericht „Our Common Agenda“. [1] Ein Vorschlag daraus ist die Ausrichtung eines UN-Zukunftsgipfels („Summit of the Future“), der im September 2024 stattfinden wird. Als Abschlussdokument des Gipfels soll es einen Zukunftspakt („A Pact for the Future“) geben. Auf die Themen einigten sich die Mitgliedstaaten bereits im September 2023: Es wird Kapitel zu den Themen Nachhaltige Entwicklung und Entwicklungsfinanzierung, Internationaler Frieden und Sicherheit, Wissenschaft, Technologie und Innovation und digitale Kooperation, Jugend und zukünftige Generationen sowie Transformation der globalen Governance geben. [2]

Once-in-a-generation opportunity ...

Die Vereinten Nationen beschreiben den Gipfel als eine „once-in-a-generation opportunity“, um globale Kooperation voranzubringen und gemeinsam Lücken in der Global Governance zu adressieren. [3] Das

gilt auch insbesondere für Themen, für die es bisher keine klaren Foren und multilateralen Formate gibt. Gleichzeitig wird der Gipfel als Gelegenheit beschrieben, die internationale Zusammenarbeit zu stärken und dem globalen Vertrauensverlust entgegenzuwirken. Die UN als multilaterales und demokratisches Forum sollen gestärkt werden, da immer noch viele global relevante Entscheidungen in Institutionen getroffen werden, in denen die USA und europäische Länder Entscheidungen dominieren und lenken. Auch für bereits beschlossene globale Abkommen wie die Agenda 2030 fehlt bisher das „Wie", also konkrete Schritte für die tatsächliche Umsetzung. So wurde der Zukunftsgipfel jetzt als der Gipfel beworben, der dieses „Wie" thematisieren soll.

… oder der richtige Gipfel zur falschen Zeit?

Jedoch gibt es Zweifel, ob ein Gipfel zum jetzigen Zeitpunkt so erfolgversprechend sein kann. Große Konfliktlinien führen aktuell zu einem erschütterten Verhältnis zwischen Staaten, z.B. die Kriege in Gaza und der Ukraine. Populismus und autokratische Regime breiten sich aus. Aufgrund dieser Weltlage ist es nicht erstaunlich, dass wenig große und wirklich progressive Ergebnisse vom Gipfel erwartet werden. Er wurde auch immer wieder der „richtige Gipfel zur falschen Zeit" genannt. Darüber hinaus sehen einige die große Bandbreite an Themen als Herausforderung an. Einerseits macht die Themenvielfalt konkrete Einigungen schwer, und andererseits ist es gerade für kleine Staaten schwierig, zu all diesen Punkten gleichzeitig zu arbeiten. Eine weitere Sorge ist, dass der Zukunftsgipfel andere parallellaufende Prozesse zu den verhandelten Themen schwächen könnte, da es für einige davon schon dezidierte Formate gibt. Jedoch könnte bei einer guten Abstimmung aufeinander der Zukunftsgipfel diesen Themenbereichen auch einen Aufschwung geben, ein klares Signal senden und verbindliche Zeitpläne für Prozesse festlegen.

Bisher wenig konkrete Vorschläge

Vor diesem Hintergrund überrascht es wenig, dass der Erstentwurf (Zero Draft) [4] des Gipfeldokuments bisher kaum Neues vorschlägt und wenig transformativ erscheint. Der Entwurf ist relativ abstrakt, die Sprache ziemlich allgemein und unverbindlich. Die beiden anderen Dokumente, die im Rahmen des Gipfels ebenfalls beschlossen werden sollen – der Digitalpakt und der Pakt über zukünftige Generationen – sind da schon fortgeschrittener und schlagen konkrete Optionen vor, über welche die Mitgliedstaaten verhandeln können. Der Vorbereitungsprozess des Zukunftspakts wird geleitet von den UN-Botschafter:innen Deutschlands und Namibias als Ko-Fazilitatoren. Die Idee der Ko-Fazilitatoren hinter dem wenig ambitionierten Entwurf ist zu versuchen, in dem schwierigen Verhandlungsklima zunächst mit einem möglichst konsensfähigen Dokument zu starten, in das konkretere Sprache hineinverhandelt werden soll. Dazu haben die Ko-Fazilitatoren die Mitgliedstaaten aufgefordert, konkrete Maßnahmen und Ziele vorzuschlagen, die dann dem Pakt hinzugefügt werden können. Das ist ein eher ungewöhnlicher Ansatz, da normalerweise ein ambitionierterer Entwurf als Zero Draft vorgelegt wird, der im Laufe des Prozesses aufgeweicht wird. Daher bleibt abzuwarten, ob sich der für den Zukunftsgipfel gewählte Ansatz als erfolgreich erweist. Da die Verhandlungen geschlossen und nicht zugänglich für außerstaatliche Akteure sind, ist es schwierig, an Informationen über den aktuellen Stand der Verhandlungen zu kommen.

Die Aufgabe der Ko-Fazilitatoren ist es nun, die Vorschläge der Mitgliedstaaten zum Erstentwurf zu ordnen und in den Zukunftspakt zu integrieren. Dazu muss sich die bisherige Rolle der Ko-Fazilitatoren als Konsensfinder und Zuhörer in eine aktivere ändern, indem sie konkrete Vorschläge für Abstimmungen geben und für diese werben. Dabei darf eine Sorge vor zu umstrittenen Vorschlägen aufgrund der Vorbereitung auf eine Kandidatur für den UN-Sicherheitsrat 2027/28 dieser Aufgabe nicht im Weg stehen. Deutschland sollte die Gelegenheit nutzen, Verantwortung zu übernehmen und sich für internationale Solidarität einzusetzen. Das muss sich auch in nationaler Politik widerspiegeln, zum Beispiel mit glaubwürdigem Engagement bei der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) und der Entwicklungsfinanzierung.

Eine überarbeitete Version des Pakts ist für Mai angekündigt. Wichtig wäre es beispielsweise, darin den Reformbedarf der internationalen Finanzarchitektur klar zu benennen und deutlich zu machen, dass hier der Wille für eine Veränderung vorhanden und ein global inklusiver Prozess gewünscht ist, um die nächstes Jahr stattfindende UN-Entwicklungsfinanzierungskonferenz zu stärken. Auch bereits getroffene internationale Verpflichtungen zu Klima- und Entwicklungsfinanzierung sollten stärker als im bisherigen Entwurf bekräftigt werden, da die momentane Formulierung fast abschwächend klingt im Vergleich zu bereits bei Klimakonferenzen getroffenen Entscheidungen. Ein positiver Aspekt im aktuellen Entwurf ist der Vorschlag eines Follow-up-Prozesses, um mehr Verbindlichkeit zu schaffen.

Deutsches Engagement für ein ambitioniertes Abkommen wäre auch deshalb besonders wichtig, weil sich schon früh in den Verhandlungen eine Gruppe („the Like-Minded Group") laut zu Wort gemeldet hat, die ein recht strukturkonservatives Bild der UN erkennen lässt, die wenig Souveränität abgeben wollen und vielen Reformvorschlägen kritisch gegenüberstehen.

Progressive Vorschläge könnten jedoch beispielsweise von der Small States Group vorangebracht werden, die von Singapur koordiniert wird und in

» In der Zivilgesellschaft halten sich die Erwartungen an den Gipfel bisher in Grenzen – auch, weil aufgrund des Erstentwurfs und des schwierigen Verhandlungsklimas keine großen Fortschritte erwartet werden.

den bisherigen Verhandlungen eine energische Stimme für mehr internationale Zusammenarbeit ist.

Zivilgesellschaft fordert mehr Mitsprache

In der Zivilgesellschaft halten sich die Erwartungen an den Gipfel bisher in Grenzen – auch, weil aufgrund des Erstentwurfs und des schwierigen Verhandlungsklimas keine großen Fortschritte erwartet werden. Für die deutsche Zivilgesellschaft fehlen außerdem Ansprechpersonen innerhalb der eigenen Regierung und Gesprächsräume zum Thema. Denn aufgrund der Ko-Fazilitatoren-Rolle wird argumentiert, dass keine eigene politische Meinung in den Prozess eingebracht werden kann.

Trotzdem sind zivilgesellschaftliche Akteure gut organisiert und haben durch kontinuierliche Kommentierungen von Vorschlägen und Textentwürfen den Prozess begleitet. In einem „Interim People's Pact for the Future" [5] sind zivilgesellschaftliche Forderungen und Erwartungen zum Zukunftsgipfel zusammengefasst. Dieser betont insbesondere, dass eine längerfristige Zukunftsorientierung dringend benötigt wird und Entscheidungen mit den Menschenrechten heutiger und künftiger Generationen in Einklang sein müssen. Auf einem von den UN organisierten Gipfel für die Zivilgesellschaft, der im Mai 2024 in Nairobi zur Vorbereitung auf den Zukunftsgipfel stattfand, wurden unter anderem die wachsende Ungleichheit, die wachsende ökologische Krise und die Gefahren von neuen Technologien diskutiert.

Die zivilgesellschaftliche #UNMute-Kampagne zeigt sich besorgt über den limitierten Raum für Zivilgesellschaft im Prozess des Zukunftsgipfels. [6] Es gibt zwar Online-Konsultationsprozesse, aber diese sind nicht ausreichend, da unklar ist inwieweit dieses Feedback überhaupt gelesen und angenommen wird. Stattdessen werden Möglichkeiten für gemeinsame Gestaltungsprozesse gefordert sowie offene Konsultationen und Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten, da diese in der aktuellen Form unzugänglich sind. Auch wird vorgeschlagen, im Zukunftspakt eine umfassende Evaluierung von Möglichkeiten und der Wirkung von zivilgesellschaftlichem Engagement in UN-Prozessen aufzunehmen, die die Basis von Verbesserungen sein kann.

Judith Hermann

Die Autorin ist Referentin für Nachhaltigkeitspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung.

Stand: 13.05.2024

Nach Redaktionsschluss wurde ein überarbeiteter Entwurf des Zukunftspakts präsentiert, der deutlich ambitionierter und aktionsorientierter ist als der Erstentwurf.[7]

1 United Nations (2021): Our Common Agenda – Report of the Secretary General.

2 United Nations General Assembly: Scope of the Summit of the Future (A/77/L.109).

3 United Nations (2023): The Summit of the Future in 2024.

4 Co-Facilitators of the Summit of the Future (2024): Zero Draft of the Pact for the Future.

5 Coalition for the UN we need (2023): Interim People's Pact for the Future: 2023 Civil Society Perspectives on the Summit of the Future.

6 #UNMute Campaign (2024): Over 350 civil society organisations ask for real inclusion in UN Summit of the Future negotiations.

7 Co-Facilitators of the Summit of the Future (2024): Pact for the Future: Rev.1.

GLOBAL 2000 / Christopher Glanzl (CC BY-ND 2.0 DEED)

CETA UND DAS KLIMA

Kritische Analyse eines umstrittenen Abkommens

Das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen der EU und Kanada steht heftig in der Kritik, da es seit seiner provisorischen Anwendung 2017 zu einer signifikanten Zunahme des Handels mit umweltschädlichen Produkten geführt hat. Dieser Handel steht im klaren Widerspruch zu den globalen Klimazielen, insbesondere zu den Verpflichtungen des Pariser Abkommens. Eine nun vorliegende Studie, durchgeführt von der Organisation PowerShift, beleuchtet die klimaschädlichen Folgen des Abkommens, insbesondere in den Bereichen fossile Brennstoffe, Landwirtschaft und Industrieproduktion.

Die Europäische Kommission wird nicht müde, CETA als eines der progressivsten Handelsabkommen anzupreisen, das die EU jemals abgeschlossen hat. Das Abkommen zwischen der EU und Kanada enthalte unter anderem einige der stärksten Verpflichtungen zum Umwelt- und Klimaschutz. Doch viele Handelsexpert:innen in Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft hegen große Zweifel an den rosigen Darstellungen der Kommission.

Wie umstritten CETA noch immer ist, zeigte sich vor wenigen Monaten in Frankreich. In einer wegweisenden Entscheidung stimmte der Senat, das Oberhaus des Parlaments, gegen die Ratifizierung des Abkommens. Nun wird die Nationalversammlung, das Unterhaus des Parlaments, vermutlich nach den EU-Wahlen über CETA abstimmen. Die Entscheidung in Frankreich ist von großer Relevanz. Denn obwohl CETA seit 2017 vorläufig in Kraft ist, steht die Ratifizierung durch mehrere EU-Mitgliedstaaten noch aus. Fällt CETA in Frankreich durch und notifiziert die französische Regierung der EU das endgültige Scheitern der Ratifizierung, müsste auch die vorläufige Anwendung beendet werden.

Die französische Diskussion zeigt sehr deutlich: Die zahlreichen Bedenken der Zivilgesellschaft hinsichtlich der negativen Auswirkungen des Abkommens, vor allem für den Klima- und Verbraucher:innenschutz, halten unvermindert an. Diese Bedenken werden durch die neue PowerShift-Studie untermauert.

Fehlende Verbindlichkeit und schwache Durchsetzung

Hinter der klimafreundlichen Fassade von CETA verbergen sich zahlreiche Defizite. So fehlen etwa verbindliche Klimaschutzvereinbarungen. Stattdessen prägen Dialogplattformen und vage Vereinbarungen ohne strikte Durchsetzungsmechanismen das Abkommen. Dies ermöglicht es, Umweltstandards zu umgehen und den Handel mit klimaschädlichen Produkten nicht nur fortzusetzen, sondern noch zu steigern. Daran ändert auch CETAs Kapitel zu nachhaltiger Entwicklung und Umwelt nichts. Denn es sieht keine Konsequenzen für Vertragsverletzungen vor.

Anstieg des Handels mit klimaschädlichen Gütern

Trotz der Versprechen, CETA würde das progressivste Abkommen aller Zeiten werden, wurde im Laufe der Verhandlungen jede substanzielle Verpflichtung zum Klimaschutz systematisch aufgeweicht. So hätte ein wahrhaft fortschrittliches Abkommen auf Grundlage einer Bestandsaufnahme der Klimawirksamkeit der existierenden bilateralen Güterströme gezielte Maßnahmen zur Reduktion der handelsinduzierten Emissionen enthalten müssen. Solche Maßnahmen hätten sämtliche emissionsintensive Güter erfassen müssen, auch solche die bereits vor dem Abkommen weitgehend zollfrei waren wie Eisenerz, Steinkohle, Rohöl, Soja, Raps und viele Holzprodukte. Derartige Vereinbarungen gibt es im CETA jedoch nicht.

Aufgrund dieser Leerstelle war es möglich, dass der bilaterale Handel mit zahlreichen klimaschädlichen Gütern seit der Anwendung von CETA ungehindert wachsen konnte. Ein besonders besorgniserregendes Beispiel ist der Anstieg des Handels mit Rohöl. Die EU-Importe von kanadischem Rohöl haben sich seit der Implementierung des Abkommens mehr als verdoppelt, und zwar sowohl bezogen auf den Wert als auch auf die Menge.

Die Rolle von CETA in der Agrarindustrie und ihre Klimafolgen

Auch im Agrarhandel erweist sich CETA als klimaschädlich. Besonders problematisch ist hier die starke Zunahme des bilateralen Rindfleischhandels, da die Viehhaltung mit hohen Methanemissionen einhergeht. Gestützt durch beiderseitige Zollsenkungen konnten sowohl kanadische als auch europäische Fleischerzeuger:innen ihre Rindfleischexporte deutlich steigern. Vor allem die EU-Exporte, die vor CETA praktisch inexistent waren, nahmen erheblich zu und überstiegen die der kanadischen Rindfleischhersteller:innen um ein Vielfaches.

Kanadischer Einfluss auf europäischen Waldschutz

Auch der bilaterale Holzhandel bietet Anlass zur Sorge, denn dieser hat sich signifikant verändert. Vor dem Abkommen waren die EU-Holzimporte aus Kanada deutlich gesunken. Mit der vorläufigen Anwendung erfolgte jedoch eine Trendwende, zu der die Abschaffung der letzten Zölle auf kanadische Holzexporte beigetragen haben dürfte.

Parallel dazu sind auch die EU-Holzexporte nach Kanada gestiegen. Die Zunahme des bilateralen Holzhandels ist vor allem deshalb problematisch, weil die Fähigkeit zur Kohlenstoffabsorption sowohl der kanadischen als auch der europäischen Wälder bereits stark gesunken ist, unter anderem aufgrund des erhöhten Einschlags. Die Intensivierung des Holzhandels stellt damit eine direkte Bedrohung der Waldressourcen dar und unterminiert die Klimaziele beider Vertragspartner.

Ein weiteres besorgniserregendes Element von CETA ist die Möglichkeit, die unter dem Abkommen eingerichteten nicht öffentlichen Gremien zur Einflussnahme auf geplante Gesetzesvorhaben zu nutzen. Während des CETA-Dialogs zu Waldprodukten drängten kanadische Vertreter:innen beispielsweise darauf, die europäische Entwaldungsverordnung aufzuweichen. Das Gesetzesvorhaben werde den Holzhandel zwischen Kanada und der EU empfindlich beeinträchtigen, so ihre Kritik.

Dieses Beispiel zeigt, wie das Handelsabkommen verwendet werden kann, um an der Öffentlichkeit vorbei umweltpolitische Maßnahmen zu untergraben, die auf eine nachhaltige Forstwirtschaft abzielen. Die Tatsache, dass solche Plattformen die Beeinflussung von Gesetzgebungsprozessen ermöglichen, verweist darüber hinaus auf die erheblichen demokratischen Defizite von Handelsabkommen wie CETA.

Demokratische Defizite

Ein weiteres Problem ist die Natur von CETA als „lebendes Abkommen“. Das bedeutet, dass nach der Ratifizierung weiterhin durch die nicht öffentlichen Ausschüsse Veränderungen am Abkommen vorgenommen werden können, und zwar ohne parlamentarische Zustimmung. Dies wirft ernsthafte Fragen bezüglich der demokratischen Kontrolle und Legitimität des Abkommens auf. Zwar wären Änderungen von CETA dringend erforderlich, vor allem, um seine Klimaschädlichkeit einzudämmen. Die müssten

Die zahlreichen Bedenken der Zivilgesellschaft hinsichtlich der negativen Auswirkungen des Abkommens, vor allem für den Klima- und Verbraucher:innenschutz, halten unvermindert an.

aber öffentlich und transparent unter Beteiligung des Europäischen Parlaments erfolgen. Aufgrund der laufenden nationalen Ratifizierungsprozesse gibt es allerdings wenig Hoffnung, dass CETA kurzfristig klimafreundlicher gestaltet werden kann. Solange die Ratifizierung nicht abgeschlossen ist, verweigert vor allem die Europäische Kommission ihre Zustimmung zu Änderungen des Vertrags.

Wie Frankreichs Entscheidung die europäischen Klimaziele beeinflussen könnte

Die Abstimmung in Frankreich könnte ein Wendepunkt für die Handelspolitik der EU sein. Auch wenn in der französischen Diskussion der Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft und der Verbraucher:innen im Mittelpunkt steht, könnte ein Nein zu CETA dennoch ein starkes Signal aussenden, auch anderen vernachlässigten Dimensionen wie dem Klimaschutz Priorität gegenüber einem undifferenzierten Abbau von Handelsschranken einzuräumen. Eine Ablehnung Frankreichs könnte einen Präzedenzfall schaffen und dazu beitragen, bei zukünftigen Handelsabkommen den Umwelt- und Klimaschutz in den Mittelpunkt zu stellen.

Was ist notwendig für einen klimafreundlichen Handel?

Handelsabkommen wie CETA müssen neu gedacht und gestaltet werden, um echte Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Das könnte bedeuten, Handelsvorteile an strenge Umweltauflagen zu koppeln oder Mechanismen zu schaffen, die fairen und klimaschonende Handels- und Produktionsstrukturen fördern. Handelsabkommen müssen künftig den Kampf gegen den Klimawandel unterstützen, anstatt ihn zu untergraben.

Dies würde auch eine strikte Regulierung des Handels mit fossilen Brennstoffen erfordern. Es bräuchte dafür verbindliche Verpflichtungen, die Produktion und den Handel mit Kohle, Erdöl und Erdgas schrittweise auslaufen zu lassen. Ebenso müssten die Ein- und Ausfuhr von anderen emissionsintensiven Gütern auslaufen, wenn sich deren Produktion nicht dekarbonisieren lässt. Um positive Anreize zu schaffen, wäre es ergänzend erforderlich, Handelsvorteile an strenge Klimaauflagen zu koppeln. Außerdem wären verbindliche Verpflichtungen zur Durchführung von Technologietransfer im Bereich erneuerbarer Energien und emissionsarmer Produktionsverfahren erforderlich.

Schließlich müssten Investor-Staat-Schiedsverfahren, die im CETA nach einer vollständigen Ratifizierung aller EU-Mitgliedstaaten in Kraft treten würden, abgeschafft werden. Diese einseitigen Klageprivilegien zugunsten ausländischer Investor:innen ermöglichen es Unternehmen, nationale Gerichte zu umgehen und Staaten vor internationalen Tribunalen auf hohe Entschädigungen zu verklagen, sollte etwa deren Umweltgesetzgebung ihre Gewinnmöglichkeiten beeinträchtigen. Die Konzernklagerechte stellen daher eine eminente Gefahr für den Umwelt- und Klimaschutz dar.

Alessa Hartmann und Thomas Fritz

Alessa Hartmann und Thomas Fritz arbeiten bei PowerShift zu internationaler Handels- und Investitionspolitik.

Zum Weiterlesen: ***https://power-shift.de/campaign/ceta-climate-impact-report/***

congerdesign/Pixabay

DAS MENSCHENRECHT AUF NAHRUNG FÜR EINE WIRKSAME POLITIK GEGEN DEN HUNGER

Ein Blick zurück nach vorn: 20 Jahre Leitlinien zum Recht auf Nahrung

Die Freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung[1], die im UN-Ausschuss für Welternährungssicherheit (CFS) erarbeitet und 2004 von der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) verabschiedet wurden, sind ein Meilenstein für die Entwicklung menschenrechtsbasierter Ansätze zur Überwindung von Hunger und Ernährungsunsicherheit. Was wurde mit den Leitlinien bisher erreicht? Was sind weiterhin drängende Fragen und Herausforderungen mit Blick auf das Recht auf Nahrung heute?

Völkerrechtlich verbindlich ist das Recht auf Nahrung im Internationalen Pakt über wirtschaftliche soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) verankert. Der Pakt schreibt das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, einschließlich ausreichender Ernährung sowie das Recht vor Hunger geschützt zu sein fest (Artikel 11). Das Recht auf Nahrung ist damit integraler Bestandteil des Rechts auf Leben und seine Umsetzung zentral für die Gewährleistung von Ernährungssicherheit.

Erste zwischenstaatlich abgestimmte Handlungsempfehlungen

Der für die Überwachung der Einhaltung des Sozialpaktes zuständige UN-Ausschuss hat in seiner

Allgemeinen Bemerkung Nr. 12 von 1999 das Recht auf Nahrung und die damit verbundenen Staatenpflichten erläutert. Darin stellt der Ausschuss fest, dass das Recht auf Nahrung verwirklicht ist, wenn alle Menschen jederzeit physisch und wirtschaftlich Zugang zu angemessener Nahrung oder Mitteln zu ihrer Beschaffung haben.

Die anschließende Erarbeitung der Leitlinien zum Recht auf Nahrung stellte ein Novum dar: Zum ersten Mal war es gelungen, ein zwischenstaatlich abgestimmtes, mit aktiver Beteiligung der Zivilgesellschaft erarbeitetes Dokument zu entwickeln, das konkrete Handlungsempfehlungen zur Umsetzung eines der im UN-Sozialpakt anerkannten Rechte vorlegte.

Das Recht auf Nahrung macht einen Unterschied

Zwei Jahrzehnte nach der Verabschiedung der Leitlinien gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass menschenrechtsbasierte Politik und Programme Wirkung entfalten können. Zwei Beispiele sind die Politiken zu Hunger in Brasilien und Indien.

Brasilien: Der ersten Regierung von Lula da Silva gelang es, mit einem menschenrechtsbasierten Null-Hunger-Programm und einem partizipativen Beratungs- und Koordinierungsmechanismus in Form des Nationalen Ernährungssicherheitsrates (CONSEA) Hunger und Unterernährung stark zu reduzieren. Nachdem die Regierung Bolsonaro diese Politik beendete und CONSEA auflöste, stieg die Ernährungsunsicherheit[2] erneut massiv an.

Indien: Nach der Anerkennung des Rechts auf Nahrung als Teil des Grundrechts auf ein Leben in Würde durch den Obersten Gerichtshof verabschiedete das Parlament 2013 das nationale Gesetz zur Ernährungssicherheit. Dieses bot insbesondere während der Covid-19-Pandemie mehreren hundert Millionen Menschen eine wichtige Unterstützung.

Der menschenrechtliche Ansatz stellt die sozialen Gruppen und Gemeinschaften, die besonders gefährdet sind, in den Mittelpunkt: Bäuerinnen und Bauern, Landlose, indigene Völker und Nomaden, Fischer:innen, Arbeiter:innen, Migrant:innen, Binnenvertriebene und Geflüchtete, Frauen, Jugendliche, Kinder, ältere Menschen, LGBTIQA+-Personen, Menschen mit Behinderungen, städtische Arme, Obdachlose und andere marginalisierte Gruppen. Es ist eine große Stärke des menschenrechtlichen Ansatzes, von den Menschen und ihren Rechten ausgehend staatliches Handeln in eine Verantwortungsbeziehung mit ihren sozialen Kämpfen zu setzen.

Bei der Reform des UN-Ausschusses für Welternährungssicherheit im Jahr 2009 wurde die schrittweise Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung ausdrücklich in die Zielsetzung des CFS aufgenommen. Die positive Erfahrung der zivilgesellschaftlichen Beteiligung bei den Verhandlungen über die Leitlinien zum Recht auf Nahrung wurde durch die Einrichtung eines Beteiligungsmechanismus im CFS institutionalisiert – ein Meilenstein für direkte Beteiligung von Rechteinhaber:innen in UN-Gremien.

Mehr Möglichkeiten zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung

Die Leitlinien zum Recht auf Nahrung haben die Entwicklung weiterer normativer Instrumente im CFS gefördert, die mehrere Aspekte weiterentwickelt und ausdifferenziert haben. Beispiele dafür sind die Freiwilligen Leitlinien für eine verantwortungsvolle Verwaltung von Land-, Fischerei- und Waldbesitz (VGGT)[3] und weitere Instrumente zu Wasser, sozialer Sicherung, Zugang von Kleinproduzent:innen zu Märkten, Gleichstellung der Geschlechter sowie zu Konflikten und anhaltenden Krisen.

Parallel dazu wurden in anderen UN-Foren normative Instrumente entwickelt, die sich implizit oder explizit auf das Recht auf Nahrung stützen. Dazu gehören z.B. die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker (UNDRIP), die UN-Erklärung über die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten (UNDROP), die Allgemeine Bemerkung Nr. 26 über Land des UN-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, die Freiwilligen Leitlinien der FAO für nachhaltige Kleinfischerei (VGSSF), die zehn Elemente der FAO zu Agrarökologie und die politischen Leitlinien der ILO zur Förderung menschenwürdiger Arbeit im Agrar- und Ernährungssektor.

Dieser erweiterte normative Handlungsrahmen bietet Staaten umfangreiche Orientierung für die Umsetzung ihrer menschenrechtlichen Verpflichtungen bzgl. des Rechts auf Nahrung.

Drängende Fragen

Laut dem jüngsten Globalen Bericht über Ernährungskrisen[4] vom April 2024 waren im Jahr 2023 fast 282 Millionen Menschen in 59 Ländern und Gebieten von akutem Hunger betroffen – ein weltweiter Anstieg um 24 Millionen im Vergleich zum Vorjahr.

Bewaffnete Konflikte stellen dabei einen wesentlichen Treiber von Hunger dar: Im März schätzten das Welternährungsprogramm und andere UN-Institutionen, dass etwa 1,1 Millionen Menschen, die Hälfte der Bevölkerung des Gazastreifens, von Hunger bedroht sind. Außerdem sei die gesamte Bevölkerung Gazas (2,2 Millionen Menschen) in hohem Maße von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen. Im Sudan sollen derzeit 17,7 Millionen Menschen in hohem Maße von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen sein. Im Jemen seien allein in den von der Regierung kontrollierten Gebieten 4,5 Millionen Menschen von hoher akuter Ernährungsunsicherheit betroffen.

Die Zerstörung von landwirtschaftlichen Flächen und Infrastruktur, der teilweise oder vollständige Zusammenbruch von Nahrungsmittelproduktion und Handel sowie Blockaden humanitärer Hilfe und der Einsatz von Hunger als Waffe führen zu

Die Frage, wie das Recht auf Nahrung in bewaffneten Konflikten effektiver geschützt und durchgesetzt werden kann, bleibt eine der drängenden Fragen unserer Zeit.

massiven Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung. Die Frage, wie das Recht auf Nahrung in bewaffneten Konflikten effektiver geschützt und durchgesetzt werden kann, bleibt eine der drängenden Fragen unserer Zeit.

Eine anderer großer Fragekomplex ergibt sich aus der dreifachen planetarischen Krise: Wie können Staaten die Ernährungssysteme so transformieren, dass sich alle Menschen angemessen ernähren können und gleichzeitig effektive Maßnahmen gegen Klimawandel, Verlust der biologischen Vielfalt und Wüstenbildung getroffen werden?

Darüber hinaus erschweren weitere, oft ineinandergreifende Probleme die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung: strukturelle Ungleichheiten innerhalb und zwischen Ländern, systemische geschlechtsspezifische Diskriminierung, Konzentration von Land und natürlichen Ressourcen, Marktmachtkonzentration in Ernährungssystemen, Auslandsschulden und Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten.

Diese Fragen brauchen Politiklösungen, die klar auf Menschenrechte ausgerichtet sind, die lokale, nationale und internationale Ebenen verbinden, partizipative Prozesse der Entscheidungsfindung verstärken und die Koordinierungsfähigkeit der multilateralen Institutionen verbessern. Beispielsweise wird derzeit im CFS politisch verhandelt, wie die Reduzierung von Ungleichheiten innerhalb und zwischen Ländern (globales Ziel für nachhaltige Entwicklung, SDG 10) zu mehr Ernährungssicherheit führen könnte.

Anforderungen an eine strategische Agenda

Die Umsetzung des erweiterten normativen Handlungsrahmens zum Recht auf Nahrung durch Politik und Programme auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene ist essenziell für die Überwindung von Hunger und die Schaffung globaler Ernährungssicherheit.

Dies bedeutet eine umfassende Demokratisierung der Ernährungspolitik. Erfahrungen wie die des CONSEA in Brasilien haben ähnliche Bewegungen – z.B. Ernährungsräte in vielen Teilen der Welt – inspiriert.

Wesentlicher Bestandteil einer strategischen und zukunftsorientierten Agenda zum Recht auf Nahrung ist zudem die Stärkung des CFS als multilaterales normatives Gremium für Ernährungssicherheit, um eine bessere globale politische Koordinierung und Kohärenz zu erreichen.

Nicht zuletzt muss es darum gehen, auf allen Ebenen staatlichen Handelns robuste, transparente und partizipative Monitoring- und Rechenschaftsmechanismen sowie die Durchsetzung geltenden Rechts für das Recht auf Nahrung zu stärken.

Sarah Brand und Martin Wolpold-Bosien

Sarah Brand und Martin Wolpold-Bosien arbeiten zum Recht auf Nahrung am Deutschen Institut für Menschenrechte.

1 Food and Agriculture Organization of the United Nations: The right to food.

2 IFT (2024): Why the UN added Brazil to the Hunger Map once again.

3 Food and Agriculture Organization of the United Nations (2022): Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the Context of National Food Security.

4 Food and Agriculture Organization of the United Nations (2024): Global Report on Food Crises: Acute hunger remains persistently high in 59 countries with 1 in 5 people assessed in need of critical urgent action.

PUBLIKATIONEN AUS DEM FORUM

#PLASTIKWENDE – DAS MANIFEST

Als Teil des zivilgesellschaftlichen Exit-Plastik-Bündnisses setzen wir uns für eine Plastikwende ein. Unsere Vision ist eine Welt ohne Schäden für Mensch und Umwelt durch Plastik. Gemeinsam mit allen Zeichner:innen dieses Manifests setzen wir uns für gesellschaftliche und strukturelle Veränderungen zur Lösung der Plastikkrise ein und zeichnen ein Bild davon, wie eine plastikarme und nachhaltige Gesellschaft aussehen kann. Für eine #plastikwende. Jetzt!

Download unter:
https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2024/04/plastikwende-das-manifest-18042024.pdf

6. D-EITI BERICHT

Die Multi-Stakeholder-Gruppe der Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor in Deutschland (D-EITI) hat 2023 den 6. Bericht veröffentlicht. 17 Unternehmen haben Zahlungen in Verbindung mit der Rohstoffgewinnung in Deutschland offengelegt. Die Berichterstattung wurde um das Thema der Versorgungssicherheit mit Erdgas und temporäre Eingriffe des Staates im Zuge der Energiekrise 2022 ergänzt.

Download unter:
https://d-eiti.de/wp-content/uploads/2024/03/D-EITI_Bericht_6_final.pdf

BITTE WENDEN!
Die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung und ihre größten Herausforderungen

In einem herausfordernden wirtschafts- und geopolitischen Umfeld werden hohe Erwartungen an die 4. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD4) gestellt: Gewaltige Finanzierungslücken bei Klima und Entwicklung und internationalen müssen gefüllt und Institutionen reformiert, um die internationale Finanz- und Handelsarchitektur fit für die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu machen.

Download unter:
https://ptf.forumue.de/allgemein/bitte-wenden/

FAKTENCHECK ZUM THEMA PFAS

Die sogenannten Ewigkeitschemikalien PFAS sind gerade das meist diskutierte chemikalienpolitische Thema. Ihre Langlebigkeit und die Tatsache, dass sie im Verdacht stehen, verschiedene Krankheiten auszulösen, machen eine Regulierung der Stoffgruppe notwendig. Ein entsprechender Vorschlag wurde auf EU-Ebene eingereicht und wird vielfach diskutiert. Hier tauchen immer wieder Narrative auf, um den Beschränkungsvorschlag zu diskreditieren. Der Faktencheck räumt mit einigen Mythen rund um das Thema PFAS und deren Regulierung auf.

Download unter:
https://bit.ly/3Vol1gB

Weitere Publikationen und Veranstaltungen des Forum Umwelt & Entwicklung finden Sie auf unserer Homepage www.forumue.de und bei Twitter @ForumUE

Bestellungen online oder postalisch an:
Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin, E-Mail: info@forumue.de

Rohstoffgipfel 2024

Rohstoffwende heißt Ressourcenschutz!

Berlin, 10. Oktober

Alternative Rohstoffwoche
7.–14. Oktober

Seid dabei! Mehr Infos unter: www.ak-rohstoffe.de